



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

DIESE WOCHE

Aktuell

USA treiben Indien in Chinas Arme
Trumps Protektionismus Thema auf SOZ-Gipfel **2**

Deutschland

Immer wieder Streit um Björn Höcke
Auseinandersetzungen in der AfD um den »Flügel« **3**

Hintergrund

Symbol des Widerstands
Die Kritik an den Männern des 20. Juli spiegelt den jeweiligen Zeitgeist wider **4**

Preußen / Berlin

»Tief verankerter Hass«
Gewalttaten gegen Polizisten nehmen sprunghaft zu – Berlin besonders betroffen **5**

Ausland

Rückkehr der »Familien«
Warum die Griechen Mitsotakis gewählt haben **6**

Kultur

Schweizer Grünschnabel
Vor 200 Jahren wurde Gottfried Keller geboren **9**

Geschichte

Friedrichs des Großen berühmtester Gefangener
Friedrich von der Trenck **10**



Ringen um Ausgleich innerhalb der AfD: Alice Weidel und Jörg Meuthen Bild: pa

Krach bei Schwarz und Blau

Die innerparteilichen Differenzen bei Union und AfD nehmen an Schärfe zu

In der CDU geraten „Werte-Union“ und Parteispitze aneinander, in der AfD streiten rechter „Flügel“ und Gemäßigte.

Im politischen Spektrum rechts der Mitte spitzen sich die Konflikte zu. Dies gilt für die innerparteilichen Auseinandersetzungen sowohl in der CDU/CSU wie in der AfD.

In der Union hat Hans-Georg Maaßen für heftige Aufregung beim linken Parteiflügel gesorgt. Der frühere Verfassungsschutzchef nannte die „Neue Zürcher Zeitung“ das neue „Westfernsehen“, was als Misstrauensvotum gegen die deutschen Mainstreammedien gemeint war. Ex-CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz gefiel das gar nicht: Die konservative „Werte-Union“ in der CDU/CSU (der Maaßen angehört) „verliert völlig die Orientierung“.

Polenz nannte die Maaßen-Kritik „völkisch-nationalistisch“. Schon vorher hatten Vertreter des linken CDU-Flügels heftige Attacken gegen konservative Unionsmitglieder geritten, doch nie in der Härte, die Polenz jetzt gezeigt hat.

Zeitgleich hat der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke eine neuerliche Debattenschlacht in seiner Partei eröffnet. Beim diesjährigen Kyffhäusertreffen des (rechten) „Flügels“ der AfD rief er seinen Anhängern zu: „Ich kann euch garantieren, dass dieser Bundesvorstand in dieser Zusammensetzung nicht wiedergewählt wird.“

Die Aussage wurde von vielen in der AfD als offene Kampfansage verstanden. In einer Erklärung gingen mehr als 100 Funktionäre,

darunter andere Landeschefs, und Mandatsträger der AfD auf Distanz zu Höcke. Sie werfen ihm neben allzu pointierten Aussagen auch Personenkult vor.

Der „Flügel“ der AfD hat seinen Schwerpunkt in den neuen Bundesländern. Dort werden westdeutsche Kritiker der Höcke-Linie gern mit den deutlich besseren Wahlergebnissen ausgebrems, welche die Partei in den „Flügel“-Hochburgen östlich der Werra erziele.

Die Gemäßigten geben den Vorwurf zurück: Sie hätten im Westen unter dem Auftreten der mitteldeutschen AfD zu leiden, weil die markigen Worte die eigentlichen Inhalte der Partei überdeckten und bürgerliche Stimmen koste-

ten. Selbst ein noch besseres Abschneiden im Osten aber könne diese Einbußen im Westen nicht wettmachen. So würde eine reale Machtoption im Bund zugunsten weit weniger wertvoller regionaler Vorteile verspielt.

AFD-Bundessprecher Jörg Meuthen und Fraktionschefin Alice Weidel sind bemüht, die Einheit ihrer Partei über die Gräben hinweg aufrechtzuerhalten. Anders die CDU-Spitze, die auf Ausgrenzung der Konservativen setzt. Der „Werte-Union“ soll laut Insider-Informationen, über welche die „Bild“-Zeitung verfügen will, sogar untersagt werden, sich als offizieller Teil der CDU zu bezeichnen.

In welche Richtung sich die Ereignisse bei Schwarz und Blau entwickeln, ist offen. Für das bürgerliche Lager zeichnen sich in jedem Falle bewegte Zeiten ab.

Hans Heckel

Die Wahl zum EU-Kommissionspräsidenten läuft erst kurz nach Redaktionsschluss dieser Nummer. Eine politische Analyse folgt in PAZ Nr. 30.

Von nun an geht's bergab

Gleich aus einer Vielzahl von Gründen sehen die Zukunftsaussichten der deutschen Wirtschaft alles andere als rosig aus

Von Daimler über Bayer, ThyssenKrupp und Luft-hansa bis hin zur Deutschen Bank sorgen Deutschlands große börsennotierte Unternehmen derzeit vorwiegend mit schlechten Nachrichten für Aufsehen. Aus der Vielzahl von Meldungen über einen härter gewordenen Wettbewerb, Fehler in der Unternehmensführung und globale Handelsstreitigkeiten kommt der jüngsten Gewinnwarnung des Chemiekonzerns BASF eine besondere Bedeutung zu.

Statt eines leichten Gewinnplus kündigte das Ludwigshafener Unternehmen an, dass das um Sondereffekte bereinigte Ergebnis vor Zinsen und Steuern in diesem Jahr

um bis zu 30 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen könnte.

Gemessen am Umsatz ist BASF der größte Chemiekonzern der Welt. Das Unternehmen ist breit aufgestellt und gilt als gut geführt. Viele Beobachter sehen BASF wie überhaupt die Chemiebranche als einen zuverlässigen Frühindikator für die Konjunktur. Der Chemiersteller beliefert die Baubranche genauso wie die Autoindustrie. Bekommen diese Abnehmer chemischer Produkte Probleme, dann spürt die Chemieindustrie dies alsbald in ihren Auftragsbüchern.

BASF selbst verwies auf weltweite Wachstumseinbußen in der Automobilindustrie. In China, dem größten Automobilmarkt der

Welt, ging die Produktion der Autohersteller im ersten Halbjahr 2019 mit einem Minus von rund 13 Prozent besonders stark zurück. Hinzu kam eine witterungs-

bedingt schwache Entwicklung des Agrarsektors in Nordamerika. Anders als vom Konzern angenommen, hat sich der Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Handelspartnern bislang nicht entschärft.

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) ist nur verhalten optimistisch, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte noch deut-

lich bessert. Verbandschef Hans Van Bylen wies auf den Handelsstreit zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China, den Brexit und den Iran-Konflikt als Risiken für den globalen Handel hin.

Unter Hinweis auf die globalen Unsicherheiten wurden inzwischen auch vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) die Erwartungen für das Exportgeschäft heruntergeschraubt. Letztes Jahr ging der DIHK noch von einem Plus von 2,5 Prozent bei den deutschen Ausfuhren aus, mittlerweile ist die Erwartung für 2019 auf ein Prozent abgesenkt worden.

Der zyklische Wechsel von Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs mit Zeiten eines Abschwungs ist eigentlich eine Normalität des Wirtschaftslebens. Die sich nun abzeichnende Abkühlung der Weltwirtschaft wird allerdings von einigen besonderen Risiken begleitet. Halten die Handelsstreitig-

keiten zwischen den Vereinigten Staaten, China und der EU weiter an, dann könnte eine Deglobalisierung der Handelsbeziehungen einsetzen. Zum anderen befindet sich die Geldpolitik wichtiger Zentralbanken seit der letzten Finanzkrise noch immer im Ausnahmezustand. Normalerweise versuchen Notenbanken in Abschwungphasen, mit Zinssenkungen die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Dieser Weg ist mit der Geldpolitik negativer Zinsen verbaut oder nur noch begrenzt möglich. Die vielerorts hohe Staatsverschuldung schränkt auch die Möglichkeiten ein, über eine Defizitfinanzierung à la John Maynard Keynes einen Wirtschaftsabschwung abzukürzen. Norman Hanert

JAN HEITMANN:

Jetzt entlasten!

In diesen Tagen haben die deutschen Steuerzahler einen Grund zu feiern. Aber es dürften ihnen auch die Tränen der Wut in die Augen steigen. Denn ab Mitte des Monats arbeiten sie endlich für das eigene Portemonnaie und nicht mehr ausschließlich für den Staat. Auf welches Datum genau der sogenannte Steuerzahlergedenktag fällt, ist abhängig von den persönlichen und den Einkommensverhältnissen. Davor wird das gesamte Einkommen, das die Steuerzahler erwirtschaftet haben, rein rechnerisch an den Staat abgeführt.

In diesem Jahr liegt die Einkommensbelastungsquote für einen durchschnittlichen Arbeitnehmer-Haushalt bei voraussichtlich 53,7 Prozent. Das ergibt sich aus aktuellen Prognosen des finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts des Bundes der Steuerzahler auf der Basis repräsentativer Haushaltsumfragen des Statistischen Bundesamts. Von jedem verdienten Euro bleiben dem hart arbeitenden Arbeitnehmer also nur 46,3 Cent zur freien Verfügung. Somit sind die Deutschen im internationalen Vergleich besonders stark belastet: In 34 von 36 OECD-Staaten werden die Arbeitnehmer weniger zur Kasse gebeten als in der Bundesrepublik Deutschland.

Dieser Ausbeutung der Bürger durch den eigenen Staat steht dessen Freigiebigkeit, wenn es um andere geht, gegenüber. So hat der Bund beispielsweise im vergangenen Jahr allein für „Flüchtlings- und Integrationskosten“ 22,7 Milliarden Euro aufgewandt und ist in aller Welt als reicher Gönner aufgetreten, der die Milliarden nur so sprudeln lässt. Diese Bereiche bieten ein erhebliches Einsparpotenzial. Und wenn der Staat Milliarden bei anderen einspart, kann er endlich seine eigenen Bürger spürbar steuerlich entlasten.

MELDUNGEN

Kein Steuer- oder
Umweltpotenzial

Flensburg – Im Bundesfinanzministerium wird darüber nachgedacht, das Alter von Kraftfahrzeugen für die Anerkennung als Oldtimer von 30 auf 40 Jahre anzuheben, und Umweltfanatiker fordern, die Ausnahmen von Fahrverboten für Oldtimer aufzuheben. Dabei spielt diese Fahrzeugkategorie weder hinsichtlich der Kraftfahrzeugsteuer noch der Schadstoffemissionen eine nennenswerte Rolle, wie Zahlen des Kraftfahrtbundesamtes belegen. Denn im Jahre 2018 waren gerade einmal 536 515 Fahrzeuge mit einem Oldtimerkennzeichen in Deutschland zugelassen, davon 474 561 Personenkraftwagen. Das entspricht einem Zuwachs von 12,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dennoch ist der Anteil der Pkw mit H-Kennzeichen am gesamten Fahrzeugbestand in Deutschland nur sehr gering. Das Durchschnittsalter aller zugelassenen Pkw liegt mittlerweile bei 9,5 Jahren. *J.H.*

Hebammen
sollen studieren

Berlin – Die Koalitionsfraktionen haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, der vorsieht, Hebammen künftig in einem dualen Studium auszubilden. Ziel ist eine verbesserte Versorgung durch eine höhere Qualität in der Ausbildung. Der Wissenschaftsrat regt an, dass Hochschulen künftig nicht nur den Studiengang selbst, sondern auch die praktischen Ausbildungsteile planen und koordinieren. Die angehenden Hebammen können das Studium mit dem Bachelor abschließen. Der Deutsche Hebammenverband bewertet die geplante Verzahnung von Theorie und Praxis positiv, fordert aber mittelfristig auch die Möglichkeit eines Masterabschlusses sowie der Promotion. Die Leitung der Studiengänge solle ohnehin nur an promovierte Hebammen vergeben werden. Skeptisch hinsichtlich der Finanzierung äußerte sich Stefan Weiß, der Verbandschef der Gesetzlichen Krankenkassen. *MRK*

Zu den Unsicherheiten der Weltpolitik gehört seit Langem das oft angespannte Verhältnis zwischen China und Indien. Jetzt scheint sich die Lage grundlegend zu bessern. Ursache dafür sind die USA, wenn auch gänzlich wider Willen.

Mitte Juni fand in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek der diesjährige Gipfel der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) statt, der neben Russland und einigen zentralasiatischen Staaten auch die beiden

Chinas Vizeaußenminister Zhang Hanhui umriss das Problem: „Protektionismus und Unilateralismus nehmen stark zu. Wie man auf die Mobbingpraktiken der Vereinigten Staaten und ihre Methoden des Protektionismus reagiert, ist eine wichtige Frage.“

Die stellt sich Indien in derselben Weise. Washington hat gegenüber Delhi vor Kurzem die Handelsbedingungen deutlich verschlechtert. Darauf reagierten die Inder mit einer Erhöhung der Zölle auf Produkte aus den Vereinigten Staaten.

Ich unternehme diesen Schritt, weil ich nach intensiven Gesprächen zwischen den Vereinigten Staaten und der Regierung von Indien festgestellt habe, dass Indien den USA nicht versichert hat, einen gerechten und angemessenen Zugang zu den indischen Märkten zu gewähren.“

Daraufhin belegten die USA Indien mit Einfuhrzöllen auf Stahl von 25 Prozent und auf Aluminiumprodukte von zehn Prozent. Da die indische Metallindustrie den US-Markt in erheblichem Um-

delspolitik stärkt beider Position gegenüber den USA. Derzeit steht bei den Chinesen der Versuch der USA im Vordergrund, den Technologieriesen Huawei vom amerikanischen und möglichst auch vom europäischen Markt zu verdrängen.

Nachbar sowohl Chinas als auch Indiens ist Pakistan. Traditionell pflegt das Land gute Beziehungen zu China. Dafür sind diejenigen zum Nachbarn Indien umso schlechter. Seit die Engländer bei der Dekolonialisierung ein Chaos hinterlassen haben, gibt es Span-

Hier sehen die USA ihre Chance, so jedenfalls Alexej Kuprianow vom Moskauer Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen. Seine Analyse geht dahin, dass es Washingtons Absicht sei, China in den Zwist zwischen Indien und Pakistan hineinzuziehen. Kuprianow erklärt: „Die USA sind daran interessiert, dass China in eine möglichst große Anzahl von Konflikten verwickelt wird. Das würde Peking davon abhalten, seine Streitkräfte im Pazifik auszubauen. Jeder Konflikt würde das Wirtschaftswachstum verlangsamen, was eine geringere Gefahr für die Hegemonie der USA im Pazifik bedeutet.“

Die Spannungen zwischen Indien und Pakistan verschärfen sich vor einiger Zeit, als Indien etliche Kampfflugzeuge zum Nachbarn schickte, angeblich, um dort Lager von Terroristen zu bombardieren. Islamabad hängte die Sache nicht hoch und sprach von „Missgeschicken an der Grenze“. Diese moderate Erwiderung dürfte auf Chinas Einfluss zurückgehen. Peking mahnte beide Nachbarn, Zurückhaltung zu üben und sich um bessere Beziehungen zu bemühen. Kuprianow erklärte: „China wird die Beziehungen zu seinem alten Verbündeten Pakistan nicht abbrechen wollen.“

Gleichzeitig wäre es nicht an einer Konfrontation mit Indien interessiert. Peking will Indien nicht in die Arme der USA drängen, die das Land zu einem Bollwerk gegen China machen wollen.“ Durch seine Handelspolitik hat Washington die Annäherung Chinas an Indien nun selbst gefördert, die auch für die SOZ von strategischer Bedeutung ist.

China hat Pakistan eine erhebliche Bedeutung beim Bau der Neuen Seidenstraße zgedacht, vor allem, was deren maritimen Teil betrifft. Deshalb verlangt die Lage vor allem von China ein Höchstmaß an feinfühligter Diplomatie. Im Hintergrund steht das wichtige SOZ-Mitglied Russland und wirkt nach Kräften im Sinne eines Ausgleichs der verschiedenen Interessen. *Florian Stumfall*



Stelldichein beim diesjährigen SOZ-Gipfel in Bischkek: Der Inder Narendra Modi, der Kasache Kassym-Schomart Tokajew, der Chinese Xi Jinping, der Kirgise Sooronbai Dscheenbekow, der Russe Wladimir Putin, der Pakistaner Imran Khan, der Tadschike Emomali Rahmon und der Usbeke Schawkat Mirsijojew

Bild: action press

Kontrahenten angehören. Für diesen Gipfel hatten Peking und Delhi im Vorfeld ein Treffen des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping und des indischen Premiers Narendra Modi vereinbart, bei dem es um die „tyrannischen“ Handelspraktiken der USA gehen sollte. Da aber dieses Thema nicht nur die beiden Länder berührt, wurde es auf die allgemeine Tagesordnung gesetzt.

Diese Zollerhöhungen betreffen sowohl landwirtschaftliche Produkte als auch Rohstahl sowie Halbfertigprodukte aus Eisen- und Stahl.

Der Streit zwischen Washington und Delhi begann im März 2018, als US-Präsident Donald Trump bekanntgab: „Ich kündige meine Absicht an, die Nennung Indiens als begünstigtes Entwicklungsland im Rahmen des Allgemeinen Präferenz-Programmes aufzuheben.

fang beliefert, bedeutete das für Indien Einbußen in Höhe von 240 Millionen US-Dollar.

Gespräche über diesen Streit zogen sich monatelang hin und endeten mittlerweile ergebnislos, wenn man davon absieht, dass dieses Scheitern die indische Bereitschaft, sich in dieser Frage mit den Chinesen zusammenzutun, erheblich förderte. Eine Abstimmung zwischen beiden Ländern in der Han-

nungen, Krisen und Kriege zwischen Delhi und Islamabad.

Das setzt der Annäherung zwischen China und Indien gewisse Grenzen, denn die Chinesen werden kaum auf den strategisch wichtigen Partner Pakistan um einer Annäherung an Indien willen verzichten wollen, die von vornherein den Charakter eines fragilen, vorübergehenden Zweckbündnisses trägt.

Prinzessin gesucht

Eine Nebenfrau des Herrschers von Dubai ist verschwunden – Es halten sich Gerüchte, dass sie nach Deutschland geflüchtet ist

Zwischen der Bundesrepublik und den Vereinten Arabischen Emiraten ist es zu einer diplomatischen Verstimmung gekommen. Grund hierfür ist die Flucht der zweiten Hauptfrau des Herrschers von Dubai samt ihren beiden Kindern nach Deutschland. Der Verlassene, Mohammed bin Raschid Al Maktoum, Herrscher von Dubai, drohte Deutschland mit einem Wirtschaftsboykott. Bisher gehörte die Bundesrepublik zu den Hauptlieferländern der Emirate.

Bei der Flüchtligen handelt es sich um Haya bint El Hussein, eine 1974 geborene Tochter des verstorbenen jordanischen Königs Hussein und seiner dritten Frau Alija. Haya teilt sich ihren knapp 70-jährigen Gatten zwar mit einer weiteren Hauptfrau und vier Nebenfrauen, ist aber durch die ihr zugesprochene Abstammung vom Propheten Mohammed die wichtigste Frau des Herrschers, wodurch sie für dessen Renommee und Nachfolge eine besondere Bedeutung gewinnt.

Die bekannte Sportreiterin war im Februar verschwunden und tauchte mit ihrem siebenjährigen Sohn und einer elfjährigen Tochter sowie 40 Millionen US-Dollar

im Gepäck in Deutschland unter, da sie eine Ermordung durch ihren Ehemann fürchte. Ihr Heimatland Jordanien und ihre bisherige Wahlheimat Großbritannien wären angeblich zu leicht zu einer Auslieferung in die VAE zu bewegen gewesen.

Der geschasste Gatte forderte von Berlin eine umgehende Auslieferung seiner Frau und ihrer Kinder, was aber abgelehnt worden sei. Auf Instagram polterte der Scheich über seine Gattin, sie solle sich doch zu jenem scheren, mit dem sie „es treibe“, ließ diese Nachricht aber wieder löschen. Haya hätte inzwischen Asyl in Deutschland beantragt und zugleich die Scheidung eingereicht.

Bereits in der Vergangenheit ist es zu mehreren Fluchtversuchen von Familienangehörigen des Emirs gekommen. Bekannt ist jener seiner Tochter Schamsa 2011, die nach zwei Monaten Freiheit in Cambridge von Sicherheitskräften des Regenten entführt wurde und seitdem „verschwunden“ ist. Für ein breites Medienecho sorgte dann im letzten Jahr die Flucht einer anderen Tochter namens Latifa – eine von merkwürdigerweise gleich drei Töchtern des Herrschers mit demselben Na-

men, wobei dieser auch sonst gerne mehrere seiner Kinder identisch benennt.

Latifa hatte es mit Hilfe eines Privatagenten auf einer Yacht nach Indien geschafft, wo sie von Spezialkräften nach Dubai verschleppt wurde. In einem zur Sicherheit vorher aufgezeichneten Video berichtete die Prinzessin glaubwürdig von einem früheren Fluchtversuch und jahrelanger Haft in einem Foltergefängnis ihres Vaters, aber auch von zahlreichen Morden, die dieser persönlich begangen habe, sowie von der Ausschaltung weiterer missliebiger Familienmitglieder durch persönlichkeitszerstörende Drogen, die im Orient eine lange Tradition besitzen.

Eine unrühmliche Rolle bei der Entführung Latifas spielten sowohl die jetzt geflohene Ehefrau als auch die frühere irische Präsidentin, „Menschenrechtsbeauftragte“ der Vereinten Nationen und Inhaberin einer nach ihr benannten „Stiftung für Klimagerechtigkeit“, Mary Robinson, die sich gegen eine Geldzahlung zu

einem Gruppengespräch mit der Verschleppten nach Dubai einladen ließ und anschließend ebenso wie Haya gegenüber den Medien kolportierte, dass es der Frau nach einer mental schweren Phase nun „im Kreise ihrer liebenden Familie“ gut ginge.

Auf den von der VAE-Regierung verbreiteten Fotos befand sich die sichtlich unter Drogen stehende Latifa aber in einem jämmerlichen Zustand, während von

irgendeiner Psychose auf ihrem früheren Video wenig zu sehen war. Eingeladen hatte Robinson pikanterweise ihre gute

Freundin Prinzessin Haya, wobei es für die „Klimaktivistin“ anschließend noch eine üppige Zahlung von deren Ehemann für einen Vortrag in Dubai gab. Rund einen Monat später verschwand dann Haya – infolge eines schlechten Gewissens, weil Latifa hinterher beseitigt wurde, oder aus Angst, genauso zu enden?

Bei Lichte betrachtet erscheint es höchst unwahrscheinlich, dass Haya sich ausgerechnet nach Deutschland abgesetzt hat. In

Komplott der Briten
gegen Deutschland
steht im Raum

Immer wieder Streit um Björn Höcke

Die Auseinandersetzungen um den Thüringer und den »Flügel« lassen die AfD nicht zur Ruhe kommen

Kurz vor den wichtigen Landtagswahlen in Mitteldeutschland ist der Machtkampf innerhalb der AfD voll entbrannt. Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht wieder einmal der Thüringer Landeschef Björn Höcke.

In einem Positionspapier haben 100 Funktionäre und Abgeordnete der Partei dazu aufgerufen, Höcke möge sich auf seinen Landesverband in Thüringen konzentrieren. Der Thüringer Spitzenkandidat war jüngst mit seinem Auftritt beim Kyffhäuser-Treffen des sogenannten Flügels auf heftige Kritik gestoßen. Höcke hatte dort von „Abgrenzeritis und Spalterei“ gesprochen und neben dem Bundesvorstand auch Schiedsgerichte der AfD angegriffen. „Ich kann euch garantieren, dass dieser Bundesvorstand in dieser Zusammensetzung nicht wiedergewählt wird.“

Bisher galt Alexander Gauland, Partei- und Fraktionsvorsitzender in Berlin, als Bindeglied zwischen den Parteiflügeln. Doch der ging beim Kyffhäuser-Treffen erstmals auf Distanz zum „Flügel“ und warnte vor „totaler Meinungsfreiheit“. Der AfD-Senior räumte erstmals auch öffentlich ein, dass es in zahlreichen Landesverbänden rumore. „Ich sehe die Konflikte in einigen Landesverbänden mit Sorge“, sagte er der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ („FAZ“). „Es kann auf Dauer nicht gutgehen, wenn der Streit in der Partei mehr Raum einnimmt als die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.“

Höcke hatte sich nach seiner umstrittenen Dresdner Rede fast zwei Jahre lang aus der Bundespolitik herausgehalten, allerdings im Hintergrund großen Einfluss auf Strukturen in den anderen Landesverbänden ausübt. So hatte der mittlerweile ausgetretene bayेरische Fraktionsvorsitzende Markus Klenk beklagt, Höcke habe die Autorität der Landtagsfraktion untergraben, in dem er gezielt Mitarbeiter aus dem rechten Spektrum installiert habe. Die derzeitige Fraktionsvorsitzende Katrin

Steiner-Ebner zählt zu den Anhängern des Thüringers.

Für Aufsehen sorgte in diesem Zusammenhang ein Urteil des bayerischen Schiedsgerichts. Höckes Organisation „Der Flügel“ stelle demnach eine eigenständige, für die AfD schädliche Organisation dar. Es sei „nicht mehr zu verneinen“, dass der „Flügel“ in einem „Konkurrenzverhältnis“ zur AfD stehe. Höcke erwiderte, dass der „Flügel“ keine Mitgliedsausweise

trächtlich. So traten in Nordrhein-Westfalen alle Mitglieder des Landesvorstands bis auf drei Höcke-Anhänger zurück. Der scheidende Vorsitzende Helmut Seifen zog ein verbittertes Fazit, sprach davon, dass die „Flügel“-Anhänger ganze Kreisverbände gekapert hätten und „die Spaltung der Partei vorantreiben“ würden.

In Schleswig-Holstein wurde unlängst eine weitere Höcke-Anhängerin wieder zur Landesvorsit-

desvorsitzenden Dana Guth mit jenen ihres Vorgängers Paul Hampel, ebenfalls einem „Höcke-Mann“. Und im kleinen Saarland sah sich der Bundesvorstand gezwungen, abermals einzugreifen. Dort wird der Landesvorsitzende Josef Dörr verdächtigt, Kritiker mundtot machen zu wollen. Auch er präsentiert sich gerne Seit’ an Seit’ mit dem Thüringer.

Dass dem sächsischen Landesverband ein folgenschwerer Feh-

schaft lehnt zudem den exzessiv zur Schau gestellten Personenkult um Höcke ab.“ Die Unterzeichner betonten, „die AfD ist und wird keine Björn-Höcke-Partei“. Höcke solle sich auf seine Aufgaben in Thüringen beschränken. Zu den Unterzeichnern gehören neben den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Georg Pazderski und Kay Gottschalk auch mehrere Bundestagsabgeordnete sowie die Landeschefs von Rheinland-Pfalz



Es ist vor allem der Stil des Thüringer AfD-Vorsitzenden und „Flügel“-Wortführers, der in Teilen der Partei auf Kritik stößt: Björn Höcke auf der AfD-Wahlkampfauftaktveranstaltung vergangenen Sonntagabend in Cottbus

Bild: Imago
Images/Christian
Ditsch

ausstelle und keinen Beitrag erheben würde. Dem gegenüber steht die Tatsache, dass der Thüringer beim „Flügel“-Treffen Abzeichen für „verdiente Mitglieder“ verlieh, was große Teile des Bundesvorstands als Provokation aufgefasst haben.

Im höchsten Parteigremium sind die Anhänger des Thüringers noch in der Minderheit, auch innerhalb der Bundestagsfraktion spielen sie keine große Rolle. Dafür ist ihr Einfluss in vielen Verbänden be-

zenden gewählt. Dass die vom Parteiausschluss bedrohte Doris von Sayn-Wittgenstein erneut ins Amt gehoben wurde, stieß dem Bundesvorstand übel auf. Gaulands Co-Parteichef Jörg Meuthen warb innerparteilich daraufhin für einen erfolgreichen Abschluss des Verfahrens und verwies auf die Tatsache, dass die Partei potenzielle Anhänger aus dem bürgerlichen Lager nicht verschrecken dürfe.

In Niedersachsen streiten sich Anhänger des amtierenden Lan-

der bei der Listenaufstellung unterlaufen ist, der die Wahlchancen Anfang September erheblich schmälern dürfte, besserte die Stimmung ebenfalls nicht. In diese Gemengelage platzte nun das Schreiben der 100 AfD-Funktionäre. Mit seiner Rede beim Kyffhäuser-Treffen habe Björn Höcke die innerparteiliche Solidarität verletzt „und ist damit unseren Wahlkämpfern und Mitgliedern in den Rücken gefallen“, heißt es. „Der überwiegende Teil der Mitglied-

und Niedersachsen, Uwe Junge und Dana Guth.

Interessant ist, dass der Bundesvorsitzende Jörg Meuthen, dem teilweise ein enges Verhältnis zu Höcke nachgesagt wurde, mittlerweile auch auf Distanz geht. „Dieser Aufruf wundert mich nicht, denn der Unmut und die massive Kritik über das Auftreten und manche Äußerungen des thüringischen Landesvorsitzenden sind in der Partei sehr vernehmlich“, sagte Meuthen.

Peter Entinger

»Keine Fehler« der AfD

Sachsens siebter Landtag könnte Wählerwillen verzerrt widerspiegeln

Am 1. September wählt Sachsen einen neuen, seinen mittlerweile siebten Landtag. Umfragen zufolge könnte sich die AfD mit der aktuell regierenden CDU ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefern. Doch in der vergangenen Woche stützte der Wahlausschuss die Landesliste der Partei aufgrund eines Formfehlers von 61 auf 18 Plätze. Auch wenn die AfD gute Aussichten hat, mehrere Direktmandate zu gewinnen, droht ihr der Verlust mehrerer Mandate. Rechtliche Einsprüche gegen die Entscheidung sind eigentlich erst nach der Wahl möglich. Doch die Partei will sich wehren. Sie kündigt eine Verfassungsbeschwerde an. Der sächsische Landesvorsitzende Jörg Urban erklärte, die AfD habe „keine Fehler“ bei der Aufstellung der Liste gemacht. Er sprach von einem politischen „Willkürakt“ der Landeswahlleitung mit dem Ziel, „den stärksten Mitbewerber zur Landtagswahl 2019 entscheidend zu schwächen“. Ob die AfD damit Erfolg haben wird, ist völlig ungewiss.



Jörg Urban

Bild: Imago/dddb

sich ein Kandidat der CDU gegen den Mitbewerber der AfD durchsetzen, weil die Kandidaten der anderen Parteien von der FDP bis zur Linkspartei zu seiner Wahl aufgerufen hatten. Möglich sei, so Patzelt, dass sich Ähnliches bei der Landtagswahl in den Wahlkreisen

wiederhole. Alle Parteien könnten Wahlempfehlungen zugunsten des aussichtsreichsten AfD-Gegners abgeben. Das könnte die Partei letztlich viele Direktmandate kosten. Am Ende könnte die AfD nach Stimmen stärkste Partei werden, in der Zahl der zu besetzenden Mandate aber hinter CDU, Linkspartei und Grüne auf den vierten Platz zurückfallen.

Profitieren würde von einem solchen Szenario vor allem die CDU unter Ministerpräsident Michael Kretschmer, die derzeit mit der AfD um die „Pole Position“ kämpft. Kretschmer hat angekündigt alle denkbaren Koalitionsvarianten austesten zu wollen, mit Ausnahme von AfD und Linkspartei. Teilweise sah es so aus, als wäre ein Viererbündnis aus CDU, SPD, Grünen und FDP nötig, um überhaupt eine Anti-AfD-Mehrheit bilden zu können. Nun werden die Karten völlig neu gemischt. Selbst die SPD, der ein Absturz auf unter zehn Prozent droht, hofft, von den AfD-Problemen profitieren zu können.

Und die AfD? Die hofft auf einen Trotz-Effekt. „Als Vorsitzender der AfD ist man einen gewissen Kummer dieser Art gewöhnt“, sagte Parteichef Jörg Meuthen. Seine Partei sei aber „noch immer kreativ und findig genug“ gewesen, um „einen guten Ausweg zu finden“. *P.E.*

Grünen-Zwist in Hamburg

In Mitte gibt es neben der grünen nun eine »Grüne 2«-Fraktion

Aus den diesjährigen Hamburger Bezirksversammlungswahlen am 26. Mai waren die Grünen im Bezirk Mitte als stärkste Kraft hervorgegangen. Noch bevor die Bezirksversammlung wenige Wochen später zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentrat, ging eine Anzeige wegen Islamismusverdachts beim Landesvorstand gegen zwei der neuen Ratsmitglieder türkischer Herkunft ein. Es handelt sich um die beiden jungen Abgeordneten Shafi Sediqi und Fatih Can Karismaz. Mit den beiden Beschuldigten solidarisierten sich vier weitere Grünen-Abgeordnete, die von einer innerparteilichen „Rufmord-Kampagne“ und „Rassismus“ ihrer Parteikollegen sprachen. Zusammen haben sie eine „Grüne 2“ Fraktion unter Vorsitz der ebenfalls türkischstämmigen Meryem Celikol in der Bezirksversammlung gebildet.

Die Islamismusvorwürfe sollen nach Zeitungsinformationen schon seit Längerem im Raum stehen, ohne dass diesen von Parteiseite nachgegangen worden wäre. Begonnen hatten die Extremismusvorwürfe bei der Listenaufstellung am 26. Januar dieses Jahres, an der auch die grüne Landesvorsitzende Anna Gallina teilnahm. Diese sah jedoch damals keinen Anlass, die

beiden beschuldigten und später nominierten Kandidaten wegen möglicher Verfassungsfeindlichkeit anzufechten. Immerhin stellen die Grünen in Hamburg mit der SPD die Regierung und mit Senatorin Katharina Fegebank auch die Zweite Bürgermeisterin.

Den sechs Parteimitgliedern, die nach den Extremismusvorwürfen die „Grüne 2“-Fraktion bildeten, droht nun ein Ausschlussverfahren, weil sie sich weigerten, aus der Partei freiwillig auszutreten, was ihnen

Im Bezirk bekämpfen sich grüne »Rassisten« und »Islamisten«

nahegelegt worden war. Sediqi und Karismaz teilten mit, dass sie prüfen lassen, ob sie gegen den Grünen-Landesvorstand Anzeige erstatten. Im Raum stehen die Straftatbestände der „üblen Nachrede“ und der „Verleumdung“.

Die Anschuldigungen wiegen schwer. Sediqi, soll auf seiner Facebookseite einen Spendenaufruf für eine radikal-islamische Organisation geteilt haben, Karismaz soll auf einer Parteiveranstaltung behauptet haben, das Grundgesetz gelte im privaten Bereich nicht immer.

MELDUNGEN

Zahlen zu Zugverspätungen

Berlin – Seit 2017 haben sich insgesamt 22 272 Züge der Deutschen Bahn aufgrund von Wetterereignissen verspätet. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion hervor. Demnach waren 2017 wegen vier wetterbedingter „Großstörungen“ 11 348 Züge verspätet. Im Folgejahr wurden ebenfalls vier Großstörungen mit insgesamt 7457 Zugverspätungen registriert, während im laufenden Jahr bisher wegen zweier Stürme insgesamt 3467 Züge verspätet waren. Da die Statistik erst seit 2017 geführt wird, liegen keine Zahlen für die vorangegangenen Jahre vor. Um auf witterungsbedingte Störungen zu reagieren, stehen dem Unternehmen pro Jahr 70 Millionen Euro zur Verfügung. *J.H.*

Zwei neue Welterbestätten

Baku – Deutschland hat zwei weitere Welterbestätten zuerkannt bekommen. Auf ihrer Sitzung in Aserbaidschans Hauptstadt Baku hat die Kulturorganisation der Vereinten Nationen, die UNESCO, die Montanregion Erzgebirge in Sachsen und Böhmen sowie das Augsburger Wassermanagement-System neu in ihre Liste des schützenswerten Weltkulturerbes aufgenommen. Um das UNESCO-Siegel zugunsten der jahrhundertelangen Bergbautradition des Erzgebirges als Kulturerbe hatten sich Deutschland und Tschechien gemeinsam bemüht. Hier wurde bereits im 15. Jahrhundert Silber abgebaut, später auch Uran. Das Augsburger Wassersystem, für das Kanäle und Mühlen als Energielieferant unter anderem für die Textilindustrie angelegt wurden, reicht sogar bis in die Römerzeit zurück. Der gemeinsam mit Österreich, der Slowakei und Ungarn eingereichte Antrag, den Donau-Limes auf die Liste zu setzen, scheiterte indes vorläufig. *tws*

Zeitzeugen



Maria Theodora von dem Böttlenberg-Landsberg – Die Tochter des Widerständlers Karl Ludwig von und zu Guttenberg ist der Meinung, dass den Frauen, die den Widerstand unterstützten, nach wie vor viel zu wenig Platz in den entsprechenden Darstellungen eingeräumt wird. Böttlenberg-Landsberg hat mehrfach über das Wirken ihres Vaters publiziert.

Renate Gräfin von Hardenberg – Die Adelige war die erste Geschäftsführerin der 1947 gegründeten Stiftung „Hilfswerk 20. Juli 1944“, die sich vor allem in der frühen Bundesrepublik für die Hinterbliebenen und Angehörigen der Verschwörer einsetzte. Materielle Versorgung, die Durchsetzung von Ansprüchen, aber auch die Abwehr von Angriffen, man gehöre zu Familien von „Vaterlandsverrättern“, standen dabei, neben der Aufrechterhaltung von Kontakten, im Mittelpunkt.



Theodor Heuss – Der Bundespräsident hielt im Juli 1954 anlässlich des zehnten Jahrestages des Attentats eine vielbeachtete Rede bei der Gedenkfeier der Bundesregierung und des Berliner Senats. Über die Männer des 20. Juli führte er aus: „Die Scham, in die Hitler uns Deutsche gezwungen hatte, wurde durch ihr Blut vom besudelten deutschen Namen wieder weggewischt.“

Philipp von Boeselager – Der 2008 im 91. Lebensjahr verstorbene frühere Offizier galt als letzter Überlebender des Widerstands. Bereits 1943 war er an Vorbereitungen für ein Pistolenattentat auf Adolf Hitler beteiligt gewesen und hatte sich auch zu dessen Ausführung bereit erklärt. Das Ganze wurde jedoch kurzfristig abgesagt. Auf die Frage nach dem „Sinn“ des 20. Juli antwortete Boeselager: „die Wiederherstellung des Rechts“.



Henning von Tresckow – Der von Anfang an führend im Widerstand engagierte Militär, zuletzt Generalmajor, formulierte vor dem 20. Juli 1944, das Attentat müsse erfolgen, koste es, was es wolle. „Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat.“

Symbol des Widerstands

Die Kritik an den Männern des 20. Juli spiegelt den jeweiligen Zeitgeist wider

Der 20. Juli 1944 gilt heute fast selbstverständlich als Symbol des deutschen Widerstands gegen die NS-Herrschaft. Das Gedenken findet insbesondere zum jeweiligen Jahrestag öffentliche Aufmerksamkeit. In Berlin treten prominente Redner ans Mikrofon. Dieses Jahr ist die Bundeskanzlerin angekündigt.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war das Interesse am Widerstand gering. Neben den dominierenden Alltagsorgen stand der Wertschätzung der Verschwörer auch entgegen, dass große Teile der deutschen Bevölkerung sie als „Verräter“ betrachteten. Andere fühlten eigenes Versagen, sie wollten sich nicht der Tatsache stellen, dass es durchaus Menschen gab, die sich gegen Diktatur gewehrt hatten. Mit dem „Verräterimage“ hatten ebenso die Hinterbliebenen der Attentäter zu kämpfen, auch materiell. So wurde nicht nur Nina Schenk Gräfin von Stauffenberg, der Frau des Attentäters, zunächst ihre Offizierswitwenrente verweigert.

1952 wurde im sogenannten Remer-Prozess geurteilt, dass die Widerständler keine „Landesverräter“ gewesen seien. Damit war

„die öffentliche Rehabilitierung“ erfolgt, so Henriette Schuppener, Autorin einer Studie über die Geschichte des Gedenkens. Die Diffamierungen hielten dennoch lange an. Eine kuriose Verschiebung gab es hier im Zusammenhang mit den Vorgängen um das Jahr 1968. War die Kritik am Widerstand zunächst von rechts erfolgt, so betrachtete nun die Linke die Widerständler kaum als Alternative zum NS-Regime.

Überlebende Widerstandsangehörige hatten bereits früh begonnen, Erinnerungen zu veröffentlichen, so etwa Fabian von Schlabrendorff „Offiziere gegen Hitler“ oder Hans Bernd Gisevius „Bis zum bitteren Ende“. Große Initiative, das Gedenken in die Öffentlichkeit zu tragen, entfaltete Annedore Leber, die Witwe des sozialdemokratischen Widerständlers Julius Leber. Die „Zentrale für Heimatdienst“, die spätere „Bundeszentrale für politische Bildung“ gab entsprechende Publikationen heraus.

Eine Gedenkfeier im Hof des Bendlerblocks, dem Ort, an dem

Claus Schenk Graf von Stauffenberg und andere nach dem gescheiterten Staatsstreich erschossen worden waren, hatte erstmals 1952 stattgefunden. Dabei sprach der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter. Die Rednerliste der folgenden jährlichen Veranstaltungen, die zum Teil auch in der ehemaligen Hinrichtungsstätte Plötzensee stattfanden, umfasst prominente Namen, etwa Theodor Heuss, dessen Ausführungen

von 1954 eine besondere Bedeutung zu kommt, den Schriftsteller Carl Zuckmayer oder Bundeskanzler Helmut Kohl. Nicht immer verliefen die Veranstaltungen reibungsfrei, der Auftritt von Hans Filbinger führte 1974 zu einem Eklat. Seit 1999 erfolgt im Rahmen des Gedenkens das Gelöbnis von Rekruten der Bundeswehr.

Filme wie „Es geschah am 20. Juli“ von 1955 oder der mäßige, aber mit Tom Cruise prominent besetzte US-amerikanische Streifen „Operation Walküre – Das Stauffenberg-Attentat“ von 2008 trugen zur Verbreitung des

Wissens um die damaligen Geschehnisse bei, ebenso wie literarische Verarbeitungen oder eine inzwischen sehr umfangreiche, mitunter kontroverse wissenschaftliche Forschung.

Anlässlich des 75. Jahrestages findet, neben den inzwischen üblichen Würdigungen, eine Reihe von zusätzlichen Veranstaltungen statt. So etwa die Sonderausstellung im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr (MHM) in Dresden „Der Führer Adolf Hitler ist tot.“ Attentat und Staatsstreichversuch am 20. Juli 1944“. Deren Eröffnung erfolgte im Rahmen der Tagung „Für Freiheit – Recht – Zivilcourage“, die der Chemnitzer Historiker Frank-Lotthar Kroll leitete, der mit einer Vielzahl von Studien über den Widerstand hervorgetreten ist.

Erik Lommatzsch

Nähere Informationen über die Sonderausstellung „Der Führer Adolf Hitler ist tot.“ Attentat und Staatsstreichversuch am 20. Juli 1944“ erteilt das Militärhistorische Museum der Bundeswehr, Olbrichtplatz 2, 01099 Dresden, Telefon (0351) 823-0, Fax (0351) 823-2805, E-Mail mhmeingang@bundeswehr.org



In der MHM-Sonderausstellung zu sehen: Nachbau der Lagebaracke im Führerhauptquartier für den Film „Operation Walküre“

Gescheiterter Staatsstreich

Groß war der Kreis der Verschwörer

Es war ein „langer Weg“, der zum Staatsstreichversuch des 20. Juli 1944 führte. Erste Planungen seitens des militärischen Widerstands, den befürchteten Krieg zu verhindern, gab es bereits 1938. Adolf Hitlers Erfolge, zunächst im Münchener Abkommen, dann in den ersten Kriegsjahren, ließen die Aussicht schwinden, dass ein Umsturz Rückhalt in der Bevölkerung finden würde.

Der militärische Widerstand, als dessen maßgeblicher Kopf Henning von Tresckow hervorzuheben ist, hatte Kontakte zu anderen Widerstandsgruppierungen. So zu den Konservativ-Bürgerlichen um den vormaligen Botschafter Ulrich von Hassell und den vormaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler oder dem Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke, zu dem Angehörige des christlichen Widerstandes und Sozialdemokra-

ten zählten. Viele aus diesen Gruppierungen waren in Planungen für die Phase unmittelbar nach dem Attentat einbezogen.

Die Ausführung oblag dem militärischen Widerstand. Ein großes Dilemma war, dass man auf eine breite Akzeptanz in Deutschland

Die Attentäter standen vor mehr als einem Dilemma

nur zählen konnte, wenn die Kriegslage sich negativ entwickelte, man dem eigenen Land, das man retten wollte, eine Niederlage wünschen musste. Zudem war das Ausland nicht bereit, Zusagen für eine Unterstützung nach dem Attentat zu geben. Hinzu kam die Problematik des Eidbruchs.

Nach mehreren fehlgeschlagenen Versuchen erfolgte am 20. Juli 1944 das Attentat. Ausgeführt wurde es durch Claus Schenk Graf von Stauffenberg in der „Wolfsschanze“, Hitlers ostpreussischem Führerhauptquartier. Dass Hitler leicht verletzt überlebte, trug ebenso zum Scheitern des Staatsstreichs nach wenigen Stunden bei wie Koordinierungs- und Nachrichtenprobleme. Stauffenberg und seine engsten Mitverschwörer wurden noch in der Nacht hingerichtet. Hitler sprach nach dem Anschlag von „einer ganz kleinen Clique ehrgeiziger, gewissenloser ... Offiziere“, die er für die Tat verantwortlich machte. Die Untersuchungen der folgenden Wochen sollten zeigen, wie weit der Kreis der Verschwörer tatsächlich reichte. Eine große Anzahl davon verurteilte das NS-Regime zum Tode.

E.L.

Reduktion der Motive auf »Ethos der Tat«

Das Bild Claus Schenk Graf von Stauffenbergs ist durch umfassende Widerstandsdarstellungen und viele Biografien geprägt, wobei als Standardwerk die umfangreiche Studie von Peter Hoffmann hervorzuheben ist. Hinzu kommen zahlreiche Publikationen von Zeitzeugen und Nachkommen. Die Bewertung des Attentäters ließ, auch aufgrund der Quellenlage, immer Diskussionsspielräume. Moralische und politische Motive als Triebkräfte standen allerdings weitgehend außer Frage. Sogar die DDR bemühte sich, namentlich durch den Historiker Kurt Finker, um eine, gemessen an den dort vorherrschenden Verhältnissen, ausgewogene Einordnung. Stauffenberg stieß erst während des Krieges zum Widerstand, die großflächigen theoretischen Planungen waren eher die Sache anderer. Er gehörte allerdings zu denjenigen, die zum Anschlag drängten, und er führte diesen auch aus.

Hier setzt Thomas Karlauf an, der den 75. Jahrestag des Staatsstreichversuchs vom 20. Juli 1944 zum Anlass für eine biografische

Aktuelle Diskussion über neue Biografie

„Neubewertung“ nimmt. An Karlaufs Buch „Stauffenberg. Porträt eines Attentäters“ entzündete sich die aktuelle Diskussion. Karlauf, bekannt als Biograf des Dichters Stefan George, reduziert Stauffenbergs Motivation stark auf das „Ethos der Tat“. Anderweitige Beweggründe werden ihm weitgehend abgesprochen. Ein derartig auf den Kopf gestelltes Stauffenberg-Bild sichert zumindest Aufmerksamkeit. Rüdiger von Voss, Ehrenvorsitzender der „Stiftung 20. Juli 1944“, sieht durch das Buch den gesamten Widerstand diskreditiert. Hans-Christof Kraus, Lehrstuhlinhaber für Neuere und Neueste Geschichte in Passau, sagt über das Werk, es liefere ein „im Detail unvollständiges, partiell verzerrendes und deshalb im Ergebnis höchst zweifelhaftes Bild“ Stauffenbergs und es bediene „die Erwartungen eines bestimmten Leserkreises ..., der mit Begriffen wie Ehre und Tradition nichts mehr anfangen kann, dem jedes Elitebewusstsein verdächtig und jedes Festhalten auch nur an der Idee der Nation als vorgestrig erscheinen muss.“ E.L.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

»Tief verankerter Hass«

Gewalttaten gegen Polizisten nehmen sprunghaft zu – Berlin besonders betroffen



Hemmschwelle sinkt immer weiter: Kollegen versorgen einen verletzten Polizisten

Bild: Imago

In ganz Deutschland werden immer mehr Polizeibeamte in ihrem Dienst beleidigt, bedroht und sogar angegriffen. Angesichts hoher Fallzahlen richtet die Berliner Polizei nun sogar eine Beratungsstelle für Beamte ein, die Opfer von Gewalt wurden.

Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik kündigte die Schaffung einer internen „Ansprechstelle Gewalt gegen Polizisten“ an. Dort sollen betroffene Beamte nicht nur psychologische Unterstützung erfahren, sondern auch eine Beratung erhalten, etwa zu Fragen der Unfallversicherung.

Hintergrund des Schritts sind abermals gestiegene Zahlen von Gewalttaten gegen Polizisten. Im vergangenen Jahr wurden in Berlin 6959 Polizisten im Dienst angegriffen. Elf Beamte erlitten dabei schwere Verletzungen.

Slowik wies darauf hin, dass vor allem die Besatzungen von Streifenwagen gefährdet seien: „Die Kollegen wissen bei einem Alarm vorher nie, in welche Situation sie da reingeraten: eine Schlägerei oder Gewalt in einer Familie, und plötzlich zieht einer ein Messer.“

Wie tief die Hemmschwelle zur Gewalt abgesunken ist, zeigt ein Fall vom Mai dieses Jahres. Im Stadtteil Wedding beobachteten ein Polizeibeamter und seine Kollegin, wie ein junger Mann in riskanter Weise seinen Pkw

ausparkte. Daraufhin angesprochen, beleidigte der Fahrer zunächst die Beamten, bevor er zusammen mit seinem 21-jährigen Bruder den Polizisten körperlich attackierte. Selbst als der Polizist bereits am Boden lag, trat das Brüderpaar weiter auf den Uniformierten ein. Der Beamtin blieb schließlich nur der Ausweg, ihre Dienstpistole zu ziehen, um ihren Kollegen zu schützen.

Für Aufsehen sorgte der Fall durch den Umstand, dass die herbeigeeilte Mutter auch noch die Gewalt ihrer Kinder gegen die beiden Streifenpolizisten filmte. Für die beiden angegriffenen Beamten endete der Einsatz mit Blutergüssen, Prellungen und Quetschungen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kommentierte diesen Fall: „Wer Menschen hinterhältig angreift, auf einen am Boden Liegenden eintritt und erst von ihm ablässt, wenn er in den Lauf einer geladenen Waffe sieht, ist bereit zu töten und eine Gefahr für unsere Gesellschaft.“ Dass die Angehörigen auch noch gefilmt hätten, zeige, über welch tief verankerten Hass wir hier sprechen.

Wie sich aus dem jährlich vorgelegten Lagebild des Bundeskriminalamts (BKA) ergibt, sind die Belastungen durch Gewalt gegen Beamte in den

Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen am höchsten. Bundesweit wurden laut BKA im Jahr 2018 34 168 Fälle von „Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf die Staatsgewalt“ erfasst. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg von fast 40 Prozent.

Diese Entwicklung scheint Kritiker zu bestätigen, die eine vor zwei Jahren vorgenommene gesetzliche Neuregelung mit Skepsis aufgenommen hatten. Bereits im Jahr 2017 haben Union und SPD im Bundestag ein „Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“ beschlossen. Seitdem können tätliche Angriffe auf Polizisten, ermittelnde Staatsanwälte und auch Rettungskräfte mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Davor hatte es eine solche besondere Strafanordnung nur für Angriffe gegeben, die sich während Vollstreckungshandlungen ereigneten.

An sich eine gute Idee. Doch aus den Reihen der Opposition war die Verschärfung im Bundestag als „symbolische Gesetzgebung“ bezeichnet worden. Die Kritiker wendeten ein, dass Verfahren häufig eingestellt würden, weil bei Staatsanwaltschaften und Gerichten die personellen Ressourcen fehlten.

Welche Ausmaße die Überlastung der Justiz angenommen hat, zeigt sich im Land Brandenburg. Insbesondere die Landgerichte bemühen sich dort, vorrangig Fälle abzuarbeiten, bei denen eine Untersuchungshaft angeordnet wurde. Trotzdem müssen immer wieder Tatverdächtige aus der Untersuchungshaft entlassen werden, weil sich die Verfahren unverhältnismäßig lange hinziehen. Wegen zu langer Verfahrensdauer hatte ein Richter erst im März die Entlassung von vier syrischen Jugendlichen angeordnet, denen ein Überfall auf einen Musikklub in Frankfurt an der Oder im August 2018 vorgeworfen wird.

Jüngstes Beispiel ist nun die U-Haftentlassung eines jungen Syrers. Ihm wird vorgeworfen, im Jahr 2016 in Cottbus eine 82-jährige Seniorin in ihrer Wohnung überfallen, ausgeraubt und getötet zu haben.

Die Jugendkammer des Landgerichts Cottbus setzte vor Kurzem den Haftbefehl gegen den Angeklagten gegen Auflagen außer Vollzug. Zur Begründung führte die Jugendkammer an, dass der Angeklagte sich bereits seit mehr als zwei Jahren und vier Monaten in Untersuchungshaft befinde. Aus Sicht der Jugendkammer ist auch kein kurzfristiger Verfahrensabschluss absehbar, sodass eine weitere Untersuchungshaft unverhältnismäßig sei.

Norman Hanert

Seltsame Koalition

Von THEO MAASS

Berlins rot-rot-grüner Senat hat bei der Aufnahme seiner Amtsgeschäfte verkündet, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu fördern und den motorisierten Individualverkehr einzuschränken. Bisher ist Verkehrssenatorin Regine Günther jedoch mehr als Mobilitätsverhinderin in Erscheinung getreten. Nun hat der Regierende Bürgermeister Michael Müller mit der von ihm geforderten 365-Euro-Jahreskarte erstmals konkret etwas in dieser Richtung unternommen.

Bisher kostete die BVG-Jahreskarte 761 Euro. Vorbild sei Wien, wie er in einem Interview mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ erklärte: „Ich hoffe sehr, dass wir das in der Berliner Politik auch wirklich gemeinsam beraten können. Dazu muss es gar keine politische Auseinandersetzung geben, weil ich davon ausgehe, dass alle akzeptieren, dass alle Verkehrsteilnehmer, also auch der Individualverkehr, ihre Berechtigung haben. Aber dass wir gemeinsam mehr tun müssen für eine lebenswerte Stadt mit einem guten ÖPNV. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es darum einen Streit gibt.“

Lediglich die Berliner CDU konnte neben der regierenden SPD dem Vorschlag etwas abgewinnen. „Wir finden das Wiener Modell interessant“, erklärte Oliver Friederici, der verkehrspolitische Sprecher der Spree-Union. Eine seltsame „Koalition“ von Linkspartei, Grünen, AfD, FDP und Springer-Presse bekundete ihr Missfallen. Bei Grünen und Linkspartei ist die Ablehnung rasch erklärt. Beide wollen etwas vollkommen anderes, auch wenn es sich vielleicht ähnlich anhört. Das nennt sich „solidarisches, umlagefinanziertes Modell“ und läuft darauf hinaus, dass alle Bewohner Berlins eine Umlage zahlen und dafür „Hinz und Kunz“ kostenlos Bahn und Bus benutzen können.

Andere Pläne sehen vor, allen Autofahrern eine solche Umlage aufzuerlegen. FDP und AfD begründen ihre Ablehnung damit, dass zunächst das ÖPNV-Angebot verbessert werden solle. Beide glauben ernsthaft, Autofahrer würden gern noch höhere Fahrkartpreise bezahlen, wenn die Bahnen pünktlicher und sauberer wären. Die Frage des Preises halten sie für nachrangig. Warum die Springer-Presse die vielfältige Kritik befeuert, ist schwer verständlich.

Bei FDP und AfD ist fern von sachlichen Erwägungen die Haltung zu hinterfragen. Zum einen ist der SPD-Vorschlag durchaus geeignet, die Zahl der ÖPNV-Nutzer zu vermehren. Abseits davon bot sich hier die einmalige Möglichkeit, auf sachpolitischer Ebene die Koalitionäre auseinanderzutreiben. Eine solch einmalige Chance wird wohl so rasch nicht wiederkommen. In der Baupolitik hält Rot-Rot-Grün trotz desaströser Ergebnisse eisern zusammen.

Charité an der Weltspitze

Bund und Berlin einig: Uniklinikum bekommt dritte Säule

Berlin ist auf dem Weg, ein weltweit führendes Zentrum der Medizinforschung zu werden, ein gutes Stück vorangekommen. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) und Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) haben eine Verwaltungsvereinbarung unterzeichnet, die das Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIG) wissenschaftlich in das Universitätsklinikum Charité integriert. Das Institut hat sich auf die Erforschung neuer Therapien spezialisiert und wird vom Bund pro Jahr mit rund 70 Millionen Euro gefördert.

Das BIG soll in der Charité-Universitätsmedizin die dritte Säule neben Klinikum und Fakultät bilden. Forschung und Gesundheitsversorgung sollen so noch stärker ineinandergreifen. Grundlage der Vereinbarung ist eine Grundgesetzänderung von 2015, mit der die strikte Trennung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern

bei der Förderung von Wissenschaft und Forschung aufgeweicht wurde. Vereinbarung haben Bund und Berlin, die wirtschaftliche Autonomie des BIG zu erhalten. Allerdings sollen im Verwaltungsrat des Instituts Bund und Land Berlin sowie externer Sachver-

Umfrage belegt:
Schon jetzt das beste
Klinikum Europas

stand vertreten sein. Das BIG wird zudem einen Sitz im Vorstand der Charité erhalten.

Müller bezeichnete die vereinbarte Lösung als einen „Meilenstein für die Gesundheitsstadt Berlin“. Schon länger verfolgt er das Ziel, die deutsche Hauptstadt in Konkurrenz zu Zürich, London und München zur bedeutendsten der strikten Trennung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern

Müller für die Charité ein „Jahrzehnt der Investitionen“ an und sicherte über eine Milliarde Euro für neue Technik und Bauvorhaben zu.

In einer Umfrage des US-Nachrichtenmagazins „Newsweek“ und des Datenportals Statista haben Ärzte, medizinisches Personal und Krankenhausmanager der Charité schon jetzt ein gutes Zeugnis ausgestellt. Im internationalen Vergleich schnitt Europas größtes Uni-Klinikum als das fünftbeste Krankenhaus der Welt und als bestes europäisches Klinikum ab.

Neben der Charité schaffte es als europäische Klinik auch noch das Schweizer Lausanne University Hospital unter die besten Zehn. Als bestes Krankenhaus ging aus dem Vergleich die Mayo Clinic hervor. Mit der Cleveland Clinic belegte auch den zweiten Platz ein Krankenhaus aus den USA. Platz drei ging an das Singapore General Hospital. N.H.

VW in Berlin

Technologie-Campus zieht an den »Alex«

Nach dem Technologieunternehmen Siemens will auch der Volkswagenkonzern mit einem Campus in Berlin präsent sein. Gemeinsam mit Wirtschaftsministerin Ramona Pop (Grüne) eröffnete Christian Senger, Markenvorstand für das Ressort Digitales und Dienstleistungen, in Berlin den „We Campus“. Als Standort hat sich der Wolfsburger Konzern für einen Bürokomplex in der Nähe des Berliner Alexanderplatzes entschieden.

Von hier aus sollen Programmierer und Entwickler für Volkswagen digitale Angebote für Mobilitätsdienstleistungen entwickeln. Auch sein Carsharing-Angebot „We Share“ zum Verleih von Elektroautos und die Ökostromtochter „Eli“ will der Autobauer künftig von Berlin-Mitte aus steuern. Ebenso wird auch das Unternehmen „Diconium“ in Berlin an-

gesiedelt. Über „Diconium“ sollen digitale Dienstleistungen rund um E-Autos, wie etwa Stromtarife oder elektrische Ladeboxen, angeboten werden.

Insgesamt plant der VW-Konzern, für seine Digitaloffensive bis 2025 etwa 3,5 Milliarden Euro auszugeben. Im „We Campus“ sollen etwa 900 Experten von VW und von Partnerfirmen arbeiten.

Zur Entscheidung für Berlin sagte Senger, die Stadt sei „das perfekte Echtzeitlabor, um neue Mobilitätskonzepte“ auszuprobieren. Der Konzern bietet seit Kurzem bereits über „We Share“ in Berlin 1500 E-Autos über ein sogenanntes Carsharing an.

Bereits vor dem Volkswagen-Konzern hatten sich BMW und Daimler dafür entschieden, ihr gemeinsames Carsharing-Unternehmen „Jurbey“ in Berlin-Mitte anzusiedeln. N.H.

Litfaßsäulen jetzt Denkmal

In Berlin werden demnächst 24 von rund 2500 Litfaßsäulen als „Zeugnisse der Berliner Stadtgeschichte“ unter Denkmalschutz gestellt. Die runden Säulen hatte der Berliner Drucker Ernst Litfaß im Jahr 1854 als Informations- und Werbeträger erfunden. Die in der Hauptstadt noch existierenden stammen überwiegend aus der Nachkriegszeit. Nach einem Betreiberwechsel sollen die meisten der übrigen abgerissen oder ausgetauscht werden. Das Landesdenkmalamt hatte ursprünglich geplant, 50 Litfaßsäulen unter Denkmalschutz zu stellen, wählte letzten Endes aber nur weniger als die Hälfte als erhaltenswert aus. Die älteste der denkmalgeschützten Säulen aus dem Jahr 1900 steht am Hackeschen Markt. Die jüngste, ein historischer Nachbau von 1987, befindet sich im Nikolaiviertel in Berlin-Mitte. Weitere historische Säulen befinden sich in Charlottenburg-Wilmersdorf, Kreuzberg-Friedrichshain, Mitte, Pankow, Reinickendorf, Steglitz-Zehlendorf und Treptow-Köpenick. MRK

MELDUNGEN

Schleierverbot in Tunesien

Tunis – Nach zwei mithilfe weiblicher Körperverhüllungen begangenen Bombenattentaten auf Polizisten in Tunis mit zwei Toten und mehreren Verletzten hat die tunesische Regierung ein Verbot der Vollverschleierung in staatlichen Einrichtungen erlassen. Vorausgegangen waren verschiedene Razzien der Polizei, bei denen unter anderem in einer Moschee der Hauptstadt größere Mengen an Sprengstoff sichergestellt werden konnten. Tunesien ist einerseits eines der zivilisiertesten Länder des Orients mit seit Langem engen Bezügen nach Europa, andererseits stammte die größte Fraktion der IS-Terroristen in Syrien aus dem nordafrikanischen Land. *T.W.W.*

US-Waffen für Taiwan

Washington/Taipeh – Die USA haben mit Taiwan die seit vielen Jahren größte Lieferung von Kriegswaffen vereinbart: Für 2,2 Milliarden US-Dollar erhält die Inselrepublik vor allem 108 M1A2-Abrams-Panzer und 250 Stinger-Flugabwehrraketen. Die taiwanesischen Panzerbestände waren seit Längerem nicht modernisiert worden, da selbst die Schutzmacht USA das ungleich bedeutendere Festlands-China nicht verärgern wollte. So hält Taiwan noch die vor über 60 Jahren erstmals produzierten Kampfpanzer vom Typ M60 im Einsatz, deren letzte Exemplare die US-Armee 1991 ausgemustert hatte. Die Verkäufe stehen neben der allgemeinen und an der Oberfläche als Handelsstreit ausgetragenen Rivalität der Großmächte USA und China im Kontext der von US-Präsident Donald Trump forcierten Ausweitung des Waffengeschäfts. In diesem Jahr soll die Produktion der Abrams-Panzer das 30-fache des noch vor Kurzem erreichten Tiefstwertes erreichen. *T.W.W.*

Chinas Toilettenrevolution

Umgerechnet rund 400 Milliarden Euro sollen investiert werden

Chinas Staatspräsident der Volksrepublik, Generalsekretär der Kommunistischen Partei und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission, Xi Jinping, plant eine von ihm so genannte Toilettenrevolution. Umgerechnet um die 400 Milliarden Euro werden nach einem Bericht der „Volkstageszeitung“, dem Organ der Kommunistischen Partei, im Reich der Mitte zum Bau moderner Toiletten, zur Verbesserung der Entsorgung von Hausmüll und zur Klärung privater Abwässer aufgewendet.

Das „Himmelsmandat zur Veränderung der Sanitären Orte“ heißende Projekt wurde im Kleinen bereits vom jungen Funktionär Xi in den 1980er Jahren vorbereitet und von Chinas Staats- und Parteichef Xi dann ohne humorige Hintergedanken am 1. April 2015 ausgerufen, um eine Verbesserung der öffentlichen Toiletten in und um touristische Einrichtungen zu bewirken.

Den meisten Chinesen waren deren völlig unzureichende sanitäre Anlagen ein Grauen, sodass viele von ihnen ihren Urlaub lieber in Übersee verbrachten als allzu nahe bei den Hinterlassenschaften ihrer Landsleute – oder aber fernab jeder Erleichterungsmöglichkeit. Dies bedeutete sowohl einen erheblichen Schaden für die heimische Volkswirtschaft als auch einen tiefen Kratzer im frischen Lack des neu entstandenen chinesischen Patriotismus.

Dem Vordenker des Neuen Chinas war zudem durchaus bewusst, dass die Beschaffenheit der Örtlichkeiten gerade auch von den meisten weißen Ausländern als Hinderungsgrund gesehen wurde, China überhaupt zu besuchen – geschweige denn

sich hier anzusiedeln. China benötigt aber gerade solche bisher ausbleibenden anspruchsvollen Ausländer für seine soziale und wirtschaftliche Weiterentwicklung, sodass man für sie nun annehmbare Lebensbedingungen bieten will.

An der erkannten Front wurden innerhalb von zwei Jahren an die 70 000 öffentliche Toiletten geschaffen, denen bis einschließlich 2020 in einem erweiterten, von Xi unmittelbar nach seiner Wahl ausgerufenen

Programm, das die bisherigen Anstrengungen über den Bereich der touristischen Regionen hinaus ausdehnt, nochmals eine ähnliche Zahl nachfolgen soll.

Dies alles macht China bereits jetzt nicht nur ein erhebliches Stück beschubarer, sondern auch bewohnbarer und damit stärker. Die sanitären Lebensumstände der Bevölkerung haben nämlich maßgebliche medizinische und in der Folge auch wirtschaftliche Auswirkungen – und tragen darüber hinaus zum nationalen Selbstbewusstsein bei, das angesichts der zunehmenden Auslandserfahrung vieler Chinesen deutlich zu leiden begann.

Jetzt wird dieses Programm unter seinem alten Namen auf den Gesamtkomplex der ländlichen Umweltverschmutzung ausgedehnt. Diese hat einen erheblichen Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche soweit verseucht, dass dieser nicht mehr für die Erzeugung von Nahrung geeignet ist, was China zu erheblichen Lebensmittelimporten zwingt. Nach den recht idealistischen beziehungsweise optimistischen Vorstellungen der Partei sollen bereits bis zum Ende des nächsten Jahres neun Zehntel der betroffenen Böden wieder landwirtschaftlich nutzbar sein.

Thomas W. Wyrwoll

Die »Familien« kehren zurück

Warum die Griechen mit Mitsotakis die Inkarnation der früher verhassten Eliten des Landes gewählt haben

Der Investmentbanker Kyriakos Mitsotakis von Griechenlands christdemokratischer Nea Dimokratia, dessen Vater bereits griechischer Premier war und mit-
half, das Land in die Schulden zu treiben, soll jetzt als neuer Premier das Land aus der Schuldenfalle retten. Auf ihn wartet eine Sisypusarbeit.

Griechenland hat wie erwartet einen Machtwechsel gewählt. Nach dem Sozialisten Alexis Tsipras soll mit Kyriakos Mitsotakis

Mit 158 Sitzen hat seine Nea Demokratia (ND) die absolute Mehrheit in dem 300 Sitze umfassenden Parlament. Die ND kam auf fast 40 Prozent aller Stimmen und erhält als stärkste Kraft noch 50 Zusatzmandate, ein Unikum in den Wahlsystemen der EU-Mitgliedsländer. Die linke Protestpartei Synaspismos Rizospastikis Aristeras (Syriza, Koalition der Radikalen Linken) von Tsipras kam nur noch auf 32 Prozent gegenüber 35,5 Prozent 2015. Tsipras gratulierte seinem Rivalen

„Griechische Lösung“ und die neue Partei des ehemaligen Finanzministers Yanis Varoufakis, der als Spitzenkandidat der Partei „Demokratie in Europa“ in Deutschland vergeblich für die Europawahl angetreten war.

Drittstärkste Kraft wurde die aus der sozialistischen Pasok-Partei hervorgegangene „Bewegung für den Wandel“ (Kinal, Kinima Allagis) mit 22 Sitzen vor den Kommunisten mit 15 Sitzen. Die rechte Partei „Goldene Morgenröte“ wird erstmals seit 2012 nicht

die für Oktober angesetzten Parlamentswahlen vorziehen lassen. Der ehemalige Kommunist konnte sich durch einen Balanceakt zwischen dem durch die internationalen Geldgeber verordneten Sparkurs und sozialen Geschenken an seine Klientel vier Jahre an der Macht und Griechenland in der Eurozone halten. Im August 2018 konnte Griechenland den Euro-Rettungsschirm verlassen.

Sein ursprüngliches Versprechen, gegen die harten Sparauflagen der europäischen Kreditgeber

landsprodukts (BIP) ist die griechische Gesamtverschuldung weiterhin die höchste in der Eurozone.

Die Griechen sind jedoch auch Spitzenreiter in der EU beim Immobilienbesitz. Für die vielen reichen Haus- und Jachtbesitzer mussten andere EU-Staaten in der Vergangenheit die Schulden bezahlen. Das hatte selbst in der EU-Kommission kaum noch jemand verstanden.

Der christdemokratische Wahlsieger Mitsotakis konnte die Wahl gewinnen, weil er versprach, neue Arbeitsplätze abseits des öffentlichen Sektors zu schaffen. Dafür will er die Steuern für Unternehmen senken. Auch mit der Güstlingswirtschaft, die insbesondere den konservativen Vorgängerregierungen vorgeworfen wurde, will er aufräumen. Die Mehrheit im Parlament hat er, dass er jedoch dafür der richtige Mann ist, bleibt zweifelhaft, weil der 51-jährige Harvard-Absolvent selbst als Güstling aus einer Politikerdynastie stammt. Mitsotakis ist die Inkarnation der früher verhassten Eliten des Landes, die durch massenhafte Schulden und gezinkte Bilanzen das Land in den Abgrund gefahren haben.

Geschröpft wurde vor allem die Mittelklasse. Ihr ist jedoch der zaghafte Wirtschaftsaufschwung seit dem letzten Jahr zu verdanken, der bislang bei den meisten Menschen noch nicht ankommt. Trotz Öffnung einiger geschützter Sektoren ist eine aufgeblähte Bürokratie weiterhin die Wachstumsbremse. Die Ausgangslage für Mitsotakis ist schlecht. Griechenland fehlen eine industrielle Basis und ausländische Direktinvestitionen. Mitsotakis will vor allem den boomenden Tourismus nach vorne bringen und ihn aus dem Schwarzmarktdasein herausführen. Es kann gut sein, dass Mitsotakis wie sein Vater scheitern wird. Dann könnte der jetzt abgewählte sieben Jahre jüngere Tsipras beim nächsten Mal sein Nachfolger werden. *Bodo Bost*



Bild: Imago/Asvestopoulos

Rückkehr einer Dynastie: Vor Kyriakos Mitsotakis (r.) war bereits sein Vater, Konstantinos Mitsotakis (l.), Ministerpräsident Hellas‘

mehr im Parlament vertreten sein. Im scheidenden Parlament stellte sie 16 Abgeordnete.

Die Syriza war wie viele andere regierende Parteien bei der Europawahl Ende Mai von den Wählern abgestraft worden. Daraufhin hatte Ministerpräsident Tsipras

zu kämpfen, hielt Tsipras nicht ein. Mit Kanzlerin Angela Merkel verstand sich der ehemalige Kommunist besser als mit großen Teilen seines Volkes. Die Arbeitslosigkeit konnte er kaum senken, sie liegt weiterhin bei fast 20 Prozent. Mit fast 180 Prozent des Bruttoin-

Oligarchensturz in Moldau

EU und Russland ermöglichten Koalition gegen Plahtoniucs PDM

Moldau hat seit den Parlamentswahlen vom Februar, die in einem Patt endeten, ein politisches Hin und Her hinter sich. Zunächst war vor zwei Wochen der prorussische Präsident Igor Dodon vom Verfassungsgericht abgesetzt und Pavel Filip von der Demokratischen Partei Moldaus (PDM) zum Interimspräsident erklärt worden. Wenige Tage später hat Dodon per Dekret sowohl die Auflösung des aus der Wahl vom 24. Februar hervorgegangenen Parlaments als auch die für den 6. September angesetzte Parlamentsneuwahl annulliert. Filip trat wieder zurück. Die Fäden im Hintergrund zog der Oligarch Vlad Plahtoniuc, Chef der PDM.

Die Nachrichten aus Moldau sind alarmierend. Seit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1991 steckt das Land in einer Krise, weil es zwischen Russland und der EU hin und her laviert. Die Republik Moldau war die erste ehemalige Sowjetrepublik, die Moskau – schon unter Boris Jelzin – mit einem Krieg in die Knie zwingen wollte. Das Ergebnis war die Abspaltung der Republik Transnistrien.

Moldau hatte schon 2014, noch vor der Ukraine und Georgien, von der EU die Visafreiheit erhalten. Die meisten Moldauer haben inzwischen rumänische Pässe, ru-

mänische Konsulate finden sich in fast jeder Kreisstadt des Landes, und Rumänien ist Mitglied der EU. Außerdem verbindet das Land die Östliche Partnerschaft (ÖP), die gerade ihren zehnten Geburtstag gefeiert hat, mit der EU. Die Hinwendung zur EU hat Moldau nicht viel gebracht, weil die meisten EU-Gelder in der Korruption des Landes versackt sind. Der bekannteste Korruptionsfall ist der „Diebstahl der Milliarde“ von 2015. Damals verschwanden eine Milliarde Euro EU-Subventionen

Brüssel und Moskau einigten sich auf Ämterteilung

über Nacht von moldauischen Bankkonten.

Eine Woche rangen nun Russland- und EU-freundliche Politiker um die Macht in der Republik Moldau. Die EU, die USA und die Russische Föderation schickten Vertreter in das Land, aus Brüssel kam sogar Erweiterungskommissar Johannes Hahn, weil Moldawien auch Beitrittskandidat der EU ist.

Die undurchsichtigen Vorgänge dienten angeblich der Entmachtung des ungeliebten Oligarchen Plahtoniuc, des reichsten Moldau-

ers, der die Macht nach den Wahlen im Februar usurpiert hatte. Wie ernst die Lage in der Republik Moldau war, zeigt, dass die neue Regierung erstmals aus einer Koalition aus den russlandfreundlichen Sozialisten (PSRM) und dem EU-freundlichen Wahlbündnis Acum besteht. Diese konnte nur durch Druck von außen zustandekommen. Die EU-freundliche Maia Sandu wurde neue Ministerpräsidentin, aber der Russlandfreundliche Dodon erhielt das Präsidentenamt zurück. Die abgewählten Demokraten von Plahtoniuc blieben dem Parlament fern und verschanzten sich zunächst in dem von Sondereinsatztruppen abgeriegelten Regierungssitz.

Es bedurfte einer Intervention des US-Botschafters in Chisinau und des russischen Präsidenten Wladimir Putin, dass die neue Regierung zustandekam, und dass Plahtoniuc seinen Regierungssitz räumte und die Waffen streckte. Plahtoniuc hat mittlerweile die Hauptstadt verlassen, wohin weiß niemand. Wahrscheinlich ist er in Transnistrien untergekommen, das ist der mehrheitlich von Russen und Ukrainern bewohnte abtrünnige Ostzipfel der Republik Moldau. Moldau ist vorerst an einem Venezuela-Szenario mitten in Europa vorbeigekommen, es fragt sich nur wie lange. *B.B.*

Die Schere öffnet sich

Bertelsmann-Stiftung beklagt eine wachsende Kluft zwischen armen und reichen Kommunen

Die Kommunen in Deutschland haben in den beiden vergangenen Jahren so hohe Überschüsse wie nie zuvor erwirtschaftet, doch nehmen die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen starken und schwachen Gemeinden immer größere Ausmaße an. Zu diesem Resultat kommt die Bertelsmann-Stiftung in ihrem neuesten Finanzreport.

Gemäß dem Report stiegen bundesweit die Rücklagen der Kommunen seit 2012 deutlich von rund 35 auf 48 Milliarden Euro. Zum ersten Mal seit der Vereinigung lagen die Kommunen in allen Flächenländern der Bundesrepublik in zwei aufeinanderfolgenden Jahren im Plus. Die Steuereinnahmen erreichten neue Rekordwerte. Auch bei den Kassenkrediten zeichnet sich nach Jahrzehnten des Anstiegs eine Trendwende ab.

Die Autoren der

Studie haben die Entwicklung der zehn reichsten und der zehn ärmsten kreisfreien Städte verglichen und auf den Anteil der Hartz-IV-Empfänger an ihren Bewohnern hin untersucht. Berücksichtigt wurden bei der Berechnung Menschen bis 65 Jahre, da Rentner aus einem anderen Finanztopfen Hilfen bekommen, der nicht von den Kommunen finanziert wird. Durch die gute konjunkturelle Entwicklung befinden sich die Kommunen seit 2012 in einer Phase des Aufschwungs. Doch der Ertrag ist offenbar höchst ungleich verteilt.

Auffällig sind vor allem regionale Unterschiede. Während Städte, Gemeinden und Kreise

vor allem in Bayern und Baden-Württemberg überdurchschnittlich gut dastehen, gibt die wirtschaftliche Lage vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im

Saarland Anlass zur Sorge. Die mitteleuropäischen Kommunen erreichten bei den Steuereinnahmen im Durchschnitt nur 61 Prozent des westdeutschen Niveaus.

Von den 40 steuerstärksten Kommunen liegen 39 in Westdeutschland; von den 40 schwächsten Kommunen 35 in Mitteldeutschland. Der Landkreis München als bundesweit stärkster Kreis nimmt pro Einwohner siebenmal so viele Steuern ein wie der schwächste Kreis Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt.

Die Experten der Bertelsmann-Stiftung sehen daher durchaus Anlass zur Sorge. Die Studienautoren zeigen sich über die aktuelle Entwicklung besorgt. „Mit der Wirtschaftskraft der Städte driften auch die Lebensverhältnisse ihrer Einwohner immer mehr auseinander“, sagt Studienleiter

René Geißler. Sollte es mit der Wirtschaft abwärts gehen, drohe sich die Situation zu verschärfen. „Eine Abkühlung der Konjunktur

Die Steuereinnahmen erreichten neue Rekordwerte

reißt unmittelbar neue Löcher in die Haushalte und macht die vergangenen Bemühungen zunichte“, erklärte Geißler.

Bei den Zahlungen an Hartz-IV-Empfänger empfehlen die Studienautoren, dass der Bund seinen Anteil von derzeit knapp der Hälfte auf mehr als sieben Zehntel der Beiträge erhöht.

Denn die positive Lage der Kommunalfinanzen beruhe derzeit ausschließlich auf dem starken Wachstum der Steuereinnahmen. Die sich abzeichnende Abkühlung der Konjunktur werde dieses Wachstum mindern. Da die Ausgaben weiter stiegen, drohten in vielen Kommunen neue Defizite. „Die Landesregierungen müssen das noch immer günstige Zeitfenster zum Abbau der Kassenkredite nutzen“, so Geißler. An die Regie-

rung richtete der Studienleiter die Empfehlung, die jüngsten Investitionsprogramme fortzuführen. Allgemein sollte ein stärkerer Fokus auf den wirtschaftsschwachen Regionen liegen. Geißler: „Die Bund-Länder-Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘ bietet die Chance für eine ganzheitliche Strukturpolitik.“

Viele Gemeinden und Kreise seien seit 20 Jahren mit steigenden Defiziten und Verschuldung konfrontiert. „Diese negativen Entwicklungen treten jedoch regional konzentriert auf. Sie treffen besonders solche Kommunen, die einem hohen gesellschaftlichen Handlungsbedarf

gegenüberstehen, zum Beispiel in der Bekämpfung der Kinderarmut. Die Chancengerechtigkeit der Bürger ist gefährdet“, schreibt der Bertelsmann-Experte

weiter.

Die Bund-Länder-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ wurde von drei

Bundesministerien unter Führung von Innenminister Horst Seehofer ins Leben gerufen, der am vergangenen Mittwoch erste Ergebnisse vorstellte. Mit den Ländern und Kommunen soll dann im Herbst in einer weiteren Gesprächsrunde besprochen werden, welche Maßnahmen davon verwirklicht werden. Vor der Vorstellung der Kommissionsergebnisse will sich das Bundeskabinett mit ihnen befassen. Seehofer, der dafür im Innenministerium eigens eine Abteilung „Heimat“ gegründet hat, sieht dringenden Handlungsbedarf, denn junge Menschen würden nur dort bleiben, wo Perspektiven vorhanden seien. Und dort würden eben

auch die Steuereinnahmen steigen. In den Problemregionen würde die Zahl der Transferleistungsempfänger dann zwangsläufig zunehmen – einen Teufelskreis hat

der CSU-Politiker ausgemacht. Dem müsse man entgegenwirken. Zum Beispiel durch die Ansiedlung von Bundesbehörden und Forschungsinstituten in „abgehängten“ Regionen. Der Koalitionspartner SPD geht noch weiter und fordert Investitionsprogramme: „Ohne zusätzliche Fördergelder wird das nicht gehen“, sagte Generalsekretär Lars Klingbeil.

Burkhard Jung, der Präsident des Deutschen Städtetages, erklärte unter Berücksichtigung der Bertelsmann-Studie, die Daten zeigten, dass der Handlungsdruck riesengroß sei. „Deshalb erwarten die Städte vom Bund, dass er in Kürze Ergebnisse auf den Tisch legt, um gleichwertige Lebensverhältnisse spürbar voranzubringen“, so Jung. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Öl aus den USA für die Ukraine

Odessa – Die Verwaltung des Seehafens von Odessa hat gemeldet, dass aus den USA eine erste Lieferung von 75 000 Tonnen Öl mit dem Tanker „Wisdom Venture“ eingetroffen ist. Das Öl ist für die Verarbeitung in der Raffinerie von Kremenchuk in der Zentralukraine bestimmt. Kamen früher Öllieferungen aus Russland und Kasachstan nach Odessa, legen heute Tanker mit Rohstoffen aus Aserbaidschan an. Das Terminal hat eine Kapazität von 25 Millionen Tonnen pro Jahr. Es handelt sich um ein großes Universalterminal, dessen Verwaltung über Erfahrung mit Öl- und Gasprodukten verfügt. Im August wird der nächste Öltanker aus den USA erwartet. *MRK*

Kroatien will den Euro

Zagreb – Kroatien hat die Teilnahme am europäischen Wechselkursmechanismus (WKM) beantragt. Dies gilt als Zeichen, dass das EU-Mitglied der Euro-Zone beitreten will, denn ein Land muss mindestens zwei Jahre am WKM teilgenommen haben, ehe es den Euro einführen kann. In dieser Phase wird kontrolliert, ob die Währung des Landes gegenüber dem Euro nicht zu sehr schwankt. Erst danach gibt die EU-Kommission eine Empfehlung ab. *P.E.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.926.148.851.348 €

Vorwoche: 1.926.189.210.480 €

Verschuldung pro Kopf:

23.201 €

Vorwoche: 23.201 €

(Dienstag, 16. Juli 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Radikalschnitt

Deutsche Bank entlässt an nur einem Tag 18 000 Mitarbeiter

Montag, der 8. Juli 2019, wird 18 000 Mitarbeitern der Deutschen Bank lebhaft in Erinnerung bleiben. An diesem Tag gab ihr Arbeitgeber nämlich bekannt, dass das Unternehmen genau diese Zahl an Arbeitsplätzen abbauen wird. Per E-Mail oder in Papierform gingen die Kündigungen den Betroffenen zu.

In Deutschland hatte das Bankhaus 2018 noch rund 41 600 Beschäftigte, weltweit waren es 91 700. Bis zu 6000 Mitarbeiter müssen hierzulande die Deutsche Bank verlassen. Damit bleibt sie trotzdem noch die größte deutsche Bank. Das Haus kann seit 1870 auf eine lange Geschichte zurückblicken. Eine Wende in der Unternehmenspolitik trat mit dem Mord an dem Vorstandsvorsitzenden Alfred Herrhausen am 30. November 1989 ein. Gewiss, er fädelte die Internationalisierung der Deutschen Bank ein, aber ob ihm die Zockergeschäfte seiner Nachfolger gefallen hätten, darf man anzweifeln.

Jedenfalls fiel der Erwerb der britischen Investmentbank Morgan Grenfell noch in die Verantwortung Herrhausens. Damit begann das spekulative Investment-Geschäft und später der Handel mit Derivaten. Im Zuge der Fi-

nanzkrise 2008 machten sich Broker in London über „the stupid Germans“ lustig, die Hyperschrottpapiere kauften.

Herrhausen hatte auch einen Schuldenerlass für die ärmsten Entwicklungsländer vorgeschlagen, womit er sich bei Bankern und Politikern quer durch die Bank unbeliebt machte: „Natürlich haben wir Macht. Es ist nicht die Frage, ob wir Macht haben oder nicht, sondern die Frage ist, wie wir damit umgehen, ob wir sie

Schrottpapiere sind größtes Hindernis für Fusionen

verantwortungsbewusst einsetzen oder nicht.“ Herrhausen sah keinen Sinn darin, Forderungen aufrechtzuerhalten, die niemals zurückgezahlt werden konnten.

Vornehmlich aus der Ära Akkermann soll ein Berg von 300 Milliarden Euro „giftiger Papiere“ stammen. Vermutlich scheiterten daran die Versuche eines Zusammengehens mit der Commerzbank. 2007 war die Aktie der Deutschen Bank an der Börse noch 90 Euro wert. Jetzt notiert die Aktie unter sieben Euro.

Von 2012 bis 2015 wurde den Aktionären eine Dividende von 0,75 Prozent gezahlt. 2017 zahlte die Deutsche Bank eine Dividende von 0,19 Prozent. 2019 gab es immer noch 0,11 Euro Dividende und das, obwohl das Haus eigentlich „pleite“ war.

Der Börsenwert des Unternehmens beträgt jetzt noch ganze 15 Milliarden Euro. Trotzdem zahlte die Bank ihren leitenden Angestellten neben dem Gehalt zwei Milliarden Euro an Bonifikation. Aber für 18 000 ist die „große Party“ nun vorbei. Am Tag der Entlassung schaute in London der Luxusschneider bei der Deutschen Bank vorbei. Während in London die Kündigungen verteilt wurden, besuchte er die britische Filiale. Kostenpunkt pro Anzug über 1000 Euro. Deutsche-Bank-Chef Christian Sewing echauffierte sich: „Mir fehlt jegliches Verständnis dafür, dass in unserer Niederlassung in London am Montag jemand Schneider bestellt hat, um Maßanzüge auszumessen.“ Das sieht nach Dekadenz aus und ist es auch. Aber die Deutsche Bank ist wohl zu groß um zu scheitern, andererseits scheinen die „giftigen Papiere“ ein Grund dafür zu sein, dass es keine Fusion mit einem anderen Bankhaus gibt. *Frank Bückler*

»EU benötigt Zuwanderung«

Berlin-Institut stellt Studie zur Zukunft der Immigration vor

Infolge der sogenannten Flüchtlingskrise ringen die Mitgliedsstaaten der EU seit Längerem um einen gemeinsamen Umgang mit dem Thema Immigration.

Das Berlin-Institut geht in seiner jüngst veröffentlichten Studie „Europa als Ziel? Die Zukunft der globalen Migration“ auf die zu erwartenden Wanderungsbewegungen in die EU ein. Als Gründe für Migration nennt sie die Flucht vor Krieg und Vertreibung, die Folgen des Klimawandels und die Suche nach Arbeit. Weltweit trügen sich 750 Millionen Menschen mit dem Gedanken, auszuwandern, 2017 lebten rund 258 Millionen Personen in einem anderen als ihrem Geburtsland. Unter den EU-Staaten zählten Deutschland, Frankreich und Großbritannien zu den beliebtesten Wanderungszielen.

Die Studie bezieht sich auf Statistiken der Jahre 1990 bis 2017. Dabei wird zwischen Migranten innerhalb der EU und Immigranten von außerhalb unterschieden. Die EU zählt demnach zu den Regionen der Welt, in denen die meisten internationalen Migranten leben. Seit 1990 zeigt die Statistik einen stetigen Anstieg der Wanderungszahlen. Dazu trugen zunächst Wanderungen innerhalb der EU erheblich bei. Nach der EU-Osterweiterung Mitte der 2000er Jahre

habe die Zahl noch einmal zugenommen.

Von außerhalb der EU kommt laut Studie die größte Gruppe der Zuwanderer. Sie wandern aus dem Nahen Osten und Nordafrika ein, vorwiegend aus den Herkunftsländern Türkei, Algerien und Marokko. Zu den Faktoren, welche die Bereitschaft zur Auswanderung fördern, zählt das Berlin-Institut ein starkes Bevölkerungswachstum in den Herkunftsländern, die Konkurrenz um Nahrung, Wohnraum,

Einwanderer sollen Arbeitskräftemangel in der EU abfedern

Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen sowie den Kampf um Arbeitsplätze. In erster Linie wanderten besser gebildete Menschen zwischen 20 und 39 Jahren aus. Weniger gebildete könnten es sich nicht leisten auszuwandern. Auch seien Netzwerke eine wichtige Grundlage für die Auswanderung. In Ländern wie den ehemaligen französischen Kolonien in Nord- oder Westafrika funktionieren diese besonders gut.

Der größte Teil der Migration erfolge zu Erwerbszwecken, aber zu-

nehmend flöhen die Menschen auch vor Krieg und Verfolgung, etwa aus Konfliktgebieten im Nahen Osten und Nordafrika. Klimaflüchtlinge würden dagegen meist nur über kurze Distanzen wandern, da sie oft zu den ärmeren Bevölkerungsschichten zählten.

Die EU-Migrationspolitik führe häufig zur „Abschottung gegenüber irregulärer Migration einerseits und der Öffnung für eine geregelte Fachkräftezuwanderung andererseits“. Diese Tendenz zeige sich seit dem Beginn der Asylkrise. In Zukunft werde der Zuwanderungsbedarf jedoch aufgrund geringer Kinderzahlen und steigender Lebenserwartung aus ökonomischer Perspektive steigen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die Bundeszentrale für politische Bildung. Laut Eurostat werde im Jahr 2050 voraussichtlich ein Drittel der heute über 450 Millionen Einwohner der EU über 65 Jahre alt sein. Schon heute sähen sich Deutschland, Italien und Ungarn einem Rückgang der Anzahl von Bürgern im erwerbsfähigen Alter gegenüber. Sektoral und regional stünden nicht mehr genügend Arbeitskräfte zur Verfügung. Immigration könne diese Bevölkerungsentwicklung nicht vollständig ausgleichen, aber die negativen Folgen abfedern. *M. Rosenthal-Kappi*

Verdacht

Von Erik Lommatzsch

Das „Bundesamt für Verfassungsschutz“ (BfV) hat eine „Hochstufung“ vorgenommen. War die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) bislang nur „Verdachtsfall“, gilt sie nun „als eine gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“. Ein Vorwurf lautet, die IBD ziele „letztlich“ darauf ab, „Menschen mit außereuropäischer Herkunft von demokratischer Teilhabe auszuschließen und sie in einer ihre Menschenwürde verletzenden Weise zu diskriminieren“. Als Belege angeführt werden „Aktionen und Kampagnen“ wie „Keine No-Go-Areas“ oder „Stop Faith – Gegen islamischen Universalismus – Für echte Vielfalt“. Nun ist eine Überwachung der IBD, die nach BfV-Angaben über lediglich 600 „Mitglieder“ verfügt, mit allen nachrichtendienstlichen Mitteln möglich.

Die „Tagesschau“ widmete sich an erster Stelle und ausführlich der IBD. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die öffentlich-rechtlichen Medien nach Kräften bemüht sind, die vom BfV unterstellte, nur schwer verständliche „Gefahr“ durch die IBD zu begründen. Erwähnt wird etwa das im Sommer 2016 auf dem Brandenburger Tor angebrachte Transparent: „Sichere Grenzen – sichere Zukunft“. Die „Tagesschau“ kommentiert mit den Worten: „Das klingt erstmal harmlos. Doch die Identitären sind alles andere als das.“

Es folgen Hinweise auf deren europäische Vernetzungen und den von ihnen vertretenen Ethnopluralismus. Die IBD gebe sich „bürgerlich und zuweilen intellektuell“. Besonders gefährlich

sei, dass sie „jung und smart“ daherkomme und sich auch „von diesen dumpfen Parolen von möglicherweise gewaltbereiten rechten Gruppierungen“ distanzieren.

Was hierbei problematisch sein soll, bleibt ebenso schwer nachvollziehbar wie die vagen Abschlussworte, „die Gefahr besteht eben für manche auch darin, dass sie sich weiter radikalisieren könnten. Zumindest zündeln sie.“ BfV-Präsident Thomas Haldenwang sagt: „Diese geistigen Brandstifter stellen die Gleichheit aller Menschen ... in Frage.“ Wie Haldenwang sein Gleichheitsaxiom mit der allseits regierungskonform geforderten „Diversity“ in Einklang bringt, bleibt sein Geheimnis.

Plausibel sind die Vorwürfe eines gegen das Grundgesetz gerichteten Wirkens der IBD nicht. Über die Eignung von Be-

griffen wie „Umvolkung“ mag man streiten. Die Veränderungen im täglichen Leben, welche mit der „Flüchtlingskrise“ im Zusammenhang stehen, sind für jedermann sichtbar. Und nicht jedermann hat seine Freude daran. „Gefahren“ ist durchaus ein richtiges Stichwort im Zusammenhang mit der IBD. Allerdings wohl eher die Gefahren, auf die diese Bewegung hinweist, nicht „Gefahren“, die von ihr ausgehen.

Auf die Frage, warum die „Hochstufung“ durch das BfV erst jetzt erfolgt, gibt die „Tagesschau“ auch eine Antwort: Man habe dort gründlich geprüft. Der weitere Bericht mit Hinweisen auf Verbindungen der AfD zur IBD und die Tatsache, dass in wenigen Wochen wichtige Landtagswahlen bevorstehen, legen einen anderen Verdacht nahe.

Identitäre Gefahren?

Frei gedacht



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

und Internet nur selten großen Widerhall.

Meist versucht das zielorientiert gesteuerte Medienkartell, derart unliebsame Themen herunterzuschweigen. Na, gut, freiwillig wird diese Entscheidung von einigen Redakteuren nicht getroffen, denn im Großen und Ganzen ist es ja ein ganz bestimmter Verhaltenskodex, den man sich heutzutage (wie auch schon in

früheren totalitären Systemen) wie einen Umhang anzulegen und danach zu funktionieren hat, wenn man seinen Job behalten und weiter mitmachen will: Was politisch nicht korrekt ist, hat in der Berichterstattung nichts zu suchen. Was aber kürzlich bei Markus Lanz im ZDF stattfand, kann man getrost als eine Sternstunde bezeichnen, ob nun so von der Redaktion geplant oder nicht.

In der TV-Sendung diskutierten am 3. Juli 2019 unter anderem die Gerichtsreporterin Gisela Friedrichsen sowie der Berliner Oberstaatsanwalt Ralph Knispel. Friedrichsen stellt zunächst zwar fest, sie habe sich bis vor Kurzem nicht vorstellen können, „dass es in Deutschland wieder eine solche virulente rechte Szene beziehungsweise rechtsextreme Szene gibt, die andere umbringen, nur weil sie einen Namen haben, der nicht passt, nur weil sie andere Haare haben

oder eine andere Hautfarbe“. TV-Moderator Lanz zitiert darauf das Bundeskriminalamt (BKA), das im April die Zahl von 600 nicht vollstreckten Haftbefehlen gegen Neonazis feststellte. Aber dann kommt Oberstaatsanwalt Knispel ins Spiel, der mit fast zynischer Gelassenheit und unaufgeregter Miene die Ungeheuerlichkeiten unseres Rechtssystems beschreibt, sodass es einem die Schauer nur so über den Rücken jagt. Es seien im April 2018 weit über 8000 nicht vollstreckte Haftbefehle gewesen.

Von diesem Moment an wird in der ZDF-Sendung plötzlich nicht mehr über rechtsextreme Täter gesprochen, sondern man meint „Vergewaltiger“ und „Totschläger“, wenn man vom Versagen der Behörden spricht. Aufgrund von erheblichem Personalmangel und fehlendem Willen der Politik, diese Missstände zu ändern, ließe man regelmäßige Schwerverbrecher frei, weil die Fristen verstrichen und die Fälle nicht bearbeitet werden könnten. Auch Straftäter der mittleren Kriminalität könnten einfach nicht verhaftet werden wegen des Personalmangels bei der Polizei. Friedrichsen, seit vielen Jahren für die Mainstreammedien tätig, scheint inzwischen ebenfalls hilflos und verzweifelt zu sein, fortgefegt scheint bei ihr jeglicher Anpassungswille ans Sy-

Schwarz-Grün im Blick

Von Norman Hanert

Sämtlichen Gedankenspielen zur Bildung einer Bundesregierung aus Union und Grünen mangelte es in der Vergangenheit vor allem aus einem Grund an Glaubwürdigkeit: Am Kabinetttisch müssten sich nicht nur CDU und Grüne zu einer Zusammenarbeit zusammenraufen, sondern auch die bayerische CSU. Allein die fundamental unterschiedlichen Ansichten in der Einwanderungspolitik hätten bereits das Zustandekommen eines unterschrittsreifen Koalitionsvertrages wie ein kleines Wunder erscheinen lassen.

In hohem Tempo arbeitet die CSU-Spitze offenbar daran, die Partei nicht nur „moderner und cooler“ zu machen, sondern auch koalitionsfähig mit den Grünen.

Nach der Europawahl kündigte der CSU-Chef Markus Söder an: „Das Duell heißt ab jetzt nicht mehr Schwarz gegen Rot, sondern eindeutig Schwarz gegen Grün.“

Bestreiten will Söder das Duell offenbar mit der Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“. Schon die frühere CDU-Vorsitzende Angela Merkel versuchte, SPD und Grüne klein zu halten, indem sie deren Themen übernahm.

Söder liefert seit einiger Zeit immer mehr Beispiele für dieses Vorgehen. Selbst in der CDU sorgte er kürzlich für Verwundung, als er sich etwa für einen

vorgezogenen Kohleausstieg aussprach. Söder im Originalton: „Sind wir ehrlich: Die deutschen Klimaziele sind bis 2030 nur zu erreichen, wenn wir den Kohleausstieg massiv beschleunigen.“ Schon zuvor hatte Söder angekündigt, in Bayern würden Ökologie und Artenschutz

künftig eine Priorität wie in keinem anderen Bundesland bekommen. Vor wenigen Tagen präsentierte der Ministerpräsident Söder den Plan, den Bayerischen Staatswald nicht mehr gewinnorientiert zu bewirtschaften, sondern zum „Klimaspeicher“ zu machen.

Möglicherweise kann die CSU mit der Besetzung solcher Themen den Höhenflug der Grünen zumindest im Freistaat Bayern bremsen. Söders neue Öko-Agenda hat allerdings noch eine zweite Seite. Schritt für Schritt räumt der CSU-Chef Hindernisse aus dem Weg, die bislang einer Koalition seiner Partei mit den Grünen im Weg standen. Mit dem neuen Kurs ermöglicht Söder allerdings nicht nur neue Koalitionsmodelle in Bayern und im Bund. Auch für ihn persönlich eröffnen sich als Politiker ganz neue Perspektiven. Das „Handelsblatt“ beschäftigte sich unlängst mit der Frage, ob Söder nach Franz-Joseph Strauß und Edmund Stoiber der dritte CSU-Vorsitzende sein wird, der für die Union als Kanzlerkandidat antritt.

Auch Söder versucht die »asymmetrische Demobilisierung«



Auf den Spuren der Kanzlerin: Bayerns Ministerpräsident Markus Söder beim Treffen mit Angela Merkel

Bild: Imago images/Emmanuele Contini

Kapitulation unseres Rechtsstaates

Von EVA HERMAN

den Geschichtsbüchern“. Weiter führt er aus: „Wenn Sie sich bemühen, den Stein hochzurollen, und feststellen, wenn Sie oben sind, dass im nächsten Moment die nächsten zehn schon wieder runterkommen“, das frustrierte viele Kollegen. „Die Gefühle reichen von Verärgerung über Verzweiflung bis zu tiefer Frustration!“ Es gebe so gut wie keine Schreibkräfte mehr in der Bundesrepublik, die Staatsanwälte verfassten ihre Schriftstücke selber, kopierten sie selber, und auch der Akktransport obliege ihnen. Das Rechtssystem sei am Ende. Das zeige auch die Tatsache, dass sogenannte Bagatelldelikte wie Einbruch und Diebstahl nicht mehr geahndet werden können, was man

den Geschichtsbüchern“. Weiter führt er aus: „Wenn Sie sich bemühen, den Stein hochzurollen, und feststellen, wenn Sie oben sind, dass im nächsten Moment die nächsten zehn schon wieder runterkommen“, das frustrierte viele Kollegen. „Die Gefühle reichen von Verärgerung über Verzweiflung bis zu tiefer Frustration!“ Es gebe so gut wie keine Schreibkräfte mehr in der Bundesrepublik, die Staatsanwälte verfassten ihre Schriftstücke selber, kopierten sie selber, und auch der Akktransport obliege ihnen. Das Rechtssystem sei am Ende. Das zeige auch die Tatsache, dass sogenannte Bagatelldelikte wie Einbruch und Diebstahl nicht mehr geahndet werden können, was man

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

All die Aufzählungen über das Versagen und die Kapitulation unseres Rechtssystems sind, da gibt es keinen Zweifel, unmittelbare Folgen der bedingungslosen Einwanderungspolitik der deutschen Bundeskanzlerin. Beklemmend, diese Tatsachen zu bester ZDF-Sendezeit aufgetischt zu bekommen, beklemmend auch deswegen, weil alles so aussichtslos ist. Die hochkarätigen Diskutanten lassen daran keinen Zweifel. Sie sind sich auch in ihrem Verständnis gegenüber einer

Es ist dann auch noch die Rede von völlig überfüllten Gefängnissen, mit der Folge, dass fast überall in Deutschland Haftstrafen nicht mehr angetreten werden können. Das würde rechtsstaatlich dann mit wohlklingenden Worten umschrieben werden; Fakt jedoch ist, dass zahlreiche Straftäter ihre Taten wegen Überfüllung nicht büßen müssten. „Nehmen diese Straftäter den Rechtsstaat eigentlich noch ernst?“, fragt der Moderator? Klare Antwort des Oberstaatsanwalts:

„Nein! Die lachen uns aus! Sie lachen die Justiz aus, bis in die Gerichtssäle hinein!“

Diese eindrucksvolle, mutige ZDF-Sendung kann man noch im Internet ansehen. Ich habe sie hier für die kommende Zeit dokumentiert, in der es weder ein Rechtssystem noch einen Zugriff auf elektronische Medien mehr geben wird: <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-3-juli-2019-100.html>

Schweizer Grünschnabel

Vor 200 Jahren wurde der Autor des »Grünen Heinrich« geboren – Berlin machte den Maler Gottfried Keller zum Schriftsteller

Die Novelle „Kleider machen Leute“ kennt nahezu jedes Schulkind. Sie gehört schon wegen ihres sprichwörtlichen Titels zu den bekanntesten Werken des bedeutendsten Schweizer Autors des 19. Jahrhunderts. Vor 200 Jahren wurde Gottfried Keller in Zürich geboren. Ein Großteil seines Werkes entstand aber in Berlin.

Den Berlinern muss der Mann mit den viel zu kurzen Beinen und dem großen Kopf wie ein Waldschrat vorgekommen sein. Im Jahr 1850 tauchte Gottfried Keller in Preußens Hauptstadt auf, wo er dank eines Züricher Staatsstipendiums bis 1855 als freier Schriftsteller leben konnte.

Mit seinem starken Schweizer Akzent amüsierte er die Berliner. Machte sich einer über den bärtigen Kautz lustig, dann fuchtelte der rauf- und trinkfreudige Autor, der nur 1,40 Meter gemessen haben soll, mit seinen kleinen Fäusten wild um sich. Der Salonkönig Karl August Varnhagen von Ense schrieb über den Eindruck, den Keller in der gehobenen Gesellschaft hinterließ: „Ein eigentümlicher, gehaltvoller Mensch, aber für die Welt etwas verschoben, nicht ganz brauchbar zugerichtet.“

Die feine Gesellschaft mied er, Einladungen zu literarischen Zirkeln wie dem von Fanny Lewald schlug der wortkarge Mann aus. Dafür legte er seine ganze Energie in einen Roman, der zu den am wenigsten gelesenen Meisterwerken der deutschsprachigen Literatur zählt. Sein gemeinhin als Bildungs-, Entwicklungs- oder Erziehungsroman bezeichneter „Grü-

ner Heinrich“ wird häufig in einem Atemzug mit Goethes „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ oder Stifters „Nachsommer“ genannt.

Tatsächlich ist das Buch auch eine verkappte Autobiografie. Die Parallelen zwischen dem mit den Resten der väterlichen Jägeruniform gekleideten und daher als „grüner Heinrich“ verspotteten Titelhelden sowie dem künstlerischen Grünschnabel Keller sind offenkundig. Der Autor schildert darin die Herkunft des Titelhelden aus einer Züricher Handwerksfamilie, den frühen Tod des Vaters, die erneute Heirat der Mutter, den Rauswurf aus der Schule wegen eines Jugendstreiches, die Ausbildung in einem Kunstmalerbetrieb, erste amouröse Erfahrungen in den Bergen, den Umzug nach München, das dortige Boheme-Leben als Maler sowie die Rückkehr zur Mutter.

Das alles hat der am 19. Juli 1819 in Zürich geborene Keller selbst erlebt. Sein Vater, ein Drechsler, verstarb, als er fünf war. Diese Vaterlosigkeit sollte sein Leben und Werk prägen. Sie führte dazu, dass Keller orientierungslos und unerfahren ins Erwachsenenalter hineinglitt. Landschaftsmaler wollte er werden, nachdem ihm durch den Rauswurf aus der Schule eine höhere Ausbildung versagt blieb. Auch für ein geregeltes Familienleben war der Schuldenmacher, der vom wenigen Geld der verwitweten Mutter lebte, nicht geeignet. Sämtliche Liebesabenteuer verliefen im Sande. Mal traute er sich nicht wie im Falle einer hübschen Berliner, die er als Grafenmün-

del namens Dortchen im „Grünen Heinrich“ verewigt hat, seine Liebe zu gestehen, mal wurden seine Heiratsanträge abgelehnt, mal beging eine Verlobte Selbstmord.

Diese Diskrepanz zwischen Traum und Wirklichkeit thematisiert der „Grüne Heinrich“. Weder Gottes- noch Gesellschaftsvertrauen helfen, um ans Ziel zu gelangen, also zur sozialen, beruflichen und familiären Anerkennung. Man muss die Erziehung selbst in die Hand nehmen. Und

genau das lässt Keller seinen Titelhelden tun. Dabei half eine philosophische Erkenntnis.

Vor seiner Reise nach Berlin hörte Keller in Heidelberg Vorlesungen des Religionsphilosophen Ludwig Feuerbach und war ange-tan von der Idee, dass sich das menschliche Glück im Diesseits und nicht im romantischen Sinne erst im Jenseits erfülle. Der Blick auf die Realität ist das Ziel, nicht das Streben nach einem klassisch-humanistischen Bildungs-

ideal, das sich in einem von Zerfallsprozessen bedrohten Bürger-tum im industriellen Zeitalter kaum mehr verwirklichen ließ.

So schuf Keller einen dicken realistischen Wälzer mit bezaubernden Naturschilderungen und erotischen Szenen, aber auch vielen Abschweifungen wie der Darstellung des Münchener Künstlerfestes von 1840, wo auf der Bühne ein allegorischer Mummenschanz geboten wurde. Da muss man als Leser durch. Nach den Jugendjahren des grünen Heinrich hat Keller zudem ein eiliges Ende hinge- klickt, das dessen restlichen Jahre knapp zusammenfasst.

In der Berliner Fassung, in der ein Er-Erzähler die von Heinrich selbst erzählte Jugendgeschichte einrahmt, endet noch alles tragisch. Weil ihm dieser Ausgang wohl selbst zu suspekt war, hat Keller später eine ausschließlich als Ich-Erzählung verfasste zweite Fassung herausgebracht, in der zwar alles versöhnlicher endet, die aber nicht mehr ganz die herzhafte frühere Frische besitzt.

Überhaupt war Keller in seinen späteren Jahren mit sich und der Welt im Reinen. Schon in seinem in Berlin zeitgleich zum „Grünen Heinrich“ entstandenen Novellenband „Die Leute von Seldwyla“ endet fast alles heiter. Die Ausnahme bildet „Romeo und Julia auf dem Dorfe“, in der sich die verliebten Kinder zweier verfeindeter Bauern in den Fluss werfen.

In den ebenfalls in Berlin konzipierten, aber später geschriebenen „Züricher Novellen“ ist alles heiter und entspannt. So auch im „Fähnlein der sieben Aufrechten“,

in dem Keller sein Engagement als Freischärler im Sonderbundskrieg für das liberale Zürich auf komische Weise verarbeitet hat.

Der Kanton Zürich dankte dem Autor für seinen politischen Einsatz, indem es ihn nicht nur mit einem Stipendium nach Deutschland schickte, sondern auch als „Staatschreiber“ von 1861 bis 1876 von allen Geldsorgen ent-hob. Die literarische Produktion stockte durch dieses repräsentati-ve Amt, für das er ab und an poli-tische Dokumente verfasste.

Später ließ er mit dem „Sinnge-dicht“ einen dritten Novellenband und mit „Martin Salander“ seinen zweiten Roman folgen. Letzterer besaß aber nicht mehr die Strahlkraft seines „Schicksalsbuchs“, wie er den „Grünen Heinrich“ seinem langjährigen Brieffreund Theodor Storm gegenüber be-zeichnet hatte. Zwei Jahre nach Storm, dem mit Fontane anderen großen realistischen Erzähler, starb Keller am 15. Juli 1890 in Zürich.

Harald Tews

Neue Bücher zum Jubiläum

Ulrich Kittstein: **Gottfried Keller. Ein bürgerlicher Außenseiter.** Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2018, 512 Seiten, 48 Euro. Thomas Hürlimann (Hg.): **Gottfried Keller. Das große Lesebuch.** Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2019, 272 Seiten, 13 Euro. Gottfried Keller: **Züricher Novellen,** Diogenes Verlag, Zürich 2019, 480 Seiten, 13 Euro.

Im Zeichen der Birne

Fontane-Jahr – Ausstellung und »Effi Briest« in Schloss Ribbeck

Ganz inmitten der großen Konkurrenz von kulturellen Veranstaltungen im Jubiläumsjahr „Fontane 200“ kann die kleine havelländische Gemeinde Ribbeck mit mehreren Glanzlichtern punkten. Schon der Name weckt Aufmerksamkeit, ist er doch assoziiert mit Fontanes berühmtem Gedicht über den spendablen Herrn von Ribbeck auf Ribbeck und den Birnbaum in seinem Garten. Das Dorf, heute ein Ortsteil der Stadt Nauen, ist mit dem Schloss und der Ribbeck-Vermarktung ganzjährig eine touristische und regionale Attraktion.

Einst Wohnsitz der Familie von Ribbeck, beherbergt Schloss Ribbeck seit 2009 ein Kulturzentrum mit ausgezeichnetem Restaurant, Cafégarten und Veranstaltungsräumen für Feste, Lesungen und Kammerkonzerte. Das Standesamt von Nauen hat hier eine Außenstelle.

Anlässlich des Fontane-Jahres wurde die Dauerausstellung auf der Museumsetage neu konzipiert und unter dem Titel „Theodor Fontane – Facetten des märkischen Wanderers“ Anfang Mai eröffnet. In fünf Erlebnisräumen kann man die Lebenswelt des Schriftstellers im 19. Jahrhundert erkunden. Die Inhalte sind mit audiovisueller Technik modern in Szene gesetzt. Am Eingang empfängt ein virtueller Fontane die Besucher. Ein Raum, der wie ein Glashaus gestaltet ist, soll an das einstige Treibhaus des Schlosses erinnern, ein anderer ist seiner Baugeschichte gewidmet.

Leider gibt es keinen Hinweis darauf, dass Fontane selbst einmal in Ribbeck war. Als er 1888 seine Verse schrieb, die dem Ort de-einst so reichen Segen bringen sollten, stand noch das in seinem

Gedicht erwähnte alte „Doppeldachhaus“. 1893 errichtete Hans Georg Henning von Ribbeck das Schloss im neobarocken Stil.

1943 wurde die Familie von Ribbeck enteignet und musste in das Inspektorenhaus umziehen. Als überzeugter Gegner des NS-Regimes wurde Hans-Georg Carl Anton von Ribbeck 1944 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen deportiert. Dort wurde er im Februar 1945 ermordet. Die Gutsbesitzerfamilie wurde 1947 aus der

Ur-Ur-Enkel des letzten Schlossherrn ist er in persona eine Touristenattraktion, was auch dem Verkauf des von ihm produzierten Birnenessigs zugutekommt.

Im siebten Jahr seines Bestehens steht der Festspielsommer auf Schloss Ribbeck ebenfalls unter dem Zeichen der Würdigung Theodor Fontanes. Der Klassiker „Effi Briest“ kehrt auf die Bühne im Schlossgarten zurück, dargeboten vom Ensemble der Schlossfestspiele Ribbeck in der



Durch Fontane-Gedicht berühmt: Schloss Ribbeck

Bild: Ribbeck73

sowjetischen Besatzungszone ausgewiesen.

Zu DDR-Zeiten diente das Schloss als Seniorenheim. Zehn Jahre nach der „Wende“ endete ein jahrelanger Rechtsstreit über die Rückübertragung des Anwesens mit 1600 Hektar Land zugunsten der Nachkommen des letzten Besitzers mit einem Vergleich. Seit 2009 betreibt der Landkreis Havelland das renovierte Kultur-Schloss. Auf dem Gelände der früheren Gutsremise wohnt Carl von Ribbeck in einem modernen Zweifamilienhaus. Als

Inszenierung von 2014. Gezeigt wird er noch an diesem Wochenende, Freitag und Sonnabend um 19 Uhr, Sonntag um 15 Uhr. Im Anschluss folgen acht Gastspiele, beginnend am 27. Juli in Neuruppin/Tempelgarten. Den Schluss bilden zwei Aufführungen am 24. und 25. August auf der Landeshausgalerie Wittstock.

Informationen zu Öffnungszeiten, Karten und Preisen sowie zum weiteren Theaterprogramm der Schlossfestspiele Ribbeck siehe www.schlossfestspiele-ribbeck.de. D. Jestrzemski

Klein angefangen

Museum in Halle zeigt Jugendwerke der späteren Bauhauskünstler

Auch große Maler haben einmal klein angefangen. Das stellt das Museum für Kindheits- und Jugendwerke unter Beweis, das 1987 in Halle/Westfalen eröffnet wurde. Zu diesem Zeitpunkt gehörten zu den bemerkenswerten Ausstellungsstücken, die Museumsleiterin Ursula Blaschke zusammengetragen hat, bereits Werke von Paul Klee und seinem Sohn Felix sowie ein „Küchenbild“ von Wassily Kandinsky und Klee. Künstler, die

Mies van der Rohe und Oskar Schlemmer. Zu den weniger bekannten Künstlern gehört unter anderem Franz Ehrlich, der als Insasse des KZ Buchenwald gezwungen wurde, das Tor mit der Inschrift „Jedem das Seine“ zu gestalten.

Andere, wenngleich weniger bekannte Namen aus der Talentschmiede der Moderne sind Kurt Kranz, Friedrich Tschaschnig, Emil Bert Hartwig, Heinrich Neuy (Maler, Möbeldesigner und Archi-



Gemeinschaftsarbeit: „Küchenbild“ der Klees und Kandinskys

in diesem Jahr ganz besonders in den Fokus rücken, da ihr Name eng mit dem Bauhaus verbunden ist, dessen seinen 100. Geburtstag in diesem Jahr gefeiert wird.

Insgesamt gab es mehr als 500 Schüler am Bauhaus, das als Staatliches Bauhaus in Weimar startete und als Hochschule für Gestaltung in Dessau und schließlich als private Lehranstalt in Berlin insgesamt 14 Jahre existierte, bevor es 1932 von den Nationalsozialisten geschlossen wurde. Zu den bekannteren Namen gehören Paul Klee, Wassily Kandinsky,

Ida Kerkovius, die spätere Freundin von Oskar Schlemmer, die sich Textilentwürfen widmete, und Hannah Höch.

Auch Werke dieser Künstler stellt Blaschke im Rahmen der Bauhaus-Ausstellung in ihrem Museum aus, das im ältesten Haus der Stadt ein Zuhause gefunden hat. Aus dem 13. Jahrhundert stammend, wurde das Gebäude, dessen Bruchsteinmauern sogar noch Schießscharten aufweisen, unter anderem als Kloster, Gefängnis, als Amtsstube und Versammlungsraum genutzt.

Besonders ist die Ausstellung im Museum in Halle/Westfalen vor allem deshalb, weil hier die Werke der erwachsenen Bauhaus-Künstler um die Kindheitswerke der jeweiligen Künstler ergänzt werden.

So kann der Besucher eine Landschaft aus der Hand des elfjährigen Paul Klee entdecken, aber auch beeindruckende Erlebnisse des zwölfjährigen Oskar Schlemmer, die auf Leinwand gebannt bereits großes Talent erkennen lassen. Der Gestaltungsdrang der späteren Bauhaus-Künstler war bereits in jungen Jahren enorm stark ausgeprägt.

Authentisch ist die Ausstellung unter anderem aber auch dadurch, dass Museumsleiterin Blaschke sowohl Felix Klee, dem oben erwähnten Sohn Paul Klees, wie auch Friedrich Tschaschnig persönlich kannte und sie eine lange Freundschaft mit diesen Künstlern verband.

So entstand unter anderem für die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Museums für Kindheits- und Jugendwerke ein einzigartiger Film, in dem Felix Klee die Werke seines Vaters kommentiert. Der einzige Sohn von Paul Klee war im Alter von 14 Jahren der jüngste Schüler am Bauhaus. Die Ausstellung zur Bauhaus-Familie im Museum für Kindheits- und Jugendwerke in Halle/Westfalen ist noch bis Ende August zu sehen.

Stephanie Sieckmann

Museum für Kindheits- und Jugendwerke bedeutender Künstler, Kirchplatz 3, 33790 Halle/Westfalen. Die Ausstellung läuft bis Ende August und ist geöffnet donnerstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr. www.museum-halle.de

Friedrichs II. berühmtester Gefangener

Vor 225 Jahren starb der preußische Abenteurer Friedrich Freiherr von der Trenck auf der Guillotine – in Paris

Der preußische Adel glänzte im 18. Jahrhundert eher durch kontinuierliche Pflichterfüllung und Tapferkeit im Felde als durch wilde Abenteuer. Eine Ausnahme bildete hier Friedrich Freiherr von der Trenck, dessen bewegtes Leben vor 225 Jahren gewaltsam endete.

Um die Person des Abkömmlings eines alten ostpreußischen Adelsgeschlechtes ranken sich viele Legenden, an denen von der Trenck auch fleißig mitgestrickt hat. Das begann schon mit seiner Fälschung von Geburtsjahr und –ort. Statt, wie behauptet, 1726 in Königsberg, ist der Sohn des Generalmajors Christoph Ehrenreich von der Trenck am 16. Februar 1727 in der heutigen Kreisstadt des Landkreises Börde in Sachsen-Anhalt Neuholdensleben auf die Welt gekommen. Nach dem Besuch der Universität Königsberg trat von der Trenck im Juli 1744 ins preußische Heer ein und zog dann bereits im Monat darauf als Kornett in den Zweiten Schlesischen Krieg. In dessen Verlauf avancierte er zum Ordonanz-Offizier von Friedrich dem Großen und gewann dessen Vertrauen. Das verlor von der Trenck jedoch bald wieder. Am 28. Juli 1745 wurde der junge Kavallerist auf Befehl des Königs verhaftet und ohne jedwedes Verfahren in der schlesischen Festung Glatz eingesperrt.

Immer wieder kolportierten, aber historisch wenig fundierten Darstellungen zufolge, die zumeist auf von der Trencks effekthascherischer Autobiografie basieren, resultierte die Entscheidung von Friedrich dem Großen aus einer Liebschaft des Freiherrn mit einer „großen Dame“ in Berlin. Man munkelte, es habe sich dabei um die jüngste Schwester des Königs, Prinzessin Amalie von Preußen, gehandelt. Tatsächlich jedoch war der Kornett wohl in Ungnade gefallen, weil er mit seinem älteren Vetter Franz Freiherr von der

Trenck korrespondierte, der als Oberst der Panduren, gefürchtete kroatische Freischärler, in österreichischen Diensten stand. Und gegen Österreich führte Preußen ja gerade Krieg. Dennoch forderte der Ältere den Jüngeren auf zu de-

geradezu. Wenn der Preußenkönig etwas nicht gebrauchen konnte, dann waren das Offiziere, die sich ins Ausland absetzten und hernach in den Dienst des Feindes traten. Deshalb auch die klare Weisung an den Glatzer Festungs-

unternahm von der Trenck mehrere Ausbruchsversuche, die zunächst allesamt scheiterten und seine Situation kontinuierlich verschlimmerten. Am 24. Dezember 1746 hatte er jedoch schließlich Glück und entkam durch die



„Friedrich Freiherrn von Trencks letztes Schicksal, als ein Beitrag zu seiner so merkwürdigen Lebensgeschichte. Wurde in Paris guillotiniert im August 1794“: Kolorierter Kupferstich des Wiener Graveurs, Kupferstechers und Unternehmers Hieronymus Löschenkohl (1753–1807)

Bild: pa

sertieren, was dieser dem König meldete. Damit war das Misstrauen Friedrichs des Großen geweckt, und als sein Untergebener den Erhalt weiterer Briefe des österreichischen Verwandten zu verheimlichen versuchte, explodierte es

kommandanten Generalmajor Heinrich August de la Motte Fouqué: „Verwahrt sehr streng diesen Schelm; er hat ... Pandur werden wollen!“

Aufgrund der ausnehmend schlechten Behandlung in Glatz

Hilfe eines Leutnants, der mit ihm sympathisierte. Anschließend floh der preußische Offizier über Wien nach Russland, wo er in die Dienste des Zaren trat. 1749 führte ihn sein Weg erneut nach Österreich – nun galt es, das Erbe

des inzwischen verstorbenen Veters anzutreten. In diesem Zusammenhang erhielt von der Trenck eine Rittmeisterstelle im 5. kaiserlichen Kürassier-Regiment Caspar Graf Cordova.

Naheliegenderweise trachtete Friedrich der Große danach, des Deserteurs habhaft zu werden. Die Gelegenheit hierzu ergab sich im Mai 1754. Nach dem Tode seiner Mutter reiste von der Trenck in die Stadtrepublik Danzig, wo er von preußischen Offizieren gefangengesetzt und nach Pommern verschleppt wurde. Von dort aus führte der Weg des Arrestanten bis in die Festung Magdeburg. Dort musste er ab Juli 1754 erneut ohne Gerichtsurteil einsitzen – nun allerdings für neun Jahre, fünf Monate und elf Tage. In dieser Zeit unternahm der Staatsgefangene Friedrichs des Großen mehrere spektakuläre Fluchtversuche mittels selbstgegrabener Tunnel und ähnlicher Tricks, durch die er zur Legende avancierte. Und wieder wurden die Haftbedingungen mit jedem Scheitern eines Ausbruchs härter, nur dass von der Trenck diesmal nicht irgendwann zum Ziele kam.

Seine Freilassung erfolgte erst am 24. Dezember 1763 nach Abschluss des Siebenjährigen Krieges auf direkte Intervention von Maria Theresia – unter der Bedingung, dass er nie wieder preußischen Boden betrat. In Österreich erging es ihm ausnehmend gut. Dort bekam er seine volle Gage für die Jahre der Haft nachgezahlt und dazu noch eine Pension auf Lebensdauer in gleicher Höhe.

In der Folgezeit lebte der offensichtlich höchst unstete und auch querulatorisch veranlagte von der Trenck in Aachen und Ungarn, bis er nach dem Tode von Friedrich dem Großen nach Preußen zurückkehren durfte und dort sogar eine Entschädigung für früher konfisziertes Ei-

gentum erhielt. Später vagabundierte der Freiherr über England nach Frankreich. Dort erfreute sich der „Ausbrecherkönig“ einer erstaunlichen Popularität und wurde enthusiastisch gefeiert. Erst drei Tage vor dem Ausbruch der Französischen Revolution verließ Trenck Paris und widmete sich anschließend seinem bevorstehenden Umzug nach Hamburg. 1791 trieb den Adeligen aber die Neugier in die Hauptstadt Frankreichs und der Französischen Revolution.

An der Seine betätigte er sich als Schriftsteller, bis 1794 der Große Terror losbrach. Nun wanderte von der Trenck auf persönliche Veranlassung des Jakobiner-Führers Maximilien de Robespierre ins Gefängnis Saint-Lazare und anschließend vor das Revolutionsgericht. Der Ankläger Antoine Quentin Fouquier-Tinville warf ihm vor, als österreichischer Agent an einer Verschwörung zur Wiederherstellung des Königtums beteiligt gewesen zu sein und darüber hinaus seine Mitgefangenen aufgewiegelt zu haben. Von der Trenck erwiderte hieraufhin: „Friedrich von Preußen war groß und erbärmlich. Ihr seid nur erbärmlich!“

Trotzdem hätte er am Ende fast einen Freispruch erwirkt, zog es aber aus Gründen der Ehre vor, sich schützend vor seine 29 Mitangeklagten zu stellen, zu denen unter anderem der Dichter André Chénier gehörte. Also wurde er gleich den anderen zum Tode verurteilt und am 25. Juli 1794 auf dem Pariser Place du Trône-Renversé guillotiniert. Diesmal hatte von der Trenck keine Chance zu fliehen, und es gab auch niemanden, der ihn durch eine Intervention rettete. Dabei hätte er nur zwei Tage länger leben müssen, um infolge des Zusammenbruchs der Jakobiner-Diktatur freizukommen. *Wolfgang Kaufmann*

Rumänien wechselt im Zweiten Weltkrieg die Seite

Nach dem Beginn des sowjetischen Großangriffs auf Rumänien putschte dessen König gegen dessen Staatsführer

Während die Welt im Sommer 1944 gespannt auf die militärischen Entwicklungen in Frankreich blickte, vollzog sich – von vielen bis heute wenig beachtet – im Südosten Europas eine sowjetische Offensive. Der sowjetische Großangriff auf

Am Sonntag, den 20. August 1944 in der Frühe griff die Rote Armee mit stark überlegenen Kräften von Osten und Norden bei Iasi besonders die von rumänischen Truppen belegten Frontabschnitte an. Diese reagierten wegen des ambivalenten rumäni-

bände schnell zurück, manche Stäbe setzten sich auch ab, ohne ihre Soldaten zu unterrichten. Einige Gefolgsleute des Staatsführers (Conducator al Statului), Ministerpräsidenten und Marschalls Ion Antonescu verhielten sich abwartend, und nur die Soldaten, die der NSDAP-nahen, antisemitischen, gemeinhin als faschistisch oder klerikalfaschistisch bezeichneten Eisernen Garde nahestanden, kämpften vorerst weiter. In die von den rumänischen Verbänden hinterlassenen Lücken rückten – manchmal sogar nach Absprache – schnell die Russen vor, sodass diese häufig schon am ersten Tag hinter deutschen Truppen stehend diese einschlossen und vernichteten.

Die ausweglose Situation führte zu einer heillosen Flucht, der die rumänischen Wege und Brücken nicht gewachsen waren. Auch die Landschaft, mit sanften Tälern und Hügeln in Nord-Süd-Verlauf, erschwerte den Rückzug nach Westen und erleichterte den Sowjets den weiteren Vormarsch von Norden her. Zwei Tage später war die nach der Schlacht von Stalingrad wieder aufgestellte 6. Armee der Wehrmacht erneut völlig zerschlagen. Nur etwa 10 000 deutsche Soldaten entkamen unter Zurücklassung allen Geräts Tod und russischer Gefangenschaft.

In diese Situation platzte am 23. August 1944 der königliche Staatsstreik Michals I. Die diplomatischen Beziehungen zum

Deutschen Reich wurden abgebrochen, Antonescu wurde verhaftet, und die rumänische Armee wechselte die Seite. Dieser Putsch von oben war seit dem Frühjahr 1943 vorbereitet worden. Neben Oppositionellen hatten auch Regierungsmitglieder ihre Fühler zu den Westalliierten und der Sowjetunion ausgestreckt. Obwohl dies der deutschen Abwehr wohl bekannt war und zahlreiche deutsche Offiziere in Rumänien dies ahnten, fehlte ein Gegenkonzept. Die rückwärtigen Dienststellen und die zum Schutz der kriegswichtigen Erdölfelder bei Ploiesti eingesetzten Flugabwehrverbände waren mit knapp 3000 Mann viel zu schwach.

Ein von Berlin aus befohlener Luftangriff auf den Königspalast und Regierungsgebäude in Bukarest führte zur Kriegserklärung Rumäniens an Deutschland am 25. August und zu großer Empörung unter der rumänischen Bevölkerung. Zu den Hauptleidtragenden dieser Entwicklung gehörten die – alleine oder in kleinen Gruppen – nach Westen flüchtenden deutschen Soldaten, die bis dahin von der Zivilbevölkerung leidlich mit Lebensmitteln oder Schlafplätzen in Scheunen versorgt worden waren. Diese Unterstützung blieb nun nahezu völlig aus, mit Ausnahme der ohnehin schon unter Druck stehenden deutschen Volksgruppe.

Durch den überraschenden und schnellen Vorstoß der Sowjets und

die heillose Flucht der Wehrmacht gibt es kaum Aufzeichnungen über die deutschen Verluste. Zu keinem anderen Kriegsschauplatz gibt es so viele Suchanfragen nach Vermissten. Deren Zahl wird auf rund

ber 1944 gefangenen rumänischen Soldaten verblieben noch lange bei den Sowjets.

Die deutsche Wehrmacht musste in der Folge den gesamten Balkan räumen. Die einst geachtete



Rumäniens König von 1927 bis 1930 sowie von 1940 bis 1947: Michael I.

Bild: Kawalerowie Orderu Zwyciestwa, Warschau

Deutschlands Verbündeten Rumänien, die nach den bessarabischen Städten Jassy und Kischinew benannte Operation Jassy-Kischinew verursachte mit dem königlichen Staatsstreich in Bukarest eine der schlimmsten Katastrophen für die deutsche Wehrmacht.

schen Verhältnisses zu Deutschland zunächst recht unterschiedlich. Weisungen der verschiedenen Bukarester Akteure taten ein Übriges. Wo Offiziere Anhänger des Königs, Michael I. aus dem Hause Hohenzollern-Sigmaringen, waren, zogen diese ihre Ver-

Rumäniens Staatsführer von 1940 bis 1944: Ion Antonescu

Bild: www.audiovis.nac.gov.pl



80 000 geschätzt. Es sind wohl über 100 000 deutsche Soldaten gefallen. Deutlich mehr gingen in Gefangenschaft. Von denen starben mehr als die Hälfte in den sowjetischen Lagern oder schon auf dem Weg dorthin. Die bis Septem-

deutsche Volksgruppe wurde zum Paria, Zehntausende wurden zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion abtransportiert. Rumänien musste vier Jahrzehnte unter kommunistischer Herrschaft leben. *Friedrich G. Bohm*

»Herold der 68er«

Vor 40 Jahren starb mit Herbert Marcuse ein wesentlicher Vordenker und Unterstützer der Studentenunruhen

Von allen akademischen Stichwortgebern, die mit dem „Symboljahr“ 1968 und den entsprechenden Protestvorgängen verbunden werden, war er der lauteste und sicher auch der von seinen Anhängern am meisten umjubelte. Herbert Marcuse wusste seinen studentischen Verehrern zu erklären, warum man sich gegen eine von ihm ausgemachte „repressive Toleranz“ auch ruhig mal mit Intoleranz zur Wehr setzen solle.

Die Familie des am 19. Juli 1898 in Berlin geborenen Textilfabrikantensohnes zählte zum assimilierten jüdischen Großbürgertum. Nach dem Notabitur wurde er eingezogen. Am Ende des Ersten Weltkrieges gehörte er dem Soldatenrat in Berlin-Reinickendorf an, bereits 1917 war er SPD-Mitglied geworden. Wohl auf Eigenangaben beruhen die Aussagen, dass er den Soldatenrat wieder verlassen habe, nachdem auch Offiziere aufgenommen worden seien, und dass er der SPD den Rücken gekehrt habe, da er sie für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1919 mitverantwortlich gemacht habe.

Dies würde auf sehr frühe politische Konsequenz hindeuten. Nach dem Studium der Philosophie, Germanistik und Nationalökonomie in Berlin und Freiburg wurde er 1922 mit der Arbeit „Der deutsche Künstlerroman“ promoviert. Nach einigen Jahren als Antiquar in Berlin ging er nach Freiburg und zählte zum engeren Kreis um den Philosophen Martin Heidegger. Mit seinen dort angefertigten Arbeiten gehört Marcuse zu denjenigen, denen es, nach den Worten des Soziologen Hauke Brunkhorst, gelang, „den Marxismus von seiner metaphysischen Geschichtsauffassung zu befreien“. Marcuses 1932 publizierte Schrift „Hegels Ontologie und die Theorie der Geschichtlichkeit“ hatte ursprünglich seine Habilitationsschrift werden sollen, aber Differenzen mit Heidegger hatten zur Folge, dass keine akademische Weiterqualifikation an der Universität Freiburg zustande kam. Er

wurde Mitarbeiter des Frankfurter „Instituts für Sozialforschung“, das zunächst nach Genf, 1934 nach New York verlegt wurde. Das Institut stand unter der Leitung von Max Horkheimer.

Dort entstanden, nicht zuletzt durch Marcuse, maßgebliche Arbeiten zur „Kritischen Theorie“, die sich der Untersuchung der Bedingungen der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft verschrieben hat und deren „Unterdrückungsmechanismen“ aufzudecken bestrebt ist. Nicht von allen Vertretern der „Kritischen Theorie“ wur-

Strategic Services“ (OSS), dem Nachrichtendienst des US-Kriegsministeriums. Aufgabe war die Analyse der Lage in Deutschland. Kurzzeitig kehrte er als US-amerikanischer Offizier hierher zurück. Danach arbeitete er für einige Jahre im Außenministerium in Washington. Es folgten Beschäftigungen an amerikanischen Universitäten, 1954 eine Professur an der Brandeis University in Waltham und 1965 schließlich ein Lehrstuhl für Politikwissenschaft in San Diego. Vor allem von dort aus wirkte Marcuse, der oft nach Deutschland ein-

mehreren Werken dargelegt, die zunächst in den USA erschienen. Allerdings nahmen sie auch bald Einfluss auf die deutschen Studenten, wenn auch sicher eher durch schlagwortartiges Aufgreifen als durch gründliche Lektüre.

In „Triebstruktur und Gesellschaft“ von 1955 zeigt Marcuse, wie in einer „befreiten Gesellschaft“ das „Lustprinzip“ zum „Realitätsprinzip“ werden könne, ohne dabei die „Kultur“ zu zerstören. 1964 erschien „Der eindimensionale Mensch“, das Wissenschaftler zu den „politisch folgenreichsten Bü-

spruch irrational erscheint und aller Widerstand unmöglich.“ Trotzdem ruft er zum Widerstand auf – durch Kritik, vor allem aber durch Verweigerung solle er erfolgen.

Besonders deutlich äußerte sich Marcuse in seinem Essay „Repressive Toleranz“ von 1965: „Aber ich glaube, daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein ‚Naturrecht‘ auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben. Gesetz und Ordnung sind überall und immer Gesetz und

wollen.“ In solchen Worten erkannten sich die Studenten wieder. Marcuse war 1966 an der Universität in Frankfurt auf Einladung des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) Hauptredner beim Kongress „Vietnam – Analyse eines Exempels“. Im Folgejahr sprach er unter großem Beifall in einer vierteiligen Vortragsreihe mit dem Titel „Das Ende der Utopie“. Dort diskutierte er auch mit Rudi Dutschke, der später formulierte, „die Bürokratie als Gewaltorganisation muss zerstört werden“. Der Politikwissenschaftler Richard Löwenthal, einst KPD-Mitglied, seit 1945 in der SPD, bezeichnete die vom SDS geführten Diskussionen als Versuch, das selbstständige Denken „ohne Grundkenntnisse“ erlernen zu wollen, und warf den Studenten „extreme Faktenfeindlichkeit“ vor.

Marcuse schreckte das nicht allzu sehr, er wurde zum „Herold der 68er“, so der Historiker Götz Aly, selbst seinerzeit an den Revolten beteiligt, in seinem kritischen Buch „Unser Kampf“. Aly schreibt, Marcuses „Lehre war eingängig formuliert und schrieb den Studenten eine gesellschaftliche Führungsrolle mit hohem Spaßfaktor zu“. Revolutionäres habe Marcuse von den inzwischen gutsituierten Industriearbeitern, die ihre Unterdrückung kaum noch durchschauten, nicht mehr erwartet. Als „Verbündete“ habe er, statt der Arbeiter im eigenen Land, die „Unterdrückten“ in der „Dritten Welt“ angesehen.

Erwähnt sei allerdings auch, dass Marcuse sich 1968, wiederum in Berlin, weigerte, den Studenten die von ihnen erfragten Ratschläge zur „revolutionären Praxis“ zu erteilen, was mit heftigem Unmut quittiert wurde.

Herbert Marcuse, der ein wesentlicher ideologischer Vordenker der Studentenunruhen war und diese durch seine Präsenz auch unterstützt hatte, starb am 29. Juli 1979 während einer Deutschlandreise in Starnberg. Viel geändert hat sich bei ihm wohl nicht mehr, auf seinem Grabstein steht „weitermachen!“ Erik Lommatzsch



Auf dem Angela-Davis-Kongress 1972 in Frankfurt: Herbert Marcuse

Bild: Imago/ZUMA/Keystone

de Marcuse ein gutes Zeugnis ausgestellt. So schrieb etwa Theodor W. Adorno 1935 an Horkheimer, Marcuse sei ein nur „durch Judentum veränderter Faschist“.

1940 erhielt Marcuse die US-amerikanische Staatsbürgerschaft. Mit anderen deutschen Emigranten arbeitete er ab 1942 beim „Office of

geladen wurde, auf die Studentenbewegung.

Marcuse ist um die „Befreiung“ der Gesellschaft bemüht – der westliche Mensch der Moderne lebt seiner Meinung nach in einer „komfortablen, reibungslosen, vernünftig demokratischen Unfreiheit“. Seine Vorstellungen hat er in

chern der Soziologie“ zählen. Nach Marcuse wird im Kapitalismus Pluralität nur vorgespiegelt, ist aber gar nicht wirklich vorhanden: „Die herrschenden Formen sozialer Kontrolle sind technologisch in einem neuen Sinne ... Sie erscheinen als Verkörperung der Vernunft ... in solchem Maße, daß aller Wider-

Ordnung derjenigen, welche die etablierte Hierarchie stützen; es ist unsinnig, an die absolute Autorität dieses Gesetzes und dieser Ordnung denen gegenüber zu appellieren, die unter ihr leiden und gegen sie kämpfen, nicht für persönlichen Vorteil und aus persönlicher Rache, sondern weil sie Menschen sein

Schwieriger Entzug des Lutschbeutels

Warum der Schnuller auch Friedensstifter heißt

Im August vor 70 Jahren stellten die Zahnmediziner Wilhelm Balters und der Kieferorthopäde Adolf Müller nach Studien des kindlichen Saugverhaltens an der mütterlichen Milchquelle einen Schnuller vor, der nach der Rundung der Brust geformt war. Sie nannten ihn NUK, für „natürlich und kiefergerecht“.

„Hier hast du ihn! Nun sei hübsch still, / weil ich die Wäsche trocknen will. / Schon krabbelt Schnupp, der eine Hund, / ganz nah an Willi seinem Mund. / Er fasst mit Hast die süße Beute / Und eilt von Dannen voller Freude. / Der Willi aber weinet sehr, / Denn er hat keinen Schnuller mehr.“

Viele junge Mütter wären froh, wenn ein Schnupp käme und ihrem Kind den Schnuller nähme. Kaum eines gibt den Nuckel freiwillig her. Er ist ein ständiger Begleiter in den ersten Lebensjahren, er tröstet, gibt Halt und Schutz in einer unbekannten, unverstandenen Welt. Das Bedürfnis zu saugen ist Babys angeboren. Ultraschallbilder zeigen Embryonen, die genüsslich am Daumen nuckeln.

Dass Schnullern beruhigend wirkt, wussten Eltern schon in Urzeiten. Um 900 vor Christus datieren die kleinen Tierfiguren aus Knochen, Elfenbein oder Ton mit einer Öffnung, aus der Kinder Brei

saugten. In Chroniken aus dem Mittelalter wird erwähnt, dass Mütter Saugsäckchen mit vorgekauem Getreide, Brot und Honig füllten. Besonders anhaltendes Gebrüll wurde mit einem Zusatz von Bier, Schnaps oder Mohnsamen gestoppt. Nicht von ungefähr heißt der Schnuller auf Englisch pacifier, Friedensstifter. Auf dem Altar der St-Stephani-Kirche aus dem 15. Jahrhundert in Aschersleben hält das Jesulein ein Säckchen in der Hand. Die Abbildung eines Vogels, der daneben sitzt, deutet auf eine Getreidefüllung hin.

Solche Lutschbeutel waren noch bis ins 19. Jahrhundert ein gängiges Beruhigungsmittel für Babys. Die vielen mundartlichen Bezeichnungen für den Nuckel beweisen seine wichtige Bedeutung zu Beginn der Menschwerdung: „Nunni“, „Duddu“, „Diddi“ auf alemannisch, auf schweizerisch „Nuggi“, „Duttel“, „Fopper“, „Luller“, „Zutzl“ und „Nosi“ in Österreich, in der Oberlausitz „Huttl“ oder „Hutti“, in Sachsen „Nubbl“, im Rheinland „Bubu“ und in Bayern „Duzl“ oder „Dizi“.

Um 1840 kam eine abwaschbare Alternative zum „Sauglumpen“ auf den Markt. Der Schnuller bestand aus hartem Kautschuk, dessen Reibung den Durchbruch der Milchzähne erleichtern sollte, aber oft auch den Kiefer beschädigte. Ein

Ärztetkongress beschäftigte sich 1904 in Breslau mit dem Für und Wider des Schnullers. Die Experten waren unterschiedlicher Meinung. Die einen lehnten den Sauger grundsätzlich ab, weil er den Gaumen deformiere, die anderen wollten „unter Umständen ... die Verwendung eines modernen, sauberen Schnullers zulassen“.

Der hygienische, zahnfreundlich geformte „Beruhigungssauger“ der Doktoren Balters und Müller wird seit 1956 von der Firma Mapa in Zeven hergestellt, die bereits Erfahrung mit der Herstellung gewisser Gummiprodukte hatte. Mapa exportiert heute NUK-Schnuller und Kondome (Topmarke „Billy Boy“) in alle Welt.

Auch die weichen Schnuller aus dem Naturprodukt Latex oder aus Silikon sind nicht unumstritten. Der ständige Druck der Zunge gegen den Gaumen kann einen „offenen Biss“ verursachen, eine Lücke zwischen Ober- und Unterkiefer und Fehlstellungen der Zähne. Zu langes Schnullern sorgt zudem für eine schlechte Belüftung des Nasen-

raums. Chronische Atemwegserkrankungen können die Folge sein. Logopäden beobachten bei Spätlutschern Störungen in der Entwicklung der Sprache wie Lispeln und Zischen.

Spätestens ab dem dritten Lebensjahr, raten Ärzte, muss der Schnuller weg. Das Abgewöhnen kann so schwierig sein wie der Nikotinentzug bei Rauchern. Er wird zum Machtkampf zwischen Eltern und dem Nachwuchs, der sich mit dauerhafter Beschallung

wehrt. Eine Flut von Bilderbüchern bietet Hilfe an: „Ich brauch’ doch keinen Schnuller mehr“, „Ben gibt seinen Schnuller auf“ und „Mach’s gut, Schnuller“. Sie wollen Kindern li-

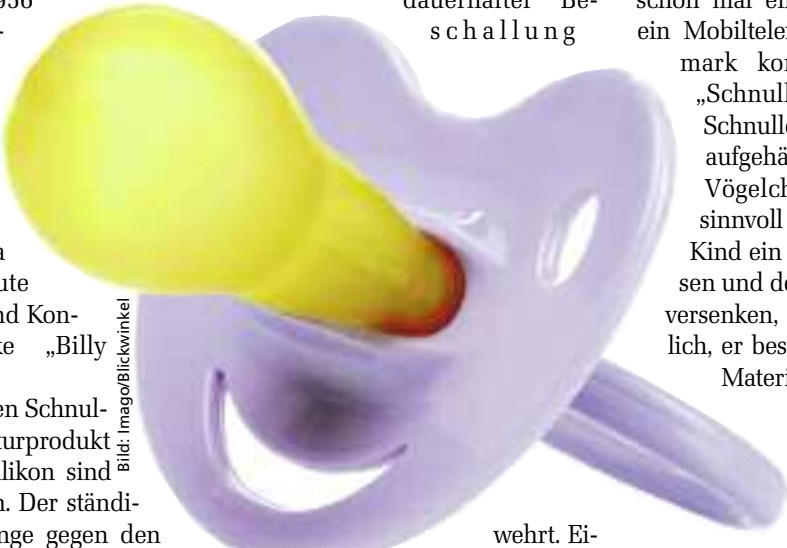


Bild: ImagoBlickwinkel

stig weismachen, dass der freiwillige Abschied vom „Zutzl“ eine Heldentat sei. Überdrehte Mütter („Moms“) berichten auf Youtube über ihre persönlichen Erfahrungen und geben zum Teil abstruse Tipps. Von Pädagogen befürwortet wird das Erscheinen der Schnullerfee. Das Nuckelkind „schenkt“ ihr seinen Schnuller und bekommt dafür einen Wunsch erfüllt. Das kann bei fortgeschrittenem Alter und hartnäckigem Widerstand auch schon mal ein Flachrechner oder ein Mobiltelefon sein. Aus Dänemark kommt die Idee des „Schnullerbaums“. Der Schnuller wird an einem Ast aufgehängt, für die kleinen Vögelchen. Pädagogisch sinnvoll soll auch sein, das Kind ein Loch buddeln zu lassen und den Schnuller darin zu versenken, vorausgesetzt natürlich, er besteht aus abbaubarem Material.

Beerdigt ist das Problem damit aber oft noch nicht. Schon Krabbelkinder wissen, dass man einen neuen Schnuller kaufen kann. Die Auswahl ist groß. Es gibt kreative Sauger aus dem „NUK Schnulleratelier“ in Pink oder Blau, bedruckt mit Comic-Figuren, Piraten, Bären, Katzen

und mit dem Konterfei des Schnuller-Besitzers.

Bei der Entwöhnung von der frühkindlichen Droge sollten Eltern sensibel vorgehen, raten Psychologen. Zu den Tabus gehören zum Beispiel das Entsorgen des Schnullers vor den Augen des Kindes im Mülleimer, scharfen Senf aufzustreichen oder ihn schiebchenweise zu verstümmeln, bis nur noch ein Fragment übrigbleibt.

Solche rabiaten Methoden können die verletzlichen Seelen traumatisieren, was schlimmer sei als schiefe Zähne. Auch Drohungen wie die im Bilderbuch „Struwelpeter“ des Arztes und Psychiaters Heinrich Hoffmann haben heute keinen Platz mehr in der Kindererziehung. Als der Damenlutscher Konrad nicht von seiner üblen Angewohnheit lassen will, kommt der Schneider und scheidet ihm die Daumen ab.

Und wie ist es dem Schnulli-Willi in der Bildergeschichte von Wilhelm Busch ergangen? Nach etlichen Aufregungen und drohendem Totalverlust hat die Großmutter den Schnuller vor dem Hundemaul gerettet.

„Sie trägt zu einem warmen Ort Den Willi und den Schnuller fort. / Hier liegt und schwelgt er zum Abschluss / In ungestörtem Hochgenuss.“ Klaus J. Groth



Weltoffen, flexibel, kreativ seien die „Millennials“, heißt es. So wird die Gruppe der seit den 80er Jahren geborenen jungen Erwachsenen bezeichnet. „Stern.de“ zeichnet unter Berufung auf Studien und die Beobachtungen von Personalvermittlern jedoch ein ganz anderes Bild.

„Fehlende Arbeitsmoral, hohe Gehaltsforderungen und mangelnde Leistungsbereitschaft“ seien laut einem international tätigen Personalvermittler die

Kennzeichen dieser Altersgruppe. Flexibel seien sie auch nicht, und wenn, dann nur, wenn ein Arbeitsplatz in attraktiven Weltmetropolen wie London, Paris oder New York liege.

Sie wollten ohne viel Arbeit schnell reich werden, und das am besten, ohne die eigenen vier Wände zu verlassen. Daher auch die Vorliebe, von zu Hause aus zu arbeiten („Homeoffice“). *H.H.*

Schlechtes Urteil über »Millennials«

Ein paar Fragen an die Greta-Jugend

Warum in den Ferien nicht demonstriert wird und weitere Ungereimtheiten – Versuch eines Generationengesprächs

Mit dem Ferienbeginn endet vorerst das Engagement für die Rettung der Welt – obwohl doch angeblich so dringend und radikal gehandelt werden muss, weil uns die Klima-Apokalypse keinerlei Aufschub mehr gewährt. Das und einiges anderes lässt einen misstrauisch werden.

Der Verfasser dieser Zeilen sprach im Hamburger Rathaus auf Einladung der dortigen AfD-Fraktion über die Kritik an ihrer Internet-Plattform „Neutrale Schule Hamburg“. Sie bietet Eltern und Schülern Beschwerdemöglichkeiten, wo die Schule allzu dreist von einer Bildungseinrichtung zur Anti-AfD-Agitationszentrale umfunktioniert erscheint.

Natürlich erregte sich unser Establishment sofort darüber und zog die üblichen Vergleiche zum Dritten Reich, ohne zu erwägen, dass gerade diese Art polemischer Mobilmachung eben Teil des Problems ist. Es handelt sich also um eine erkennbar bigotte Kritik gemäß dem Sprichwort: „Getroffene Hunde bellen.“ Mein Vortrag analysierte diesen Mechanismus unter Verweis auf meine jüngst erschienene Studie „Anatomie einer Denunzianten-Republik“.

Die Umstände, unter denen die AfD Hamburg (aber nicht nur sie) zu arbeiten gezwungen ist, illustrieren zwei Situationsskizzen von anekdotischem Charakter. Bereits im Vorfeld erfuhr ich, dass die Partei in ganz Hamburg ausschließlich im Rathaussaal sicher sein kann, polizeigeschützt, Veranstaltungen durchzuführen. Andere Räume zu bekommen, scheitert in der Regel daran, dass man Wirte bedroht – eine Praxis, die mir bereits von anderen Städten leidlich bekannt war. Hier läuft das wie folgt: Sollte ein Wirt anfänglich standhaft sein, erwartet ihn als Erstes ein moralpolitisches Telefonat zivilgesellschaftlicher Tugendwarte. Wo der nicht fruchtet, erinnert man ihn „fürsorglich“ an seine schulpflichtigen Kinder.

Läge es wirklich in deren Sinne, wenn ihre Schule per öffentlicher Bekanntmachung davon erführe, dass ihr Vater „Schmuddelkinder“ begünstige? Das erzeugt (wie bei Mafia-Praktiken) fast immer die gewünschte Einsicht.

Dass für „Renitente“ die Sanktionsskala noch erheblich größer ist, erweist übrigens ein Blick auf diverse (teils durch Steuermittel finanzierte) Ratgeber. Des Weiteren zeigte mir der AfD-Geschäftsführer auf dem Weg ins Rathaus mit ironischem Stolz das einzige noch stehengebliebene Plakat, das meinen Vortrag ankündigte. 500 seien es ursprünglich gewesen. Aber die würden in der Regel dem Aufhängen durch postdemokratische Sammeltrupps zerstört.

Unter rund 150 Teilnehmern waren, was die Diskussion belebte, auch Gegner der AfD. Also kein bloßes „Preaching to the

saved“. Eine diskursaufgeschlossene Lehrerin hatte offensichtlich einige Schüler beziehungsweise Schülerinnen zur Teilnahme inspiriert. Eine von ihnen sah sich durch meine Bemerkungen zu „Gender-Hokuspokus“ und der „Heiligen Greta von Stockholm“ herausgefordert und fragte mich, ob die AfD sich von solchen Formulierungen verspreche, die Jugend zu gewinnen. Dass sie sich in einem mehrheitlich anders empfindenden Umfeld öffentlich äußerte, fand ich mutig und sympathisch. Insofern hätte ich ihr gern ausführlicher und grundsätzlicher geantwortet, als es im Rahmen noch zahlreicher weiterer Fragen möglich war. Ich hole es hier stellvertretend nach, weil es auch anderen gilt und solche notwendigen Gespräche seitens der Eltern oder Älteren viel zu selten geführt werden. Ich beschränke mich auf ein Thema unter der Annahme eines noch möglichen ressentimentfreien Generationengesprächs. Dann hätte ich sie folgendes gefragt:

Schulduzuweisungen an angebliche Populisten, voran Donald Trump, die AfD, alles Rassisten, Ewiggestrige, Unbelehrbare und so weiter. Die immergleiche Botschaft: Ein Gruselkabinett von Trollen hintertreibt das edle Werk der Weltverbesserer.

So meldete das Hamburger Wochenblatt „Die Zeit“ auf seiner Netzseite: „Macron will härter gegen gewaltsame Demonstranten vorgehen.“ Erst im zweiten Absatz des Berichts folgte, dass „am Ran-

Ursache und Wirkung werden geschickt vertauscht

ge“ der Aufmärsche von Gelbwesten in Frankreich der Teufel los war. Zehntausende Franzosen verwüsteten ihre Hauptstadt und forderten den Rücktritt des Präsidenten. Hier mussten schmallip-pige Ankündigungen des Staatshaupts als Rahmen für die unbequeme Tatsache herhalten, wie kurz das Nachbarland auf dem Höhepunkt der Gelbwestenproteste vor einer Revolution stand. Bloß das nicht! Der Funke könnte überspringen.

Notfalls muss eine Falschmeldung her, um von den Tatsachen

abzulenken. So gehörte das nämliche Blatt ebenfalls zu den zahlreichen Medien, die berichteten, „rechte Demonstranten“ hätten in Chemnitz Hetzjagden auf Immigranten veranstaltet. Sogar das Bundeskanzleramt verbreitete die Ente im vergangenen August. Polizei, Justiz und weitere Behörden widersprachen vergebens.

Der Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen musste gehen, weil er sich weigerte, für die Kanzlerin zu lügen. Das Lügengespinst über die Ereignisse von Chemnitz im August 2018 stellt ein Paradebeispiel von „Framing“ dar. Denn dass ein Asylant jemanden erstochen hatte, erfuhr der Leser in der „Zeit“ weiter hinten. Und die wohl verständliche Entrüstung der Chemnitzer über diese Tat wurde „eingerahmt“ in Empörungssphären über angebliche rechtsradikale Übergriffe, die es gar nicht gegeben hat.

Ihren bislang üppigsten Barockrahmen lieferten die „Framer“ nach dem mörderischen Anschlag des Gotteskriegers Anis Amri auf den Weihnachtsmarkt in Berlin 2016. Politik und Medien betonten nimmermüde, radikal-islamische Attentate hätten nichts, aber auch gar nichts mit dem Islam zu tun. Sogar die längst nach weit links abgedriftete „Frankfurter

Allgemeine Zeitung“ staunte über die „Mauer von chinesischem Ausmaß“, welche man in Deutschland um die Muslime errichtete, um sie vor Kritik zu schützen.

Doch wie heißt es im Koran? „Tötet Ungläubige, wo auch immer ihr auf sie stoßt“ (2:191).

Volker Wittmann / H.H.

Falsches Foto



Durch eine falsche Bildauszeichnung der Agentur wurde an dieser Stelle in der vergangenen Woche ein Foto von Ricarda Lang gezeigt. Das richtige Bild von Antje Hermenau sehen Sie hier

Bild: Imago/Future Image



Jugend anfeuern statt mäßigen: Ältere Demonstranten in München

Bild: Imago/Alexander Pohl

von Klima-Experten zu misstrauen, was einerseits plausibel klingt, andererseits lediglich Mehrheit mit Wahrheit gleichsetzt. Ich wiederum hätte geantwortet, dass wir in der Tat beide ohne tiefere Einblicke in kontroverse Modellrechnungen sind und daher letztlich nur Gefühlsurteile fällen. Insofern schliesse ich nicht kategorisch aus, die Gegenseite könnte Recht haben. Allerdings böte deren Verhalten gegenüber Kritikern der CO₂-These erheblichen Anlass zur Skepsis: nicht zuletzt handfeste Manipulationen und teils mit demagogischen Mitteln gefahrene Kampagnen.

Drittens: Ohnehin wolle ich mit ihr ja gar keine Klima-, sondern eine politische Diskussion führen. Meine Bedenken gälten daher selbst dann, wenn ihre Überzeugung zuträfe. Denn mein Widerspruch beträfe vornehmlich Fragen einer intakten Demokratie und deren einzuhaltenden Spielregeln.

Und hier ist die Klimadebatte (neben Eurokratie-, Gender-, Migrations- oder Rechtsstaatsfragen) nur Symptom für den Trend, Regierungshandeln als alternativlos erscheinen zu lassen. Desavouiert wird der grundgesetzlich garantierte Wettbewerb um die besten Lösungen zugunsten von Ketzerdiskursen, die nur noch zwischen „einzig richtig“ und „gänzlich falsch“ unterscheiden. Daher müsse sie sich fragen lassen, ob wir solche Herrschaftstechnik, die (unter Drohung mit Weltkatastrophen) gezielt Regeln wie etwa die Schulpflicht bricht, nicht als tendenziell demokratiefeindlich betrachten sollten.

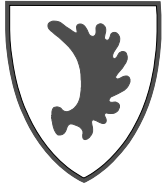
Viertens: Und wo meine Formulierung von der „Heiligen Greta“ Anstoß erzeuge, welche Sprache sei denn angemessen, wenn eine 16-jährige ihr säkularisiertes Religionsbedürfnis per Klima-Glauben auslebt und andere zum Kampf gegen das „Urböse“ infiziert? Diese sakrale Selbstparodie mit den ikonenhaften Gesichtszügen eines dem „Volk“ entsprosse-

nen Unschuldswesens, das sich Erwachsene, die ihren einfachen kindlichen Wahrheiten widersprechen, nur als verruchte Erfüllungsgehilfen profitgieriger Konzerne vorstellen kann. Mit dem ersten Foto, das ich von ihr sah, stellten sich mir spontan – und Dutzenden von historisch Gebildeten dürfte es ähnlich ergangen sein – Parallelen zum mittelalterlichen Kinderkreuzzug ein, einschließlich des prekären Endes

Parallelen zum Kinderkreuzzug sind kaum zu übersehen

solchen Wahns. Denn die damaligen „Gutmenschen“ verschwanden auf den Sklavenmärkten des Orients beziehungsweise den entsprechenden Bordellen oder Harems. Und weiter frage sich, wer unter den die Jugend hofierenden Erwachsenen ihr eigentlich den Anspruch vermittelte, selbst bei eigener Fundamentalkritik vor Sarkasmen verschont zu werden?

Fünftens: Habe sie jemals darüber nachgedacht, wie wenig selbstbestimmt ihr Protest ist? Echte Jugendbewegungen konfrontierten und provozierten die Älteren nämlich mit ihren ganz spezifischen Eigeninteressen. Doch heute? Spürt die junge Dame nicht, wie sie (von der Kita an) durch das herrschende Parteienkartell und mächtige globale Nichtregierungsorganisationen instrumentalisiert und missbraucht wird? Aufstand der Jugend mit Zustimmung der Kanzlerin und dem Sympathievorschuss aller im weitesten Sinne grünen Minister, die sich die Hände reiben angesichts eines so gefügig in ihre Weiden strömenden Stimmviehs? Regierungsamtlich begrüßte Demos kannte man bislang eher aus einem Deutschland, in dem Anetta Kahane noch als IM Victoria spitzen durfte. Was für eine Mogelpackung! Günter Scholdt



MELDUNGEN

Mittel für Bodenrettung

Labiau – Die Gebietsregierung, die staatliche Firma „Kalinin-gradmeliowodchos“ und ein privater Investor sind an einem Projekt zur Bodenverbesserung im Kreis Labiau beteiligt. Zurzeit werden 1250 Hektar Sumpf trockengelegt und ein offenes Entwässerungssystem angelegt, um das Land vor der Versumpfung zu retten. Insgesamt werden 30 Kilometer Kanäle freigelegt, an denen laut Gouverneur Anton Alichanow in den vergangenen 27 Jahren nichts mehr gemacht wurde. Für das neu gegründete Bodenverbesserungsunternehmen war es der erste Auftrag. Nach dem Kauf der erforderlichen Technik soll dessen Kapazität auf 3000 Hektar trockengelegten Boden pro Jahr steigen. Für die Jahre 2019 bis 2025 stellt der Staat rund 56 Millionen Euro zur Landgewinnung zur Verfügung, der Bedarf wird allerdings auf insgesamt 183 Millionen Euro geschätzt. *MRK*

Evakuierung wegen Bomben

Königsberg – Bei Bauarbeiten im Stadtzentrum wurde eine 100-Kilogramm-Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg entdeckt. Die Bewohner zweier Mehrfamilienhäuser in unmittelbarer Nähe mussten sofort evakuiert werden, fünf weitere Häuser in der Ludwig-Frank-Straße und vier in der Residenzstraße wurden ebenfalls vorsorglich geräumt. *MRK*

In Königsberg wurde ein „Tag des Fahrrads 2019“ veranstaltet. Der Feiertag, an dem sich auch Gouverneur Anton Alichanow aktiv beteiligte, sollte der Unterstützung eines gesunden Lebensstils, der Verkehrssicherheit und der Fahrradinfrastruktur der Region dienen.

Höhepunkt der Veranstaltung war eine gemeinsame Fahrradtour. Die Teilnehmer starteten am Stadion „Baltika“ mit Musik und fröhlichen Gesichtern. Eine Kolonne von 3500 Radfahrern fuhr eine 14 Kilometer lange Strecke ab. Unter den Teilnehmern befanden sich viele Frauen und Kinder unterschiedlichen Alters. Es war offensichtlich, dass viele mit ihren ganzen Familien gekommen waren. Die Radtour endete mit der Musik des Orchesters „König Brass Band“ direkt vor dem Eingang des Regierungsgebäudes.

Hier stieg Gouverneur Anton Alichanow ab, der ebenfalls die Strecke mit dem Rad abgefahren war und hielt eine kleine Begrüßungsrede vor der Menge. Er unterhielt sich zunächst mit einigen Veranstaltungsteilnehmern und versteckte sich anschließend mit seinem Fahrrad hinter dem Tor zum Garten der Regionalregierung. Es ist bemerkenswert, dass es zwar in Königsberg derzeit mehr als 23 Kilometer Radwege gibt, die Stadt aber aufgrund deren unsystematischen Charakters fürs Radfahren nicht besonders geeignet ist. 2018 wurden 74 Verkehrszwischenfälle mit Beteiligung von Radfahrern gemeldet, bei denen sogar vier



Ganze Familien beteiligten sich an der Radtour: Endpunkt vor dem Regierungsgebäude

Bild: J.T.

Menschen ums Leben kamen. Grund für die bedauerlichen Todesfälle war die Missachtung der Verkehrsregeln, und zwar von Seiten der Autofahrer und der Radfahrer.

Seit Beginn dieses Jahres wurden bereits 15 Unfälle mit verletzten Radfahrern registriert. Anzumerken ist jedoch, dass die Schutzlosesten der unregelmäßigen Verkehrssituation Fußgänger sind, die nun gezwungen sind, nicht nur Autos auszuweichen, sondern auch Radfahrern, die rücksichtslos überall dort fahren, wo sie wollen. Teilweise sind diese Radfahrer in angetrunke-

nem oder volltrunkenem Zustand.

Vor Kurzem erst hat ein Radfahrer im Königsberger Zentrum eine Frau umgefahren, die gerade

Gouverneur nahm an der Tour teil

einen Zebrastreifen überquerte. Beide mussten mit Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Diese Art von Unfällen verwundert nicht, treffen sich doch allabendlich mehrere Dutzend Radfahrer am Brunnen in der Nä-

he des Schauspielhauses, die unter starkem Alkoholgenuß und dem Lärm aus ihren Musikgeräten mit ihren Zweirädern in die Stadt aufbrechen. Fahrradfahren dient nicht nur als Fortbewegungsart, sondern auch dem modernen Zeitvertreib, teilweise auf sehr ungesunde Weise.

Um die Fahrradinfrastruktur qualitativ zu verbessern, schlugen die Teilnehmer eines kürzlich durchgeführten Runden Tisches in der Gesellschaftskammer der Region vor, einen Radrundweg entlang des Parkings (dem ehemaligen Schneiderring) in Königsberg einzurichten. Von die-

sem etwa 15 Kilometer langen Fuß- und Radweg könnten dann sternförmig Querverbindungen durch die Stadt führen.

Die regionalen Behörden haben versprochen, noch in diesem Jahr mit dem Bau einer Fahrradrouten entlang der Ostseeküste zu beginnen. Die neue Strecke soll von Cranz nach Groß Kuhren [Primorje] führen. Die Gesamtlänge der Radtrasse beträgt 34 Kilometer. Außerdem soll auch im Nationalpark „Kurische Nehrung“ ein Radweg entstehen.

Die Nationalparkbetreiber planen die Einrichtung eines Radwegs vom Eingang zum Nationalpark bis zur russisch-litauischen Grenze. Parallel dazu sind Radwege in den Kreisgebieten von Cranz, Rauschen und Neukuhren in Planung.

Das Ostsee-Radweg-Projekt verläuft in drei Etappen. Die erste führt durch Cranz entlang der Küste im Gebiet des Dorfes Strobjehnen [Kulikowo] und der Glücksspielzone auf einer Gesamtlänge von zirka 18 Kilometern. Der zweite Teil der Route erfolgt von Neukuhren und erreicht die Ostgrenze von Rauschen (mehr als fünf Kilometer). Der dritte Abschnitt geht über Rauschen in die Dörfer Georgenswalde [Otradnoje] und Dwarischken [Lessnoje] und endet in Groß Kuhren (elf Kilometer).

Das Projekt soll in das Programm für grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Europäischen Union aufgenommen und aus dem EU-Haushalt kofinanziert werden.

Jurij Tschernyschew

Erfahrungen aus erster Hand

Allensteiner zweisprachige Publikation »Einsame fremde Kinder« beleuchtet das Schicksal deutscher und polnischer Kriegswaisen

Nach dem Erfolg des Buches „Einsame fremde Kinder“ von Joanna Wankowska-Sobiesiak, das von der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit herausgegeben wurde, sollen bis zum Jahresende 500 Exemplare nachgedruckt werden.

Das Buch enthält Interviews mit mehreren Personen deutscher und polnischer Abstammung, die während oder nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden und einige Jahre in Kinderheimen in Ostpreußen verbrachten. Damit sowohl deutsch- als auch polnischsprachige Leser mit der Veröffentlichung in Berührung kommen können, sind die Reportagen zweisprachig verfasst.

Die Rolle der Kinder, die während oder nach dem Zweiten Weltkrieg als Waisen zurückgelassen wurden, ist sehr bedeutsam, weil diese Kinder die letzten Augenzeugen der Ereignisse des Zweiten Weltkriegs sind und des dramatischen Jahres 1945 im von der Roten Armee eroberten Ostpreußen. Die Welt, in der sich ihre Kindheit abspielte, stellt sich als schrecklich, voller Gewalt und Rücksichtslosigkeit dar. Die Geschehnisse, die sich damals zutru-

gen, wurden tabuisiert, als Familiengeheimnisse bewahrt oder sogar mit ins Grab genommen.

Es geht unter anderem um brutale Vergewaltigungen an deutschen Frauen oder um Morde an der zivilen Bevölkerung Ostpreußens. Schätzungsweise sind in Preußen nach dem Zweiten Weltkrieg über 25 000 Waisen zurückgeblieben. Im Buch geht es sowohl um die elternlosen Kinder aus dem südlichen Ostpreußen, als auch um die aus dem heutigen Königsberger Gebiet.

Das Hauptanliegen der Autorin war es, zu erfahren, was ihre Gesprächspartner während und nach dem Krieg erlebt hatten. Dies bezieht sich sowohl auf

die Kinder, deren Eltern noch lebten, als auch auf Waisen, die in ein Kinderheim kamen. Wankowska-Sobiesiak konzentriert sich auf den Zeitraum 1945 bis 1949.



Ausstellung des Titelbilds in Allenstein

In der Einführung zum Buch sind bis zu dieser Zeit unpublizierte Archivdokumente über Kinderheime sowie über die allgemeine Situation von Schützlingen enthalten, zu denen die Autorin anhand selbstständiger Recherche gelangte. Der weitere Teil der Veröffentlichung besteht aus drei Kapiteln mit 17 Erlebnisberichten. Das erste Kapitel „Fremde Kinder“ widmet sich Minderjährigen, die nach den Kriegswirren in Kinderheimen erzogen wurden. Im zweiten Kapitel werden die Schicksale von

nach Sibirien verschleppten Waisen dargestellt, die 1946 in die Pflegeheime im südlichen Ostpreußen kamen. Gegenstand des letzten Buchteils „Schöne Orte, unschöne Zeit“ sind die Geschichten derer, die von ihren Müttern, Großeltern oder älteren Geschwistern großgezogen wurden.

Der Autorin ist es gelungen, zu Personen durchzudringen, die in Kinderheimen in Grieslinien, Bartenstein, Sensburg, Worienen, Neuhoof bei Mohrunen, Simonetti, Hohenstein, Osterode und Marienwerder waren. Sie sahen die Pflegeeinrichtungen mit Kinderaugen und gewöhnten sich an die dort herrschenden Verhältnisse. Für sie zählte die Herzlichkeit der Erzieher, Geschwister und Beziehungen zu anderen Kindern. Die Autorin stellte die Frage, inwieweit sich die in Heimen erlebte Kindheit auf das spätere Erwachsenenleben der Betroffenen ausgewirkt hat. Wankowska-Sobiesiak fragte auch danach, wie die Tatsache, als Waise zurückgelassen worden zu sein, künftige lebenswichtige Entscheidungen mitbestimmte und spätere Kontakte zu anderen Menschen mitprägte. Einige der Interviews sind sehr berührend, scho-

kierend und hinterlassen bei den Lesern einen bleibenden Eindruck. So erzählen Edeltraut Sidwa, Monika Gunia oder Otto Tuschinski über ihre Flucht vor den Russen und über drastische Verbrechen, denen sie als Kinder beiwohnten.

Janina Malecka berichtet von ihrer mehrwöchigen Fahrt in Viehwaggons in den Ural, der schweren, Menschen auszehrenden Arbeit beim Holzfällen, der dürftigen Ernährung, dem Erschöpfungstod ihrer Schicksalsgefährten in Sibirien. Eines fällt auf: Obwohl die Kontrollprotokolle nicht selten Informationen über unzureichende medizinische Versorgung, fehlende Elektrizität oder warmes Leitungswasser sowie über Schwierigkeiten, Kinderkleidung zu bekommen, angeben, ging es den meisten Schützlingen von Pflegeanstalten gut, sodass sie die Kinderheime in positiver Erinnerung behielten.

Zweifelsohne ist „Einsame fremde Kinder“ ein empfehlenswertes Buch, das jeder, dem die schwere Geschichte Ostpreußens am Herzen liegt, lesen muss, zumal über die historischen Ereignisse aus einer persönlichen Perspektive erzählt wird. *Dawid Kazanski*

Bild: D.K.



ZUM 103. GEBURTSTAG

Göbel, Christel, geb. **Schulz**, aus Lyck, Hindenburgstraße 40, am 24. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Böhnke, Herta, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 22. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Felke, Helene, geb. **Kaminski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli
Kurtz, Edeltraut, geb. **Liebich**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juli
Lehmann, Elfriede, geb. **Bartoschewitz**, aus Lyck, Blücherstraße 5, am 19. Juli
Litzbarski, Lene, geb. **Cybulła**, aus Gross Schläfken, Kreis Neidenburg, am 25. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Griesel, Emmi-Wanda, geb. **Brussas**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 25. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Jortzick, Hildegard, aus Mulden, Kreis Lyck, am 20. Juli
Mäckle, Irmgard, geb. **Pallasch**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Riecken, Hildegard, geb. **Glaubitt**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 23. Juli
Schimnossek, Elisabeth, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 25. Juli
Wagner, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. Juli
Wasilewski, Mathilde, geb. **Kaminski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kaphengst, Margarete, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Juli
Menzemer, Lieselotte, geb. **Karaschewski**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 22. Juli
Niebler, Gertrud, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 21. Juli
Schuba, Hildegard, geb. **Reetz**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 24. Juli

Zusendungen für Ausgabe 31

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 31/2019 (Erstverkaufstag: 2. August) bis spätestens Mittwoch, 24. Juli an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preu-Bische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO 2019

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

ZUM 92. GEBURTSTAG

Hammer, Waltraut, geb. **Boldt**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 22. Juli
Rohloff, Inge, geb. **Herholz**, aus Taplacken, Kreis Fischhausen, am 22. Juli
Schrubba, Werner, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Schusdziarra, Ruth, geb. **Butzek**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Tröster, Gertrud, geb. **Okolowitz**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Winzel, Helene, geb. **Tonk**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Apelt, Waltraut, geb. **Orlowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Juli
Grunert, Ida, geb. **Kunze**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 25. Juli
Kitscha, Margarete, geb. **Sewzik**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli

Anzeige

Masuren und DanzigReisen mit der MS CLASSIC LADYTel. 07154/131830 www.dny-tours.de

Maeck, Richard, aus Strauchwitz, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli
Muchow, Erna, geb. **Rehfeld**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 22. Juli
Siekmann, Jutta, geb. **Roschkowski**, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 21. Juli
Stegmaier, Magdalena, geb. **Böhm**, aus Mühlenhöh, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Juli
Sütterlin, Siegfried, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 23. Juli
Weps, Gertraud, geb. **Bach**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Biehler, Edith, geb. **Friedel**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 20. Juli
Bratka, Walter, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 25. Juli

Czycholl, Arno, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli
Gohlke, Erna, geb. **Rykowski**, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Grabow, Ilse, geb. **Schilter**, aus Safronken, Kreis Neidenburg, am 20. Juli
Grön, Edith, geb. **Glomb-Bremer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 24. Juli
Heske, Fritz, aus Groß Eschenbruch, Kreis Insterburg, am 22. Juli
Kaminski, Otto, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, am 22. Juli
Kroehnert, Lothar, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 19. Juli
Mülling, Edith-Maria, geb. **Ludwandowski**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 20. Juli
Niederbröker, Margot, geb. **Wachowski**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Oehlmann, Lisa, aus Magdeburg, am 23. Juli
Puszies, Lisbeth, aus Lötzen, am 20. Juli
Sauer, Elsa, aus Neuhausen, Kreis Königsberg-Land, am 19. Juli
Schulz, Walter, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Dame, Kay, aus Lötzen, am 21. Juli
Dargies, Werner, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, am 20. Juli
Dorka, Walter, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Fuchs, Rita, geb. **Dittrich**, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 24. Juli
Glass, Horst, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 24. Juli
Grabowski, Gundula, geb. **Godau**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Heckt, Elli, geb. **Hauswald**, aus Rantau, Kreis Fischhausen, am 19. Juli

Hochgräbe, Ingrid, geb. **Marquardt**, aus Rothebude, Kreis Treuburg, am 22. Juli
Klein, Herta, geb. **Kendziorra**, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 25. Juli
Malow, Elfriede, geb. **Christoschowitz**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 22. Juli
Minuth, Elisabeth, geb. **Albrecht**, aus Wehlau, am 25. Juli
Peters, Elisabeth, geb. **Brandtner**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 25. Juli
Pscolla, Helmut, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 20. Juli
Scheidemann, Wolfgang, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. Juli
Schulz, Ulrich, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Juli
Stein, Hildegard, geb. **Chmielewski**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Thiel, Cäcilie, geb. **Zeug**, aus Garbsen und Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Juli
Wirsbinna, Edith, geb. **Kaliski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 22. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Böttcher, Kurt, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 25. Juli
Burmester, Hannelore, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 24. Juli
Fuchs, Rita, geb. **Dittrich**, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 21. Juli
Gerowitz, Ingrid, geb. **Kiy**, aus Wapltz, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Grabow, Ilse, geb. **Schilter**, aus Safronken, Kreis Neidenburg, am 21. Juli
Gräwe, Gerda, geb. **Parodat**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 21. Juli
Holl, Alfred, aus Ebenrode, am 21. Juli
Junker, Gertraud, geb. **Lumma**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 25. Juli
Köppen, Brigitte, geb. **Kalnassy**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Koschorr, Helmut, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Matern, Karl-Heinz, aus Neidenburg, am 24. Juli
Matties, Christian, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 23. Juli
Scheffler, Elfie, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 20. Juli
Schröder, Karl-Heinz, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. Juli
Vette, Rita, geb. **Czichowski**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 23. Juli
Wern, Lothar, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 24. Juli
Werner, Heinz Helmuth, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juli

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Bad Nenndorf – Freitag, 6. bis Sonntag, 8. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110: Kreistreffen, Mitgliederversammlung und Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft Elchniederung.
Programm
Freitag, 6. September
14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer und Delegiertenversammlung,
16 bis 18 Uhr: Film- und Diavorträge im Raum Luzern.
Sonnabend, 7. September

9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros,
9.30 Uhr: Treffen im Restaurant,
10 Uhr: Film- und Diavorträge und Infostand Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V.,
12 Uhr: Mittagessen im Restaurant,
14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung und einem Grußwort von Landrat F. Kethorn, dem Rechenschaftsbericht des Versammlungsleiters und Berichten über die Kreisgemeinschaft und Kirchspielgebiete sowie Wahlen,
ab 16 Uhr: gemütliches Beisammensein, plachandern, kleine eigene Beiträge können vorgetragen werden, ab 18 Uhr mit musikalischer Begleitung, bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern.
Sonntag, 8. September
10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf, Ausklang im Hotel.

Stadtfest und Bruderhilfe

Heinrichswalde – 1. Wochenende im August: Teilnahme am Stadtfest und Übergabe der Bruderhilfe mit Gottesdienst.

Heimatreise

Zehntägige Busreise: Elchniederung und Kurische Nehrung, vom 31. Juli bis 9. August. Informationen erhalten Sie ebenfalls bei Pe-

ter Westphal (Kirchspielvertreter von Rauterskirch), Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Goslar, Telefon und Fax (05324) 798228.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Goldap – Sonnabend, 27. Juli, Haus der Heimat, Goldap: Goldaper Gartenfest.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14



**INSTERBURG –
STADT UND LAND**

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

HEIMATGRUPPE

Thüringen – Sonntag, 4. August, 14 Uhr, Geländer der ega, Egapark, Gothaer Straße, Erfurt: Mitgliedertreffen. Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail: fjoehлке@gmail.com



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Bremerhaven – Sonnabend, 3. August, 14 Uhr Kleingartenverein Süd, Helgoländer Straße 3: 44. Haffdörfertreffen der Haffdörfer Rinderort, Peldßen und Labagienen/Haffwinkel. Information bei Marita Jachens-Paul, Telefon (0471) 86176.

Am 27. Juni 2019 verstarb unsere liebe Mutter und Omi

Doris Richter

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Anzeige



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Billenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Neumünster – Sonnabend, 20. Juli, Lötzer Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstr. 18 H (Böcklersiedlung), ab 10 Uhr sind Dauerausstellung und Sonderausstellung zu besichtigen. Es ist der letzte Tag, an dem die Aquarelle des Berliner Künstlers Hans-Jürgen Gaudeck zum Thema „Masuren – Land der Stille“ zu sehen sind beziehungsweise zu erwerben. Erhältlich sind auch noch einige Exemplare des Buches „Masuren – Land der Stille“, das viele der in Masuren entstandenen Bilder Gaudecks abbildet – in Kombination mit kurzen Texten und Zitaten aus Werken ostpreußischer Schriftsteller. Es ist ein ideales Geschenkbuch für an Ostpreußen und vor allem an Masuren und der Schönheit seiner Landschaft interessierte Menschen.

Um 15.30 Uhr beginnt die Veranstaltung, die in diesem Monat eine Besonderheit aufweist. Unter der Überschrift „Lieblingsgedichte? Lieblingsgedichte!“ werden die Besucher des Lötzer Museums gebeten, Gedichte mitzubringen, die sie vielleicht durch ihr Leben begleitet haben oder die in einer Lebenssituation von besonderer Bedeutung waren. Ute Eichler erzählt

die Geschichte vom Gedicht als Geschenk und stellt es und seinen Verfasser vor.

Im Lötzer Ausstellungs- und Veranstaltungsraum liegt neu eingetroffenes Werbe- und Informationsmaterial aus, das von der Touristen-Information der Stadt Lötzen [Gizycko] zur Verfügung gestellt wurde. Es handelt sich um Faltblätter, die detaillierte Beschreibungen zu den Aktivitäten „Kanustrecken im Kreis Lötzen“ und „Masurische Seen – Radreisen“ beinhalten. Die inhaltsreiche Broschüre „Gizycko – Spaziergang durch die Stadt“ ist ebenfalls vorhanden und ganz neu „Feste Boyen in Gizycko“ (ebenfalls zweisprachig). Dazu gibt es dann noch ein bebildertes Heft, das den Kreis Lötzen heute vorstellt. Wer dieses Informationsmaterial zugeschickt haben möchte, kann es über die Geschäftsstelle bestellen. Es wird um die Erstattung der Portokosten gebeten.

Am 17. August wird im Lötzer Museum die nächste Sonderausstellung eröffnet: „Ermland und Masuren im Winter“ – Fotografien von Mieczyslaw Wieliczko, Allenstein. Sie ist zu sehen bis einschließlich 17. November.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Hauptkreistreffen

Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck in der Landsmannschaft Ostpreußen mit Gästen der Kreisgemeinschaft Treuburg 24. und 25. August in der Patenstadt Hagen im Hotel Mercure /Raum Berlin – Siegen – Köln

Programm
Sonnabend, 24. August
11 bis 12.30 Uhr: Möglichkeit zur Besichtigung des Archivs, Elbersufer 20
14 Uhr: Öffentliche Kreistagssitzung im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13
16 Uhr: Öffnung der Räume im Hotel Mercure

17 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten Hagen

19 Uhr: Heimatabend im Raum Berlin des Hotels

Sonntag, 25. August 2019

9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Mercure

11 Uhr: Feierstunde im Raum Berlin – Siegen – Köln

des Hotels

Bitte die Tischaufteilung beachten!

14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein im Hotel Mercure

14.30 Uhr: Zusammenkunft des Arbeitskreises „Mittlere Generation“ im Bistro (Bar) des Hotels

17 Uhr: Ausklang

Einsicht in die Heimatkreis-karte: Sonntag von 14.30 bis 15.30 Uhr

Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Bücherstand erhältlich.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Wirken Sie mit an der Stiftung

»Zukunft für Ostpreußen!«

Kredit: 10000 €

IBAN: 10000 1234 5678 9012 3456 78

BIC: FUSKDE33

Weißer Wolken und blauer Himmel

Osteroder Kreisvertreter berichtet über seine Junireise in die Heimat

Es hatte sich so ergeben, dass ich im Juni nach Ostpreußen gefahren bin. Dieser Monat ist für eine Ostpreußenreise vielleicht der schönste. Das Korn steht schon auf dem Halm und wiegt sich im Wind. Die Störche sitzen auf ihren Nestern. Die Jungstörche haben ihre noch schwarzen Schnäbel leicht geöffnet. Die weißen Wolken quellen in einen tiefblauen Himmel hinein.

Fährt man – aus Westpreußen kommend – in das Oberland, verändert sich die Landschaft: Sie wird welliger, die Natur üppiger, die Farben intensiver, der Himmel weiter. In Osterode angekommen, führt mich Heinrich Hoch zu dem wieder aufgebauten Rathaus. Die zweisprachige Hinweistafel hängt an der Außenwand. Es erinnert an das Schicksal der früheren deutschen Bevölkerung und es weist unsere Kreisgemeinschaft als den Stifter der Rathausruhr aus. Den Tag lassen wir im vertrauten Gespräch am Drewenzsee ausklingen.

Mein erster Termin am folgenden Tag, dem 7. Juni, führt mich in die Burg von Osterode, wo der 13. Wettbewerb des deutschen Liedes stattfindet. Die Jury wird von der deutschen Gesellschaft „Tannen“ gestellt. Die Kinder und Jugendlichen singen ihre Lieder mit Eifer und Freude. Am besten gefällt mir eine Gruppe kleiner Mädchen in Trachten, die das Lied von den fleißigen Waschfrauen („Zeigt her eure Füße“) mit schauspielerischem Temperament vortragen.

Um 12 Uhr findet bereits der wohl wichtigste Termin meines Arbeitsbesuches statt, das erste Gespräch mit Osterodes neu gewähltem Bürgermeister Zbigniew Michalak. Dieser nimmt sich für unser Gespräch viel Zeit, lädt die Kreisgemeinschaft mehrmals ein, ihr Jahrestreffen in Osterode durchzuführen, bietet an, zusammen mit der KGO Erinnerungsorte in Osterode zu gestalten, und stellt detaillierte Fragen, die auf ein ernsthaftes Interesse an unserer Gemeinschaft schließen lassen.

Die Atmosphäre ist angenehm. Nach diesem Gespräch bin ich mir sicher, dass Bürgermeister Michalak den Deutschen zugetan ist. Bevor ich mich am Abend zum Drewenzsee begeben, mache ich noch Fotos von der neuen Brücke, die über die Bahngleise gebaut wurde und die nun die ehemalige Friedrichstraße mit der Hindenburgstraße verbindet. Diese Brücke war notwendig geworden, um dem täglichen Verkehrschaos ein Ende zu bereiten. Allerdings wird der Durchgangsverkehr nun unmittelbar am Kaiser-Wilhelm-Gymnasium vorbeigeführt, was den Unterricht stören könnte.

Zum Abendessen begeben wir uns in ein italienisches Restaurant am Ufer des Drewenzsees. Die Menschen an den Nachbartischen sind ausgelassen und fröhlich. Auf dem Rasen spielen Kinder. Ich schaue hinaus auf den See. In der Luft tummeln sich Möwen. Auf dem Wasser ziehen Segelboote ihre Bahnen. „Am gegenüberliegenden Ufer“, denke ich mir, „müsste irgendwo Pillauken liegen“. Pillauken? Ja, das war das Ziel, das die Menschen hatten, die am 21. Januar 1945 über das Eis des zugefrorenen Sees vor den Russen flohen. Noch am 19. Januar hatte die Kreisleitung in einem Aufruf den Endsieg beschworen. Am 20. Januar dann kopflose Flucht. In der Schillerstraße steht ein letzter deutscher Panzer. Die jungen Soldaten wissen, dass sie gegen die russische Übermacht keine Chance haben. Sie sind bereit, ihr Leben zu geben,



Herrliche Impressionen: Wolkenbilder am Drewenzsee

Bild: Gieseler

um der fliehenden Bevölkerung ein wenig mehr Zeit zur Flucht zu verschaffen. Am Abend des 21. Januar sind die Russen in der Stadt. Osterode brennt. Auf dem rötlich schimmernden Eis des Drewenzsees laufen die fliehenden Menschen um ihr Leben Richtung Pillauken. Am Ufer stehen Rotarmisten und schießen in die Dunkelheit hinein ... – „Do you want anything else?“, fragt mich die Bedienung und holt mich in die Gegenwart zurück. Am Nachbartisch wird gelacht. Der See glitzert friedlich in der Abendsonne. Von sich aus erzählt er nichts von dem, was war. Ist es Milde oder Grausamkeit?

Am 8. Juni fahren wir nach Allenstein zum Fest der nationalen Minderheiten, das von der dortigen Deutschen Minderheit ausgerichtet wird. Landrat Andrzej Abako und der Beauftragte des Marschalls für Minderheiten Wiktor Marek Leyk sprechen Grußworte und Domherr Schmeier hält zur Begrüßung eine Andacht. Sodann zeigen die unterschiedlichen Ge-



sangs- und Tanzgruppen – Deutsche, Ukrainer, Tartaren und Zigeuner (die sich hier selbst so nennen und deshalb hier auch so genannt werden dürfen) ihr Können. Trotz der glühenden Hitze und ihrer dicken Trachten sind alle mit Freude bei der Sache. Mit Abstand am professionellsten ist, wie immer, die Gruppe „Saga“ aus Bartenstein. Aber auch die Jugendtanzgruppe unserer Osteroder „Tannen“ findet großen Beifall.

Im Publikum sind fast ausschließlich Deutsche. Es sind aber, deutlich weniger als in den Jahren zuvor. Denn die Deutsche Minderheit im südlichen Ostpreußen hat Nachwuchsprobleme. Die meisten Deutschen haben nach dem Krieg einen polnischen Ehepartner geheiratet, so dass die Familien heute deutsch-polnisch sind. Einerseits hat dies den Vorteil, dass die Deutsche Minderheit eng mit der polnischen Mehrheitsgesellschaft verbunden ist und es deshalb zu keinem Ressentiments kommt. Andererseits birgt dies die Gefahr, dass die Deutsche Minderheit in den nächsten Generationen ihre kulturelle Identität verlieren könnte. Umso mehr verdienen unsere Landsleute, die sich unermüdlich für die deutsche Kultur in Ostpreußen einsetzen, unsere tatkräftige Unterstützung!

Am 9. Juni habe ich keine Termine als Kreisvertreter und wandle auf den Spuren meiner eigenen Familie. Ich fahre von Ost- nach Westpreußen in den ehemaligen Landkreis Strasburg (heute Brodnica), wo mein Großvater nach seiner

Kolonialzeit das Forstamt Ruda bis 1919 leitete. Aufgrund der Bestimmungen von Versailles fiel dieses Gebiet an Polen, so dass meine Familie von West- nach Ostpreußen ziehen musste, wo mein Großvater ab dem 1. Januar 1920 die Leitung des Forstamtes Taberbrück bei Osterode übernahm.

Auf einer uralten Straße, die auf der einen Hälfte mit Feldsteinen gepflastert ist und auf der anderen Hälfte aus einer Sandpiste besteht, fahre ich in den wunderschönen Rudaer Forst hinein, nicht wissend, was mich erwartet. Denn seit 100 Jahren ist niemand mehr aus meiner Familie dort gewesen, und mir ist nicht bekannt, ob das Forsthaus überhaupt noch steht und, wenn ja, in welchem Zustand es sich befindet. Mit klopfendem Herzen fahre ich im Schrittempo durch den unberührten dunklen Wald.

Plötzlich öffnet sich dieser und vor mir steht in seiner ganzen Pracht das frisch renovierte herrschaftliche Forsthaus, das seit 1920 und auch heute noch als solches genutzt wird. Im Garten sitzt der

Eindrücke aus Osterode: die neue Brücke (l.). Ein aufschlussreiches Gespräch mit dem neuem Bürgermeister Zbigniew Michalak (r.).

Bilder: B.G./privat



junge Förster mit seiner Familie, der nicht schlecht staunt, als ich aus meinem Auto aussteige und ihm sage, dass meine Familie in diesem Haus gewohnt hat. Ich hätte Fotos von damals dabei und, wenn er Interesse habe, könnten wir uns diese gemeinsam ansehen. Und ob er Interesse hat. Ich werde hereingebeten und bei Kaffee und Kuchen schauen wir uns auf der Terrasse die Fotos an. Wir befinden uns exakt an der Stelle, wo auf einem der Fotos mein Vater mit seinen Eltern und Brüdern zu sehen ist. Nachdem wir uns die alten Fotos angesehen haben, bittet mich der Förster ins Innere des Hauses, um mir am PC seine schönsten Fotos von Wildtieren zu zeigen: Elche, Wölfe, Hirsche, Wildschweine, Otter.

Auf meiner Rückfahrt nach Ostpreußen denke ich, dass ich den Tag nach diesem bewegenden Erlebnis nun nicht auf irgendeine profane Weise beschließen könne, und entscheide mich deshalb, noch einmal den im Taberbrücker Forst gelegenen See mit den schwimmenden Inseln zu suchen, der für meinen Vater immer der Inbegriff der unberührten ostpreußischen Natur gewesen ist. Ich habe bei früheren Arbeitsbesuchen verschiedene Versuche unternommen, aber diesmal finde ich ihn auf Anhieb. Ich setze mich an sein Ufer, lasse den Tag an mir vorbeiziehen, genieße die Abendstimmung an diesem wunderschönen Waldsee und will schier darüber verzweifeln, dass ich all dies nicht mehr meinem Vater berichten kann.

Am 11. Juni, meinem letzten Tag im Heimatkreis, habe ich noch zwei Termine. Zunächst fahre ich – begleitet von dem stellvertretenden Vorsitzenden der „Tannen“, W. Küchmeister, – nach Locken. Dieser Termin ist deshalb besonders wichtig, weil sich seit meiner Wahl zum Kreisvertreter noch kein Kontakt zur Gemeinde Locken ergeben hatte. Zusätzlich ist er für mich persönlich bedeutsam, weil meine Familie in den 20er Jahren in Taberbrück lebte, das zur Gemeinde Locken gehört. Der junge Ortsbürgermeister begegnet mir mit großer Freundlichkeit, interessiert sich sehr für die Arbeit der KGO, erläutert die Verhältnisse in seiner Gemeinde und bietet an, bei meinem nächsten Besuch mit mir zusammen durch das Gemeindegebiet zu fahren. Während unseres Gesprächs zeigt er mir ein Fotoalbum, das alte Fotos aus deutscher Zeit als auch Fotos aus der Gegenwart enthält. Auf einem der alten Fotos ist eine Person in Uniform zu sehen, die augenscheinlich das Kriegerdenkmal in Locken einweiht. Ich frage den

Ortsbürgermeister, ob er wisse, wer die Person auf dem Foto sei. Er verneint und staunt nicht wenig, als ich ihm sage, dass dies mein Großvater sei. Sofort lässt er das Foto für mich auf CD brennen und eine Fotokopie anfertigen. Auch in diesem Gespräch spüre ich eine freundliche, geradezu herzliche Einstellung gegenüber uns Deutschen. Ich freue mich schon auf meinen nächsten Besuch in Locken.

Mein letzter Termin führt mich nach Liebmühl ins Forstamt, das den größeren Teil des früheren Forstamtes Taberbrück übernommen hat. Der kleinere Teil ist an das Forstamt Alt Jablonken gefallen. Der Forstamtsleiter nimmt sich viel Zeit, berichtet mir eingehend von den gegenwärtigen forstlichen Verhältnissen – im Taberbrücker Forst leben derzeit drei Wolfsrudel – und ist sichtlich erfreut, als ich ihm erzähle, dass mein Großvater in den 20er Jahren das Forstamt Taberbrück geleitet hat und damit einer seiner Vorgänger im Amt sei. Zum Abschied lädt er mich zur Hirschbrunnt ins Forstamt ein, schenkt mir einen Videofilm über den Taberbrücker Forst und gibt mir Samen der berühmten Taberkiefer. Solche Samen, sagt er, habe schon Napoleon mitgenommen, und ich müsse nur noch 120 Jahre leben, um die aus diesen Samenkörnern erwachsenen Taberkiefern in ihrer ganzen Größe und Schönheit bewundern zu können.

Dankbar blicke ich zurück auf Tage mit bewegenden Eindrücken und guten Gesprächen in Ostpreußen.

Burghard Gieseler

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

gewiss die Rechnung präsentiert“ von Lothar Zenetti, und „Mein Herz geht, was will es sagen“ von Kurt Marli und „Erinnerung“ von Erminia Olfers-Bartoski, dazu die Erzählungen „Letzter Sommer“ von Grete Fischer und „Extrazug“ von Heinrich Eichen. Außerdem las sie das Gedicht „Der alte Bauer spricht“ sowie das Lied „Lobt Gott in allen Landen“. Das Lied von Matthias Claudius „Wir pflügen und wir streuen den Samen auf das Land“ sangen alle gemeinsam, ebenso das Lied von Paul Gerhardt „Geh aus mein Herz und suche Freud“, wenn auch nicht alle Strophen. Es folgte noch eine Erzählung in Versform „Mädchen auf dem See“ von Lieselotte Krinke-Augustin, und die „Ostpreußische Speisekarte“, in der alle bekannten ostpreußischen Gerichte genannt werden, löste viel Spaß aus. Es war mal wieder ein gelungener Nachmittag.

Ingrid Nowakiewitsch

Die nächste Monatsversammlung findet erst wieder am Mittwoch, dem 28. August um 15 Uhr im Café Eckstein in Dillenburg, Königsberger Straße, statt. Dann wird Hans-Joachim Naujoks über den Elch sprechen, das Symbol Ostpreußen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Neubrandenburg – Landestreffen der Ostpreußen – Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern treffen sich am Sonnabend, dem 28. September, von 10 bis 17 Uhr im Jahn-Sport-Forum Neubrandenburg, Schwedenstraße/Kulturpark. Dort werden etwa 1500 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extratischen ausgestellt, denn im Mittelpunkt steht das große Wiedersehen, Suchen, Finden und Gefundenwerden. Für die Gäste ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet. Angasagt haben sich sechs Chöre aus allen drei Teilen Ostpreußens (Ermeland-Masuren, Königsberg, Memelland), der Shanty-Chor „De Klaashahns“ Rostock-Warnemünde und das Blasorchester der Hansestadt Rostock. Als Ehren-gast wird „Königin Louise von Preußen“ aus dem nahen Hohen-zieritz erwartet. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Hotelplätze vermittelt die Touristinformation Neubrandenburg, Telefon (0395) 5595127. Mit dem Mecklenburg-Vorpommern-Ticket gibt es sehr günstige und schnelle Bahnverbindungen. Das Jahn-Sport-Forum ist vom Bahnhof Neubrandenburg in 15 Minuten Fußweg bequem erreichbar.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Keme-

denstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 23. Juli, 16.30 Uhr, Hotel Select, Blumenhaller Weg 152, 49078 Osnabrück: Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Sonnabend, 20. Juli, 11 Uhr, Infostand Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH, Eichendorff-Saal: Chorproben mit Radostina Hristova. – Montag, 22. Juli, bis Mittwoch, 31. Juli, GHH, II. Etage, Bismarckstraße 90: Bücherflohmarkt. Antiquarische Bücher zu West- und Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Böhmen und Mähren. – Im August ist das Gerhart-Hauptmann-Haus geschlossen.

Gütersloh – Sonnabend, 3. August: Busfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. Interessierte sind stets herzlich willkommen. Anmeldung unter Telefon (05241) 34841 bei Block oder (05241) 29211 bei Bartnik.

Neuss – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – 29. Juli: Busfahrt in den Harz, Floßfahrt zur Rappbodetalsperre Grillen, Freizeit, Kaffeetafel in Mandelholz.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Neumünster – Vorankündigung: Der Jahresausflug findet am 14. August 2019 statt. Abfahrt – hinter dem Finanzamt am Bahnhof – um 13.30 Uhr nach Rendsburg.

Ermländertreffen

Güstrow – Sonntag, 4. August, 12 Uhr, Kirche Mariä Himmelfahrt, Grüne Straße 23–25: Treffen aller, die in der Ver-ehrung ihres Bischofs Maximilian Kaller verbunden sind, zur Meßfeier. Anschließend Mittagsimbiss, Kaffee und Kuchen sowie ein buntes Unterhaltungsprogramm. Zum Abschluss singen wir die Ermländische Vesper um 16 Uhr. Anfragen an Armin Neumann, Telefon (03843) 687442.

Jahreshauptversammlung der Landesgruppe Schleswig-Holstein

Kiel – Zur Jahreshauptversammlung der LO Landesgruppe Schleswig-Holstein e.V. konnte der Vorsitzende Edmund Ferner 56 Teilnehmer aus den Ortsverbänden begrüßen. Insbesondere hieß er die Gäste Dr. Olav Repkow, Vorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV), Kreisverband Kiel, und Fedor Mrotzek, Landesvorsitzender des BdV S-H willkommen. Für das Kulturprogramm begrüßte Ferner die Sopranistin Isabelle Kusari mit Frau Tao am Klavier ganz besonders herzlich.

Neben dem Verbandsregulieren nahmen ein Vortrag von Ferner in seiner Funktion als Landeskulturreferent mit dem Thema: „Ungarn, ein Vorbild für die deutschen Minderheiten in anderen Ländern“ sowie ein Bericht über „den steilen Aufstieg der Umweltaktivistin Greta Thunberg“ und das Kulturprogramm am Nachmittag großen Raum ein.

In der Aussprache zum Vortrag, der bereits in der PAZ veröffentlicht wurde, wurde insbesondere darauf verwiesen, dass in den Museen in Danzig erstmals über die Vertreibung der Deutschen berichtet wird und für Vertriebene in Polen wie in Ungarn, Verkehrsmittel kostenfrei sind. Eine weitere Wortmeldung wies darauf hin, dass eine bürgerschaftliche Initiative in Berlin beabsichtigt, ein Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung von 1939 bis



Erfolgreiches Programm absolviert: Der Landesvorsitzende Edmund Ferner (l.) mit Isabelle Kusari (M.) und Frau Tao (r.)

1945 in Berlin Kreuzberg zu errichten.

Im weiteren Programmablauf wurde Herrn Hans-Albert Eckloff in Anerkennung der unermüdlischen Arbeit für die Heimat die Silberne Ehrennadel verliehen.

Für das Kulturprogramm, das in zwei Teile mit kurzer Pause vorge-

sehen war, konnte der Vorsitzende Ferner die Sopranistin Isabelle Kusari gewinnen, die bereits auf dem Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg Begeisterung fand. Begleitet wurde sie von Frau Tao am Klavier. Mit Frau Kusari hatte er eine Volkslieder-Liedfolge zusammengestellt, die zum einen ost-

Begegnung in Seeboden
Ostpreußen und Sudetendeutsche kamen zur Ferienwoche zusammen



Beim Vertriebenenendenkmal im Klingerpark: Die Gruppe gedenkt ihrer Toten

Bild: Erich Lorenz

Schüler (Nachbildungen berühmter alter Künstler) aus der byzantinischen Zeit bis in die Gegenwart, wie Heiligenbilder und Kuppelmosaik zu bewundern. Wir erfuhr, dass allein in Friaul-Julisch Venetien 60 Firmen künstlerische Werke für die ganze Welt herstellen. Die Steine, welche dafür gebraucht werden, stammen seit dem 15. Jahrhundert aus den nahen Flüssen. Die höheren Klassen experimentieren mit buntem, geschmolzenem Glas und anderen Materialien, die auch in kleine oder größere Würfel zerstoßen werden. Damit erreichen sie eine größere Farbauswahl für ihre Werke.

Beeindruckt von so viel Schönheit ging die Fahrt weiter zu dem den meisten schon bekannten Weingut „Ai Galli“. Aus dem klimatisierten Bus ausgestiegen, raubten uns die 40 Grad vor dem Weingut fast den Atem. Im kühlen Saal einen Stock höher war schon für uns gedeckt, und die Weinverkostung begann mit einem erfrischenden Frizzante. Es folgten drei Weißweine und drei Rotweine, dazu gab es luftgetrockneten Speck, Salami, Käse und Weißbrot. Gut gestärkt und mit einigen Flaschen guten Weines im Gepäck traten wir wieder die Heimfahrt an. Ein Fixpunkt in unserem Wochenprogramm ist der Besuch des

Gedenksteins im Klinger-Park für die Vertriebenen aus Schlesien, Ostpreußen und dem Sudetenland, wo wir eine Kerze anzünden und mit einer Blumenschale und einer kleinen Feier unserer Toten gedenken.

Am Abend waren wir zur Gästeehrung wieder im Bonsaimuseum eingeladen. Diesmal ließ es

Kultur und Geschichte
auf dem Programm

sich Bürgermeister Wolfgang Kliner nicht nehmen, mit Helmut Koch die Ehrung vorzunehmen. Auch für den Donnerstag war ein schöner Ausflug vorgesehen: In Kleinbussen fuhren wir in vielen Serpentin von Radenthein über Kaning hinauf durch steile Wälder, vorbei an ebenso steilen blühenden Wiesen, die teilweise schon gemäht wurden, zum Erlachhaus. Von dort wanderten einige tüchtige Wanderer hinauf bis zum Rosennock. Auch hier oben heizte uns die Sonne tüchtig ein. Nach dem freien Freitagvormittag, an dem sich einige von uns im kühlen Nass des Millstätter Sees erfrischten, stand am späten Nachmittag auch schon wieder der Heimatabend – zugleich der Abschiedsabend in der gemütlichen Zirbenstube des Hotels Ertl

und westdeutsche Liedertextautoren und Komponisten berücksichtigte und zum anderen ein gemeinsames Singen der Teilnehmer mit der Sopranistin vorsah, für die Liedertexte verteilt wurden.

Die gebürtige Französin, in Düsseldorf lebend, engagiert sich für Jahrhunderte altes Liedgut aus deutsch/preußischer Kultur, und setzt sich für die Wiederbelebung von Liedern zahlreicher auch vergessener und unbekannter Dichter und Komponisten ein, die sie faszinieren, inspirieren und künstlerisch beflügeln. Ihre eigenen Programme sind eine Mischung aus französischer und deutscher Klassik. Sie singt gerne Chansons, Opernarien, Operetten, Volkslieder sowie Heimatlieder, und sie ist eine offene Künstlerin, die der Musik in ihrer Vielfalt dient.

Mit ihrem uns vorgetragenem musikalischen Programm aus 24 Liedern fand sie ein sehr dankbares Publikum, das mit großem Beifall eine Zugabe herausforderte. Der Vorsitzende dankte ihr und auch Frau Tao mit Dankesworten auf Französisch und einem Gastgeschenk.

Ihre nächste preußische Veranstaltung mit eigenem Programm findet in München im Haus der Heimat statt.

Zum Abschluss und zum Ende der Veranstaltung wurde gemeinsam das Ostpreußenlied gesungen.

Hans-A. Eckloff

auf dem Programm. Wir begaben uns diesmal auf Ruinen-, Burgen- und Schlösserwanderung durch das Sudetenland – kreuz und quer, wie es eben das Alphabet verlangte. Die Vortragenden waren diesmal Erika Örtel, Prof. Erich Lorenz, Peter Herbrich und ich. Dabei war wieder viel Unbekanntes und Geschichtliches zu erfahren. Es kamen auch mit vorgetragenen Gedichten einige sudetendeutsche Dichterinnen und Dichter zu Wort, und sogar der Geist der „Weißen Frau“ (Berta von Rosenberg) begegnete uns in drei alten Gemäuern.

Da wir auch Rainer Maria Rilke bei seinem Besuch des Tollensteins mit einem Gedicht zu Wort kommen ließen, hatte Egon Eder, der uns mit seiner Gattin (mit Wurzeln in Reichenberg) die Ehre warb, eine tolle Idee. Er wird uns im kommenden Jahr auf Rilkes Spuren nach Duino und zum Schloss Miramare bei Triest führen – und darauf dürfen wir uns schon jetzt freuen.

Schließlich ging es wieder ans Abschiednehmen, eine Woche dauert halt nicht länger. Sie war ausgefüllt mit vielen schönen Begebenheiten, Begegnungen und Eindrücken. Wir alle hoffen, uns im nächsten Jahr, und zwar am 21. Juni 2020 gesund und froh wieder in Seeboden einzufinden.

Herta Kutschera

Das Friedrichsburger Tor hat eine bewegte Geschichte

Bastion, Burg, Bahnhof, Lager und Museum: Dokumente und Heraldik geben Aufschluss über die Festung in Königsberg

Die Wappenkunde als kulturelle Erscheinung taucht im Mittelalter auf. Ihre Entstehung war mit dem Wunsch der Feudalherren verbunden, sich und ihre Armee auf dem Schlachtfeld zu identifizieren. Ursprünglich trugen die Schilde Zeichnungen, die sich bald zu charakteristischen Symbolen entwickelten. Die frühe heraldische Symbolik war äußerst einfach und leicht zu lesen. Allmählich bildete sich eine Ordnung der Umrisse und des Gebrauchs der Wappen aus, die zu einem Regelwerk anwuchs. An den Königshöfen und denen großer Feudalherren gab es Herolde, die sich mit der Erstellung von Wappen und genealogischen Listen befassten. Sie systematisierten das Wissen über die Wappen und schufen die Lehre von der Heraldik.

1626 wurde am Stadtrand Königsbergs der Erste Wallring gebaut. Er war 15 Kilometer lang und mit 26 Bastionen, acht Halb-Bastionen und acht Stadttoren bebaut. Sie wurden errichtet, um die Gefahr der Einnahme Königsbergs durch die Armee des schwedischen Königs Gustav Adolf einzudämmen, dessen Truppen sich in Pillau befanden.

Nach der Fertigstellung Mitte des 17. Jahrhunderts stellte sich heraus, dass sich im westlichen Teil der Festung ein schwach geschützter Abschnitt befand – die zwei Halb-Bastionen am Ufer des Pregel. An diesem Ort, an dem sich das Zollhaus befand, konnten feindliche Schiffe mit Soldaten an Bord leicht die Verteidigung durchbrechen, den Fluss entlang bis zum Königsberger Zentrum passieren und die Stadt besetzen. Um den Schutz der Anlage zu verstärken, ließ Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg 1657 eine Festung am südlichen Ufer des Pregel errichten. Am 11. Juli 1657 wurde Friedrich, Sohn des großen Kurfürsten und seiner Frau Luise Heinriette von Oranien, im Königsberger Schloss geboren. Zu Ehren des Erben nannte der große Kurfürst die Festung Friedrichsburg. 1688 bestieg der Spross als Friedrich III. den Thron und erbt den Titel des brandenburgischen Kurfürsten. Am 18. Januar 1701 krönte er sich in der Kirche des Königsberger Schlosses zum ersten preußischen König: Friedrich I. in Preu-



Unterschiedliche Entwicklungsstadien: Nicht geschlossener Verteidigungsring um Königsberg (o.), das Friedrichsburger Tor nach der Restaurierung 2011 (l.) und als Güterbahnhof in den 1930er Jahren (u.)

Fotos: Archiv/J.D.



ßen. Die Festung Friedrichsburg wurde zu einer Zitadelle (der letzten Verteidigungslinie) in Königsberg, da die Burg zu dieser Zeit als Residenz der Monarchen umgebaut wurde und ihre Verteidigungskraft verlor. Mitte des 19. Jahrhunderts entstand um Königsberg ein zweiter Wallring.

Die Friedrichsburg wurde nach einem Entwurf von Christian Otter erbaut, der 1598 in Ragnit geboren wurde. Nach vier langen Reisen besetzte er den Posten des Ingenieurs am Hofe des Großen Kurfürsten. Er war der Begründer des niederländischen Festungsbausystems, später wurde er Professor für Mathematik an der Universität von Nijmegen (Niederlande). Die Festung Friedrichsburg befand sich an einem erhöhten Ort und hatte im Grundriss die Form eines gleichmäßigen Rechtecks. Als schwer einnehmbares Hindernis diente ein 20 Meter

breiter Wassergraben auf drei Seiten, der von Norden mit Wasser des Pregel gespeist wurde. Ein detaillierter Plan dieser Festung aus dem Jahr 1789 ist erhalten. Die vier Bastionen der Festung erhielten die Namen von Edelsteinen. Die nordwestliche Bastion hieß Rubin, die nordöstliche Diamant, die südwestliche Smaragd und die südöstliche hieß Perlen. Die Namen der Bastionen symbolisieren die drei mittelalterlichen Städte Altstadt, Kneiphof, Löbenicht, aber auch das Schloss Königsberg als Assoziation mit der monarchischen Macht.

Der Herrscher erlegte den Gemeinden der drei Königsberger Städte auf, drei Bastionen der neuen Festung zu errichten. Er selbst

übernahm die Verantwortung für den Bau der vierten Bastion. Diese hieß „Diamant“. Und nur in dieser Bastion wurden neben dem Wassergraben auch Erdwälle, Holzbauten sowie Steingebäude errichtet – Kasernen und Pulverkeller. Die Altstadt befand sich zwischen dem Schloss und dem Pregel. Sie erhielt am 12. Februar 1286 das Stadtrecht. Ihr Wappen war ein Schild, auf dem sich im oberen Teil die rote Krone des böhmischen Königs Ottokar II. auf einem silbernen Feld befand (Hinweis auf den Gründer Königsbergs), im unteren Teil ein

silbernes Kreuz auf einem roten Feld (Symbol für den christlichen Geist seiner Bürger). Außerhalb der Altstadt wurde die Rubin-Bastion errichtet. Löbenicht befand sich östlich der Burg und der Altstadt und erhielt am 27. Mai 1300 Stadtrechte. Sein Wappen zeigte eine goldene Krone auf einem blauen Schild (Symbol für den Himmel), darüber und darunter sechseckige goldenen Sterne (Ausdruck der Ewigkeit). Außerhalb der Stadt Löbenicht wurde die Perlenbastion gegründet.

Kneiphof befand sich auf der gleichnamigen Insel. Es erhielt am 6. April 1327 die Stadtrechte. Auch Kneiphof hatte ein eigenes Wappen: Auf einem grünen Schild hält eine Hand in blauer Kleidung, die sich aus silberblauen Wellen erhebt, eine goldene Krone (symbolisiert die geografische Lage der Stadt auf der Insel). Auf beiden Seiten befinden sich zwei Jagdhörner (ein Hinweis darauf, dass es früher Jagdreviere gab). Außerhalb von Kneiphof wurde die Bastion Smaragd erbaut.

1697 besuchte der russische Zar Peter I. im Rahmen der Großen Russischen Gesandtschaft Königsberg inkognito als Unteroffizier Peter Michajlow. In der Festung Friedrichsburg ließ er sich vom preußischen Oberst Sternfeld in der Bomben- und Artilleriekunst unterrichten. Am 13. Juni 1724 vereinigte der preußische König Friedrich Wilhelm I. die drei Städte zu einer und schenkte ihr ein Wappen: Auf einem weißen Schild ist ein schwarzer preußischer Adler mit Krone abgebildet, der in seinen Klauen drei mittelalterliche Stadtwappen hält, daneben ein Monogramm FWR (Friedrich Wilhelm I.).

Interessant ist, dass Zar Peter I. nach seiner Rückkehr in die Heimat ebenfalls seiner Bastion in der 1703 neu erbauten Stadt St. Petersburg einen Namen gab: Peter- und Paul-Festung. Dort heißen die Bastionen nach deutschem Vorbild: Gosudarew, Naryschkin, Menschikow, Glowkin, Zotow und Trubezkoj. Der Name Bastion Gosudarew entspricht der Bastion Diamant in der Friedrichsburger Festung.

In den Jahren 1843 bis 1862 wurde um Königsberg ein zweiter Wallring errichtet. Die Festung Friedrichsburg wurde umgebaut, um den modernen Anforderungen

Rechnung zu tragen. Die Erdwälle wurden an den Seiten mit mächtigem Mauerwerk verstärkt. An der Stelle eines alten Holztors wurde 1852 mit dem Bau eines Backsteintors begonnen. Die Pläne erstellte Friedrich August Stüler (1800–1865), der Hofarchitekt Friedrich Wilhelms IV. (1795–1861). 1858 wurden die Arbeiten an dem Tor beendet. Es hatte vier runde Türme, zwei Kasematten und einen Eingangsbogen mit Doppeltüren. Über dem Bogen stand die Inschrift „Fort Friedrichsburg“, darüber das Wappen – der schwarze Preußenadler mit Krone, Zepter und Machtsymbol in den Krallen, mit dem Monogramm „FR“ (Fridericus Rex) auf der Brust.

Im 20. Jahrhundert, 1910 wurde die Friedrichsburg aus dem Königsberger Verteidigungssystem ausgeschlossen und für 8,5 Millionen Mark an die Reichsbahn für den Bau eines Güterbahnhofs verkauft. Die Erdwälle wurden beseitigt und die Wassergräben zugeschüttet, der Hauptteil der Fortgebäude 1916 abgebaut. Auf dem Territorium wurden Bahngleise verlegt und eine Verladestation gebaut. Von den Fortgebäuden blieben nur das Tor und ein Teil der Kaserne der südöstlichen Perlenbastion übrig.

Die Friedrichsburger Straße wurde 1919 nördlich des Friedrichsburger Tors zwischen Sattlergasse und Reichstraße angelegt. 1936 erfolgte an der Nordseite des Tors das Haus der Stauer die Errichtung eines Anbaus, in dem sich Hafenmitarbeiter (die Laders) vom Be- und Entladen von Schiffen gerne erholten. Dieses Gebäude wurde beim Sturm auf Königsberg im April 1945 zerstört. Auf dem Gelände des Friedrichsburger Tors befand sich bis 1947 eine Militärdruckerei. Später baute man es in eine Reparaturwerkstatt für Lkw um. Infolge törichter Umbauten wurde der Südostturm des historischen Bauwerks zerstört. 1960 erhielt das Friedrichsburger Tor endlich den Status eines Architekturdenkmals, was eine weitere Zerstörung des Objekts verhinderte. 1990 begann die eigentliche Sanierung, die 2011 abgeschlossen wurde. Heute ist es eine Filiale des Ozeanariums. Im Innenhof des Tors erzählt eine Ausstellung die Geschichte der Festung Friedrichsburg. *E. Dvoretzki/N. Tscheburkin*

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Polonaise im Schnellkurs

Ein Zwergenorchester erinnert an ein fast reindeutsches Nachkriegs-Musikensemble

Man stolpert fast über die Bronze-Gnome in Breslau. Mittlerweile sind es 400 und sie sind längst schon das neue Markenzeichen der Schlesischen Metropole. Dieses Jahr erst kamen zwei neue hinzu, den einen stiftete der in den Ruhestand gegangene Oberbürgermeister Rafal Dutkiewicz dem Breslauer Integrationskindergarten und nannte ihn Integracjanek. Einen weiteren bekam Marek Krajewski für seine auch in Deutschland bekannten Breslaukrimis, die im deutschen Vorkriegs-Breslau spielen.

Gleich ein ganzes Zwergenorchester fand im vergangenen Jahr vor dem Nationalforum für Musik Platz, dem 2015 eröffneten Konzerthaus. Der Leiter des Nationalforums und Träger des Kulturpreises Schlesien 2018, Andrzej Kosendiak, interessierte daran vor allem die Anordnung der Musiker und der Instrumente. Das Ensemble ist mit einer kleinen Tafel versehen, auf der das Datum des ersten Konzertes

in der Nachkriegsgeschichte Breslaus verewigt wurde. „Dieses Datum ist sehr symbolisch: Am 29. Juni 1945, also eineinhalb Monate nach der Kapitulation der ‚Festung Breslau‘ war die Musik wieder in der Stadt zu Gast. Als Breslau noch in Trümmern lag und die Brände noch nicht gelöscht waren, fanden sich in der Stadt Menschen, die trotzdem normal leben wollten. Und dieses Leben konnten sie sich ohne Musik nicht vorstellen. Unter den Musikern waren nur fünf Polen. Den Rest bildeten einheimische Deutsche“, berichtet Stadtführerin Malgorzata Urlich-Kornacka. Die Germanistin, Slawistin und Autorin führt besonders gerne Deutsche durch ihre Wahlheimatstadt. Immer wieder trifft sie dabei auf Menschen, von denen sie noch etwas über das Vorkriegs-Breslau erfahren kann.

Das erste Nachkriegskonzert unter der Leitung des Geigenpielers und Dirigenten Stefan Syryllo fand im erhalten geblie-

benen Gebäude des damaligen Stadttheaters, der heutigen Breslauer Oper, statt. Das war der Anfang der Breslauer Nachkriegsphilharmonie. „Das musikalische Leben im Nachkriegsbreslau begann bravourös und freudig zugleich. Bravourös, weil es mit der Polonaise A-Dur von Chopin begann und freudig, weil

der russische Kommandant unter so einem Eindruck des Konzerts stand, dass er den Musikern danach hundert Liter Wein schenkte“, berichtet Ulrich-Kornacka. Auch das Ballettensemble bildeten Deutsche. Diese mussten in kürzester Zeit Polonaise, Mazurkas und andere polnische Nationaltänze erlernen. Der



Steht für die Breslauer Nachkriegszeit: Das Zwergenorchester

Bild: Wagner

Chor und die Kostüme wurden aus dem oberschlesischen Beuthen [Bytom] geholt. Die verworfene Nachkriegszeit wollte der Bildhauer Piotr Makala in seinem Zwergenorchester unbedingt wiedergeben und brachte die Noten der freundlich lächelnden 21 Zwerge mächtig durcheinander. „Die Schönheit selbst in Trümmern zu sehen – ich würde mir heutzutage so viel Enthusiasmus wünschen, wie sie die damaligen Einwohner hatten“, sagte Andrzej Kosendiak, dessen Eltern aus Lemberg nach Breslau kamen und ihre Zukunft auf den Ruinen aufbauten.

Ähnlich interessante Geschichten erzählen viele der Breslauer Zwerge. Aufstellen kann sie jeder, der einige Tausend Zloty für die Figuren aufbringen kann und die Genehmigung der Besitzer des Platzes, wo so ein Gnom angebracht werden soll, einholt. Die ersten Zwerge wurden noch zur kommunistischen Zeit als Graffiti an Hausfassaden gemalt. Die Zwerge er-

schiene erstmals dort, wo die Kommunisten antikommunistische Slogans übermalt hatten und damit quasi leere Felder entstanden. Nach der politischen Wende wurde es erst einmal still um die Zwerge, bis sie 2003 ihr zweites Leben erhielten. Initiator für die Wiedergeburt war Stadtpräsident Dutkiewicz, der auf einer Gedenktafel die Fassaden-Zwerggeschichte verewigen ließ. Begleitet wurde diese Erinnerung ab 2005 durch die ersten plastischen Zwerge von zirka 30 Zentimetern Höhe im Stadtbild. Zwei der Zwerge fanden sogar ihren Weg in Breslau Partnerstadt Dresden. 2014 schenkte Dutkiewicz einen Zwerg, der die Wappen beider Städte trägt, seiner Dresdner Amtskollegin Helma Orosz. Dieser ziert nun den Dresdner Hietzigbrunnen. Mitte Juni 2019 wurde an der Treppe zum Ratskeller am Neuen Rathaus in Dresden ein weiterer Breslauer Zwerg aufgestellt.

Chris W. Wagner

Die Schweinezucht in Pommern

... und ein pommerscher Landwirt im Widerstand

Die Agrarwirtschaft stellte in Pommern stets auch den größten Wirtschaftszweig dar. Bedeutend war die Schweinezucht. 1912 weist die Statistik 1.178.036 Schweine aus. Das Schwein war das liebste Tier der Pommern, sowohl bei den Bauern als auch auf strukturprägenden Gütern.

Das hatte nichts mit menschlicher Liebe zu tun, sondern man orientierte sich am Alltag des Lebens, denn die Investitionen für Stallgebäude und Sommermast waren niedrig, das Fleisch war und ist auch heute noch nahrhaft, schmackhaft und wurde gerne gegessen. Aber wichtig ist folgende Tatsache. Die Pommern waren gute Kartoffel- und Roggenanbauer und hatten mit diesen beiden Kulturen eine ausgezeichnete Futtergrundlage für die Schweinehaltung geschaffen.

Mit den 1,2 Mio. Schweinen zählte Pommern nicht zu den größten deutschen Schweinehaltern, jedoch auf die Fläche bezogen gehörte die Provinz zu den Größten. Das war für die Mehrzahl der Landwirtschaftsbetriebe ein guter Ausgleich zu den nicht überall ertragreichen Ackerflächen.

Die dünne Besiedlung Pommerns (62 Menschen/km²) machte die Provinz zu einem „Überschussproduzenten“. Es wurden mehr Produkte erzeugt, als im Land selbst verbraucht. Daher kommt auch der wohlklingende Name „Kornkammer Deutschlands“. Insbesondere traf das auch für das Schweinefleisch zu und das stimmte bis zum Jahre 1945.

Ein weiteres Standbein der pommerschen Lebensmittelproduktion bildete die ausgeprägte Fischwirtschaft. Die lange Ostseeküste, die Boddengewässer und Binnenseen boten üppige Fischfangmöglichkeiten. Kleinfische, Fischabfälle sowie nicht abgesetzte Fangware berei-

cherten auch das Schweinefutter der Masttiere – nicht gerne statistisch erfasst und propagiert.

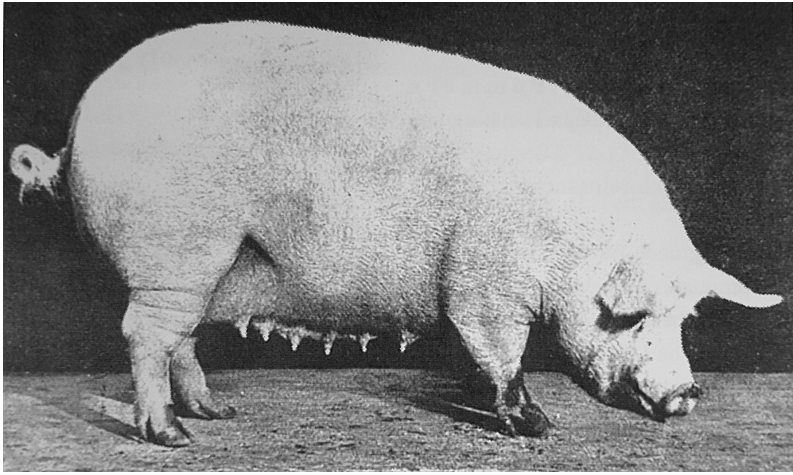
Die Pommern nutzten die Natur und wussten sich immer zu helfen. Wie bereits in einem anderen Artikel publiziert, hatte der Großgrundbesitz das Primat in der pommerschen Landwirtschaft. Ähnlich der Pferdezucht betrieben die grossen Güter die Schweinezucht erfolgreich. Stellvertretend für viele privaten Züchter seien hier genannt: Wilhelm Schley, Neusellin; Zuchtdirektor Johannes Brunnert; Schlange in Schöningen; Niehaus, Sanz bei Greifswald, Zanthier, Pütnitz Kreis Franzburg; Lübken, Wietstock; Möhr, Anklam; F.W. Schnepfer, Erdmannshöhe bei Demmin.

Keine Tiergattung konnte in 100 Jahren eine solche quantitative und qualitative Entwicklung aufweisen wie die der Schweine.

Entwicklung des Schweinebestandes in Deutschland

Jahr	Stück in Mio.
1816	3,6
1853	5,3
1914	20,0

Wie war das möglich? Die Verbreitung der Erkenntnisse der Vererbungslehre, deren Basis durch die Arbeiten von Gregor Mendel und Charles Darwin gelegt wurde, schuf die Möglichkeit, auch beim Schwein die Resultate von Reinzucht und Kreuzungsexperimenten klarer als bisher einzuschätzen. Wegweisende Arbeiten von Julius Kühn und Simon Nathusius in Halle trugen zur Klärung der Bedeutung der Erbanlagen bei. Die Verbreitung dieses neuen Gedankengutes war an Hochschulen, in Fachzeitschriften, Gesellschaften und Vereinen in dieser Periode gekennzeichnet. Auch die Tierschauen der DLG, 1885 gegründet, und die Gründung der Schweinezüchter-Vereinigungen brachten gemeinsam mit den neugegründeten



Mutter „695“ des Edelschweinebers „Fürst 1584“, Begründer der Edelschweinezucht. Züchter Schlange, Schöningen

Landwirtschaftskammern eine gewisse Ordnung und Kenntnisse in das frühere Zuchtdurcheinander. Als völlig neues Zuchtprodukt erschien das „Deutsche Edelschwein“ (DE). Und die pommerschen Züchter standen dieser Bewegung nicht

arbeit von Wissenschaft und Praxis und hat seit der Jahrhundertwende große Fortschritte erfahren.

Das „Deutsche Edelschwein“, sprachgebräuchlich nur noch „Edelschwein“ genannt, ist auch heute noch wegen der guten Fleischqua-



Das ehemalige Gutshaus der Familie Schlange in Schöningen, heute Kamieniec, in Westpommern. Es fungiert heute als Kulturhaus

abwartend sondern mitgestaltend in vorderster Linie gegenüber.

Die positive Entwicklung der Schweinezucht in Pommern war das Ergebnis der guten Zusammen-

mität zum Führungstier geworden. Die deutschen Ballungszentren und auch der Raum Berlin konnten mit dem „DE“ versorgt werden. Aus jener Zeit resultierte der in

Berlin geprägte Ausspruch „Pommersches Karbonadschwein“. Dieser Ausspruch stand für Qualität in ganz Deutschland und führte zurück auf den Stammeber „Fürst“ St.Pm 1584, auf den noch nach dem 2. Weltkrieg 80 % aller aktiven deutschen Zuchteber dieser Rasse basierten. Leider ist ein Bild des Ebers „Fürst“ nicht auffindbar.

Der bekannte Gutsbesitzer und Agrarpolitiker Hans Schlange-Schöningen, Kreis Randow, hatte sich als führender Züchter dieser Rasse und des Ebers „Fürst“ an die Spitze der deutschen Schweinezucht gearbeitet. Der Pommern-Eber „Fürst“ aus Schöningen (Kamieniec) war das Leittier der deutschen Schweinezucht – gleichbedeutend mit dem Hengst „Tempehlüter“ der Trakehner Pferdezucht. Darauf können die Pommern stolz sein.

In Deutschland werden heute in 40.000 Betrieben 27,0 Mio. Schweine gehalten. Die ökologische Schweinehaltung mit 250.000 Tieren (0,93%) beginnt Bedeutung zu erlangen. Trotz der veganen Ernährungspublizierung werden derzeit 36 kg Schweinefleisch je Einwohner und Jahr verzehrt. 60% davon gehen auf die Rasse „Edelschwein“ zurück.

Deutschland produziert mehr Schweinefleisch als es verbraucht. Das Beste vom Schwein essen die Deutschen selbst. Das Andere (Fett, Köpfe usw.) wird exportiert. Heute zählt die BRD zu den vier größten Schweinehaltern der Welt.

Erinnert werden soll an Hans Schlange-Schöningen, Pommern, (1886-1960), nach altem agrarischen Brauch nach seinem Besitz Schlange-Schöningen genannt, geboren am 17. November 1886 auf dem Gut Schöningen in Pommern. Er studierte in Greifswald und Berlin einige Semester Landwirtschaft und übernahm nach dem I. Welt-

krieg, aus dem er als Rittmeister d. R. heimkehrte, das elterliche Gut von 750 ha. Er verstand es ausgezeichnet, die Aufgaben des praktischen Gutsbesitzers mit denen eines Agrarpolitikers zu verbinden. Er war Abgeordneter des Preussischen Landtages und des Deutschen Reichstages.

Neben der Ämterhäufung auf Provinz- und Reichsebene, in der Zeit der größten Not der Landwirtschaft des Ostens und vornehmlich Ostpreußens, verwaltete Schlange das schwierige und kritikanfällige Amt als Reichsminister ohne Geschäftsbereich, die „Osthilfe“ für die Landwirtschaft von 1930 bis 1931. 1930 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin. Von 1933 bis 1945 betätigte sich Schlange als praktischer Landwirt. Am 30.6.1934 entging er einem Hinrichtungskommando der SS, das im Gefolge des „Röhm-Putsches“ Jagd auf Repräsentanten der Weimarer Zeit machte. Während des Krieges kam es zur Kontaktaufnahme zu Helmut James Graf Moltke und weiteren Oppositionellen. Unmittelbar nach dem Hitler-Sturz sollte er Landverweser für Pommern und danach Ernährungsminister werden.

Sofort nach dem Ende der Hitlerdiktatur wurde er zum Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ernannt, nachdem er bereits zuvor das Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft der britischen Zone geleitet hatte. Ab 1949 arbeitete Schlange als Generalkonsul und deutscher Botschafter in England. Er starb am 20. Juli 1960 in Godesberg.

Gerhard Fischer, Rostock
Tel.0381-4000554

Quellen: Ottfried Weiher und Christoph Langner, Tierzucht in Vorpommern, Steffen GmbH, 17098 Friedland, 2012; Ausstellungskatalog: Tierzucht in Pommern, Kiel 1996; Gerhard Fischer: Landwirte im Widerstand 1933-1945; deutschlandfunkkultur.de/schweineproduktion; Prof.Dr. O.Weiher.

Das Katharineum in Lübeck

Von 1967 bis 2016 bestand eine Patenschaft zweier traditionsreicher Schulen in Lübeck und Stettin

Anlässlich der Tagung des Historischen Arbeitskreises Stettin (Hast) am 28. Mai 2019 im Hotel Victoria, würdigte Dr. Hermann Manzke die bis 2016 bestandene Patenschaft der Stettiner Marienstiftler zum Katharineum zu Lübeck. Die mit zahlreichen Bildern versehene Präsentation wurde von Anna Bi-alecka aus Kleckowo früher Hökendorf, unterstützt.

Sichtbare Zeichen der Verbindung nach Stettin sind zwei kunstvolle farbige Glasfenster. Der vollständige Text darunter lautet:

Ihrer Patenschule dem Katharineum in Lübeck gestiftet zum 450. Jubiläum im Jahre 1981 von der Vereinigung ehemaliger Schüler/Lehrer und Freunde des Marienstifts-Gymnasium zu Stettin.

Entwurf: Wilhelm Schmidt, Studiendirektor a.D. am Katharineum. Ausgeführt: Glaswerkstätten Berkentien, Fotografie: Christiane Biermann, Oberstudienrätin a.D. am Katharineum, Tutorin der Marienstiftler 2000-2007. Katharineum zu Lübeck und Marienstiftsgymnasium zu Stettin.

Professor Dr. Hermann Manzke lässt in seinem Vortrag die langjährige (1967 – 2016) Patenschaft zweier traditionsreicher Schulen

Revue passieren. – Der Begriff Patenschaft wurde früher einseitig im Sinne einer Fürsorgepflicht für ein Kind gebraucht. Nach dem zweiten Weltkrieg erweiterte sich der Begriff, und aus der einseitigen Beziehung der beiden Abhängigen entwickelte sich ein partnerschaftliches Verhältnis und darüber hinaus eine Freundschaft auf gleicher Ebene. Spezielle Patenschaften bildeten sich in diesem Sinn zwischen ostdeutschen und westdeutschen Ländern, Kreisen, Städten und kulturellen Verbindungen, wie zum Beispiel unter Schulen gleicher Herkunft. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Patenschaft zwischen dem Katharineum zu Lübeck und dem Marienstiftsgymnasium zu Stettin. Sie beruht auf gleichen Entstehungswurzeln der beiden Schulen, ähnlichen Unterrichtskonzepten bis zum Katastrophenjahr 1945 und freundschaftlichen Beziehungen, die sich in den Folgejahren entwickelten. Trotz der günstigen Bedingungen – Lübeck ist die Patenstadt von Stettin – bahnte sich die Patenschaft zwischen dem Katharineum und dem Marienstiftsgymnasium relativ spät an. Anlässlich des 425-jährigen Geburtstages des Marienstiftsgymnasiums beging die Vereinigung ehemaliger Schüler der traditi-



Eins der Glasfenster in Lübeck, erschaffen 1981 zum 450. Jubiläum.

onsreichen Schule, die sich einst aus der Domschule der im Jahr 1789 durch Blitzschlag zerstörten Marienkirche entwickelt hatte, offiziell die Patenschaftsübernahme in einer würdigen Feier in der Aula des Katharineums. Ein Höhepunkt der Festveranstaltung war die Enthüllung eines farbigen Glasfensters mit der Darstellung der stehenden Maria mit der Krone auf dem Kopf und dem Jesuskind auf dem Arm als Geschenk an das Katharineum. 25 Jahre später stifteten die Marienstiftler dem Katharineum ein zweites buntes Fenster für die Aula zum 450. Jubiläum des Bestehens im Jahr 1981. Es stellt Johannes Bugenhagen, den Doctor Pomeranus, Catharinensis-Fundator und Reformator Lubecensis dar. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die 10 Jahre früher in Lübeck stattgefundene Säkularisation der Klosterschule als die der Domschule in Stettin. Grund dafür war die nur zögerlich von den pommerschen Herzögen angenommene Glaubenslehre Luthers. Entsprechend der von Bugenhagen neu entworfenen Schulordnung entwickelten in der Folgezeit das Katharineum und das Marienstiftsgymnasium nahezu gleiche Lehrpläne. Beeinflusst durch die Bildungsre-

form von Wilhelm von Humboldt fühlten sich beide Bildungseinrichtungen später dem Programm des Neuhumanismus verpflichtet, insbesondere der Lehre der alten Sprachen Latein und Griechisch. Aber auch die naturwissenschaftlichen und musischen Fächer standen im Mittelpunkt der Wissensvermittlung. Mit Lob und Nachdruck ist hervorzuheben, dass alle Direktoren und die von ihnen beauftragten Tutoren während des 50-jährigen Bestehens der Vereinigung der ehemaligen Marienstiftler ihre Aufgabe vorbildlich wahrgenommen haben. Stets waren die Marienstiftler willkommene Gäste im Katharineum. Die Zahl der Mitglieder der Vereinigung betrug maximal 450 registrierte ehemalige Schüler und Lehrer. Im Abstand von zwei Jahren fanden zumeist im Refektorium des Katharineums gemeinsame Veranstaltungen mit Vorträgen und Musikbeiträgen statt. Als Mäzene stifteten die Marienstiftler einen Großteil der Gelder für eine Umgestaltung des Refektoriums zu einem vorbildlichen Vortrags- und Musikraum. Auf ihren Wunsch hin wurde dieser nach dem berühmten Balladen-Komponisten Carl Loewe benannt, der während seiner 46-jährigen Tätigkeit als

städtischer Musikdirektor in Stettin zugleich Organist an der Jakobikirche und Lehrer am Marienstiftsgymnasium gewesen war. Etwa alle zwei Jahre fanden in diesem festlichen Raum Freundschafstreffen der Marienstiftler mit den Katharineern statt, bei denen das Schulorchester mitwirkte. In Vorträgen und durch Schulbegehungen erfuhren sie, welche Veränderungen in dieser Zeit auch ihre Schule in Stettin erfahren hätte.

Der Marienstiftler-Preis, welcher jedes Jahr bei der Entlassungsfeier an ein oder zwei Abiturienten/innen verliehen wird, die sich während ihrer Schulzeit auf musikischem Gebiet hervorgetan haben, wird über viele Jahre noch an die Patenschaft erinnern. Das Geld hierfür wurde nach der altersphysiologisch bedingten Auflösung der Marienstiftler-Vereinigung dem Bund der Freunde des Katharineums zur Verfügung gestellt.

So konnte bei der Abiturentlassungsfeier des Katharineums zu Lübeck am 15. Juni 2019 in der Katharinenkirche der Preis der Marienstiftler wieder verliehen werden.

Brigitte Kleszczewski

Bei dem bequemen Fährservice für Zuwanderer kann von »Rettung« keine Rede sein

Zu: Weder Recht noch Moral (Nr. 27)

In unseren Medien habe ich bislang nur Lobeshymnen auf die „Heldin“ Carola Rackete vernommen. Angesichts einer humanitären Krise in Europa sei sie ihrem moralischen Kompass gefolgt, habe Gewissensstärke bewiesen und einen Akt der Humanität vollbracht. Das ist der einseitige Standpunkt der Gutmenschen, der andere Meinungen in dieser Sache ausschließt. Das Treiben von Frau Rackete lässt sich freilich auch ganz anders bewerten.

Teure »Rettung«

Zu: Weder Recht noch Moral (Nr. 27)

Es ist einfach nicht nachvollziehbar, wie hier kriminelle Schleuserbanden wie „Sea-Watch 3“ und andere ihr Unwesen treiben und von staatlicher Seite sogar Unterstützung finden. Generell ist bekannt: Wer sich in Gefahr bringt, kommt darin um. Typen wie Carola Rackete können die Wirtschaftsflüchtlinge schon retten, aber, man soll diese „Flüchtlinge“ gefälligst dahin zurückbringen, von wo sie gestartet sind, nämlich nach Libyen.

Es ist doch komisch: Wieso werden diese „Fachleute“ nicht nach Tunesien oder Marokko gebracht? Ich hätte noch Verständnis dafür, wenn die sogenannten „Retter“ für die Kosten der „Flüchtlinge“ danach auch aufkommen würden. Tatsache ist: Alles will nach Europa beziehungsweise Deutschland, wo der Steuerzahler die enormen Kosten aufgebürdet bekommt.

Diese kriminellen Schleuser gehören ins Gefängnis, und ihre „Rettungsarmadas“ sollten konfisziert werden. Während US-Präsident Trump Massenausweisungen vorbereitet, praktiziert Europa beziehungsweise Deutschland genau das Gegenteil. Diese Flüchtlingspolitik unserer Regierung wird Deutschland in absehbarer Zeit sowohl in finanzieller wie in politischer Hinsicht noch teuer um die Ohren fliegen.

Wolfgang Rohde, Sigmaringen

Wähler verloren

Zu: Das „kleine Superwahljahr“ beginnt (Nr. 21)

Früher war einmal die ältere Generation, die Rentner und Kriegerwitwen, die treusten Anhänger der CDU. Sie müssen sich heute andere Parteien für ihre Wahlentscheidung suchen. Und woran liegt das?

Döring-Ernst v. Gotthberg, Kiel

Matteo Salvini ist keineswegs ein Unmensch, sondern ein Mann, der sein Land liebt und es schützen will. Die Italiener haben seitens der Migranten Mord, Raub und Vergewaltigung erfahren. Sie sind das alles gründlich leid und stehen daher mehrheitlich hinter Salvini. Es ist dessen Recht und Pflicht, weiteren Schaden von seinem Land abzuwenden.

Italien soll nicht zu einem Reich der Gewalt und der Angst verkommen. Darin unterscheidet sich Salvini positiv von Frau Merkel und Anhang, die Mörder und Vergewaltiger ins Land gelockt

haben, wie unlängst ein seriöses Wochenblatt feststellte.

Die sogenannten Flüchtlinge sind bekanntlich zu 97 Prozent Wohlstandssucher, die ernten wollen, wo sie nicht gesät haben. Sie bringen in der Regel nichts mit als ihre Armut und ihre Unbildung, werden also nie etwas zur Wohlfahrt und zum Fortschritt des Aufnahmelandes beitragen.

Zwar faseln unsere Gutmenschen ständig von der Bereicherung durch diese „Goldstücke“, doch konnten mir bislang weder Politiker noch Journalisten erklären, welche Bereicherung deut-

sche Frauen in jener Neujahrsnacht 2015/2016 in Köln erfahren haben oder wo der Gewinn der Frauen liegt, die von ganzen Banden von Migranten vergewaltigt wurden oder welchen Vorteil für Europa die Massaker in Nizza, Paris, Berlin und London brachten.

Die „Flüchtlingsrettung“ lässt sich noch viel kritischer betrachten: Die Bevölkerungsexplosion im Orient und in Afrika ist so gewaltig, dass unsere Ressourcen in Europa bereits jetzt nicht reichen. Die Zuwanderer beanspruchen den ohnehin knappen preisgünstigen Wohnraum, sie drücken auf

dem Arbeitsmarkt die Löhne von weniger qualifizierten Einheimischen, sie bewirken einen spürbaren Verlust an Sicherheit, Kultur, Identität und Zusammenhalt. Auf Dauer machen sie uns zur Minderheit im eigenen Land, und vor allem kostet die Migration mehr als 50 Milliarden Euro jährlich, die uns in allen Bereichen bitter fehlen.

Ein letztes Wort zum Begriff der „Menschen in Seenot“. Wer bei vollem Verstand mit einem Schlauchboot oder einem Seelenverkäufer auf das gefährliche Mittelmeer hinausfährt, ist ein

potenzieller Selbstmörder. Mit gleichen Überlebenschancen kann man auch vom Dach des Empire-State-Buildings springen. Diese Todesfahrten erfolgen doch nur, weil die Migranten erwarten, vom Fährservice einer Carola Rackete aufgesammelt zu werden.

Warum übrigens setzen die Menschenfreunde ihre Geretteten nicht gleich wieder an der nahen afrikanischen Küste ab? Zumindest aber sollten die Retter für die Folgekosten ihrer Heldentaten finanziell uneingeschränkt herangezogen werden. **Adolf Frerk, Geldern**

Propaganda wirkt

Zum Leserbrief: Darf deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden? (Nr. 23)

Zur Beantwortung der Frage, ob deutschen Wehrmachtssoldaten gedankt werden darf, ist entscheidend, die politischen Vorgänge vor dem Zweiten Weltkrieg zu kennen. Welche Politiker welcher Staaten haben was initiiert, unternommen, unterlassen vor dem ersten Schuss?

Nach der Lektüre (einschlägiger Literatur zum Thema, d. Red.) wird jedem klar, dem Wahrhaftigkeit, Quellenbasiertheit und Belegbarkeit entscheidende Glaubwürdigkeitskriterien sind, dass die historischen Tatsachen – die Aktivitäten der maßgebenden Politiker Polens, Großbritanniens, Frankreichs und der USA – gravierend abweichen von dem, was den Deutschen nach 1945 als Wahrheit von den Siegermächten eingeschärft wurde. Dieses Propagandagespinnst wirkt fortlaufend und wird von den deutschen Vielfältigern unkritisch bis perfide weitergesponnen zu einem Dschungel an Lügen und Scheintatsachen.

Die Propagandatrommler sind zu verachten; die Propagandagläubigen zu bedauern; deutschen Wehrmachtssoldaten ist zu danken. **Dr. Wolf-P. Bredenberg, Carpin**

Auf ewig Christ

Zu: Christen bald Minderheit (Nr. 24)

In dem Artikel ist Ihnen meines Erachtens ein Definitionsfehler unterlaufen. Wer in einer christlichen Kirche getauft wurde, ist Christ und Kirchenmitglied. Sollte er später aus der Kirche austreten, ist er zwar kein Kirchenmitglied mehr, bleibt aber Christ. Man kann nämlich sehr gut Christ sein, ohne einer der beiden großen christlichen Kirchen anzugehören. **Michael Weber, Harrislee**



Von Freunden der Willkommenskultur wie eine Heldin gefeiert: Demonstration für die Sea-Watch-Aktivistin Claudia Rackete Bild: pa

Falsche Signale ausgesendet

Zu: Weder Recht noch Moral (Nr. 27)

Die Kapitänin hat die Flüchtlinge nicht gerettet, sondern aufgenommen und weitertransportiert. Die Migranten begeben sich selbstständig in Boote, welche nicht hochseetüchtig sind und über keine eigenen Rettungsboote verfügen. Sie handeln also grob fahrlässig.

Die Bootsflüchtlinge verlassen sich lieber auf Zusagen der Schlepper (gefährlich, aber wird schon gut gehen) und schieben ihre Bedenken beiseite, als dass sie umkehren. Tausende haben es tatsächlich geschafft. Tausende sind aber auch ertrunken.

Bevor sich Asylsuchende nach Europa aufmachen, verkaufen sie in der Regel all ihr Hab und Gut, um die Schlepper bezahlen zu

können. Wenn es sich in der Szene aber herumspricht, dass Seenotretter schiffbrüchige Flüchtlinge wieder an die nordafrikanische Küste zurückbringen und das Mittelmeer quasi geschlossen ist, wird sich der Flüchtlingsstrom von alleine einstellen.

Zwei Siege mit einem Streich. Erstens wird ein Flüchtlingsstopp erreicht und zweitens wird den Schleppern ihre Einnahmequelle ausgetrocknet.

Frau Rackete hat großes Glück gehabt, dass sie trotz ihrer Straftaten freikam. Ideologie darf nicht über Recht stehen, zumal im subsaharischen Afrika Millionen Migranten sich auf den Weg nach Europa machen wollen. Frau Rackete und deutsche Spitzenpolitiker haben die falschen Signale ausgesendet. **Edgar Klüppelberg, Neuss**

Nichts als Sprücheklopfer

Zu: Weder Recht noch Moral (Nr. 27)

In unserem eigenen Land bekommen wir fast nichts mehr geregelt. Aber anderen Staaten, in diesem Fall also Italien, schreiben wir vor, wie sie sich verhalten sollen. Deutschland gehörte und gehört maßgeblich zu den Staaten in Europa, die schon lange vor 2015 auch Italien mit dem Flüchtlingsproblem alleingelassen haben. Man hat sich dabei hinter Gesetzen verschanzt. So eine Art Reinwaschung hat jedoch weder Italien noch Europa geholfen.

Was hätte eigentlich Deutschland an Italiens Stelle gemacht? Hurra gerufen? Nein. Eine einheitliche Regelung für Europa in Sachen „Seeflüchtlinge“ wird es nicht geben. Und Deutschland wird es auf Dauer nicht schaffen,

das Aufnahmeland Nr. 1 in Europa zu sein. Wir werden daran bankrottgehen. Es wird Staaten geben, die hinter vorgehaltener Hand jubeln.

Die sogenannten „Seenotretter“ dürfen nicht das Recht für Moral aushebeln. Jeder, der heute für die „Seenotretter“ auf die Straße geht, soll dafür einen Flüchtling aufnehmen und ihn rund um die Uhr betreuen.

Aber das geschieht nicht. Diese Menschen sprechen immer nur von „man müsste, man sollte, man könnte“. Aber das reicht nicht. Das ist wie mit dem Öko-Strom: Jene sind gegen Atomstrom und gegen Kohlestrom, aber für Windkraft. Diese jedoch nicht vor ihrer eigenen Haustür. Sprücheklopfer können wir in Deutschland nicht gebrauchen. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Wie in der DDR das Preußenbild gepflegt wurde

Zu: Übungen in Schwarz-Rot-Gold (Nr. 24)

Ein sehr interessanter Beitrag zu Turnvater Jahn. Ich möchte den Autor korrigieren: Jahn wurde nicht in Lanz *an* der Prignitz, sondern in Lanz *in* der Prignitz, dem nordwestlichsten Teil des Landes Brandenburg, als Preuße geboren. Hervorzuheben sind seine Bestrebungen der patriotischen Erziehung der Jugend, zu Heimatliebe und Dienst am Vaterland, Kategorien, die in der heutigen multikulturellen Gesellschaft kaum mehr eine Rolle spielen.

Als langjährige Einwohner dieses Landkreises haben wir schon in der DDR sein Erbe gepflegt, Schulen, Sportvereine und Straßen trugen seinen Namen. Für mich als Angehörigen der NVA der DDR war die Pflege progressiver preußischer Traditionen ein Bestandteil der Erziehung zur

Pflichterfüllung und zum Patriotismus.

Eine Vielzahl von Kasernen und Truppenteilen trugen Namen preußischer Offiziere, besonders der napoleonischen Befreiungskriege, der revolutionären Erhebungen von 1848/49 in Süddeutschland und patriotischer Schriftsteller dieser Zeit. Adolf von Lützow, Ferdinand von Schill, Ernst Moritz Arndt, Lebrecht von Blücher, August Willich und Johann Philipp Becker sind dazu beispielgebend.

Befremdlich für mich sind Diskussionen um die Aberkennung des Namens „Ernst-Moritz-Arndt-Universität“ in Greifswald wegen antisemitischer Äußerungen in seinen über 200 Jahre alten Schriften. Die Namensgebung erfolgte übrigens durch die Regierung der DDR.

Als junger Offizier diente ich in Dömitz in der „Theodor-Körner-

Kaserne“, die den Namen eines Offiziers des Lützowschen Freikorps trug. An dessen Grab unter einer uralten Eiche im mecklenburgischen Wöbbelin nahm ich mit meinen Soldaten jährlich an der Gedenkveranstaltung des Ortes teil. Meinen Dienst beendete ich 1990 in einem Verband, der den Namen des großen preußischen Militärtheoretikers Carl von Clausewitz trug.

Vielfach wurde unsere Armee als sowjetische Satellitenarmee bezeichnet, aber neben der ideologischen Ausrichtung dieses kleinen deutschen Staates war die Heraushebung des nationalen Charakters ein herausragendes Kennzeichen. Traditionen Preußens und deutscher Armeen waren unübersehbar. Die traditionelle feldgraue Uniform unserer Großväter und Väter, deutsche Dienstvorschriften, militärische Traditionen wie der Große Zap-

fenstreich – der Stahlhelm war ein 1943 entworfenes, nicht mehr eingeführtes Modell der Wehrmacht – sind Beispiele.

Die höchsten Orden trugen die Namen der bekannten preußischen Generäle, der Scharnhorstorden und der Blücherorden, letzterer in Kreuzform. Begierig lasen wir Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre die Biografie Friedrichs des Großen von Ingrid Mitzenzwei und die Bismarck-Biografie von Ernst Engelberg. Das Werk von Clausewitz „Vom Kriege“ und Schriften Moltkes zu den Kriegen 1866 und 1870/71 waren Studien Grundlagen unserer akademischen Ausbildung als Offiziere.

1980 kam der „Alte Fritz“ aus seiner Verbannung zurück und ritt wieder auf seinem Standbild „Unter den Linden“. Wir Soldaten der 60er Jahre waren Söhne der überlebenden, vielfach gezeichneten Soldaten des Zweiten Welt-

krieges, ihr Vermächtnis trugen wir unsichtbar in uns. So kämpften die Angehörigen meiner Familie in der Ostpreußischen 1. Infanteriedivision und der Schlesischen 18. Infanteriedivision, beide gingen im Winter und Frühjahr 1945 bei der Verteidigung Ostpreußens unter.

Kein deutscher Staat kommt daran vorbei, ideologisch Gedanken zu seiner Geschichte und seinem Traditionsverständnis zu formulieren. Für uns waren dies auch das Verständnis von Heimat und Vaterland, Pflichterfüllung, Selbstdisziplin und Verantwortung. Kant hatte dies als das „mo-

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Hölzerner Wallfahrtsort

Die Stabkirche Wang im Riesengebirge – Preußens König machte 40 000 Taler locker, um sie aus Norwegen zu holen

Zu Füßen der Schneekoppe liegt im Riesengebirge eine norwegische Stabholzkirche. Ein preußischer König und eine Gräfin ließen sie vor 175 Jahren vom hohen Norden dorthin versetzen.

Stabkirchen wurden ab dem 11. Jahrhundert parallel zur erfolgreichen Christianisierung als einfache Saalkirchen, Mittelmast- sowie Mehrmastkirchen mit einer Hochsäulenkonstruktion im Inneren erbaut. Sie gelten als Relikte des Mittelalters in der Tradition der Holzbautechnik der Wikinger. Von den rund 750 ursprünglich in Norwegen verbreiteten Stabkirchen mit vielen heidnischen Schmuckelementen wie Odindarstellungen und Drachenköpfen blieben bis heute noch 30 historische Objekte erhalten. Davon 28 im Land der Nordmänner.

Zwei Stabkirchen gelangten nach Abbau und Verkauf ins Ausland. Größere Bekanntheit erlangte dabei die Kirche aus dem süd-norwegischen Ort Vang – bei den Preußen „Wang“ geschrieben –, zumal sich für ihre Versetzung nach Deutschland drei prominente Persönlichkeiten engagierten. Das waren Johann Christian Clausen Dahl, der bedeutendste norwegische Landschaftsmaler, der in Dresden als Kunstprofessor fungierte, König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und Friederike Gräfin von Reden, die Frau des preußischen Ministers für das Berg- und Hüttenwesen.

Dahl wollte, als er von den Neubauplänen in Vang erfuhr, die abgebaute Altkirche nach Deutschland holen und kaufte sie 1840 für wenig Geld. Doch die Überführungskosten überstiegen seine Möglichkeiten. Deshalb bot er die norwegische Besonderheit dem Preußenkönig an, der wegen sei-

ner Kirchenverbundenheit und seines Kunstsinns bekannt war.

Friedrich Wilhelm IV. übernahm die Überführungskosten, bestimmte als neuen Standort des norwegischen Kirchenoriginals die Pfaueninsel in Berlin-Wannsee, einem damaligen Refugium der Hohenzollern und seit 1990

Der König selbst schätzte die Hirschberger Talidylle sehr und fand im benachbarten Schloss in der Gräfin von Reden eine Gesinnungsfreundin. Die Gräfin war von der königlichen Absicht der Überführung der Stabkirche begeistert. Doch als Standort favorisierte sie eine andere Umgebung

Eisenbach und Tochter eines Generals, der als Kommandeur der braunschweigischen Truppen im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg auf englischer Seite gekämpft hatte. Als Ehefrau des um 22 Jahre älteren preußischen Oberberghauptmanns Friedrich Wilhelm von Reden lebte die

zollern. Alle besaßen Schlösser in dieser reizvollen Landschaft.

Nach dem frühen Tod ihres Mannes 1815, der zuletzt als preußischer Minister fungiert hatte, widmete sich die Reden-Witwe einem breiten Aufgabenspektrum. Das reichte von der Entwicklung der Buchwalder Bibelgesellschaft

Stabkirche aus Vang als Gotteshaus für die Riesengebirgsdörfer unterhalb der nahen Schneekoppe. Bei alledem nutzte sie ihre freundschaftlichen Kontakte zum Prinzen und dann – ab 1840 – König Friedrich Wilhelm IV.

Mit Erfolg. Sie machte dem König klar, dass die Stabkirche zwar den Reiz der Pfaueninsel erhöhen würde, aber in den benachbarten Dörfern für die Gläubigen notwendiger war.

Die schon von Bergen in Norwegen über Stettin in Pommern nach Berlin verschifften Kirchenteile wurden nun auf Weisung des Königs in das Hirschberger Tal gebracht. Mehr noch. Friedrich Wilhelm IV. stellte für das Projekt 40 000 Taler zur Verfügung. Die Gräfin überzeugte die Familie von Schaffgotsch zur Bereitstellung eines Grundstücks für die Kirche, überwachte die Überführung und dann den Wiederaufbau unter Leitung des Baumeisters Hamann.

Am 28. Juli 1844 fand in Anwesenheit des Königs die Weihe der Stabkirche am neuen Standort statt. Dazu gesellten sich dann noch ein fester Turm, ein Pfarrhaus und ein Schulgebäude für die Kinder der Gläubigen. Diese Zusatzbauten musste August Stüler, der Stararchitekt Friedrich Wilhelms IV., errichten.

Als die wegen ihrer sozialen Wohltaten „Mutter des Hirschberger Tals“ genannte Gräfin 1854 starb, ließ der König nahe der Stabkirche für sie ein Denkmal errichten. Heute gehört für alle Reisegruppen nach Schlesien und ins Hirschberger Tal auch ein Besuch der Stabkirche von Brücken-berg, das heute ein Ortsteil von Krummhübel ist, zum Programm. Sie gedieh inzwischen zum sprichwörtlichen Wallfahrtsort.

Martin Stolzenau



Um ein Haar hätte man sie am Berliner Wannsee aufgestellt: Stabkirche Wang in Brücken-berg

Bild: Uzytkownik3008

Ein großer Schritt

Ausstellung in Peenemünde und den USA zum »Apollo«-Jahrestag

Am 21. Juli 1969 um 3.56 Uhr MEZ betraten die ersten Menschen den Mond, Neil Armstrong und Edwin „Buzz“ Aldrin. 400 000 Menschen waren an dem Weltraumprojekt beteiligt, darunter viele deutsche Raketeningenieure.

Die Grundlagen für das welthistorische Ereignis wurden in der Raketenstadt Peenemünde auf der Insel Usedom gelegt. Einem Areal mit Forschungseinrichtungen, Prüfständen, Abschussbasen, Fabriken, Kraftwerken und einer eigenen Siedlung für Ingenieure und Techniker. Hier wurde am 3. Oktober 1942 die erste testreife Rakete gestartet. Sie flog 85 Kilometer hoch und streifte den Rand des Weltalls. Das Raumschiff war geboren. Von der Wiege der Raumfahrt haben sich bis heute außer Siedlungshäusern einzig das Heizkraftwerk und marginale Überreste und Ruinen erhalten.

Vollendet wurde der Mondreisentraum des aus der Provinz Posen stammenden Wernher von Braun mit dem Apollo-Programm im Marshall Space Center von Huntsville, Alabama. In der Rocket City findet man heute mit dem U.S. Space & Rocket Center das größte Raumfahrtmuseum der Welt – komplett mit zahlreichen Exponaten von der 111 Meter hohen Saturn-V-Rakete bis zur Mondfähre und zu Originalgestein vom Erdtrabanten. Zum Jubiläum läuft noch bis zum 19. Dezember die Sonderausstellung „Apollo: When We Went to the Moon“, bei der täglich die Mondlandung nachgestellt wird.

Über den Tennessee River in Nordalabama, weiter auf dem Ohio River und Mississippi wurden die riesigen Raketenteile aus Huntsville erst in den Golf von Mexiko verfrachtet und dann an Floridas Küste entlang weiter nach Cape Canaveral. Bis heute ist Huntsville ein Zentrum des Raketenbaus geblieben. Das U.S. Space & Rocket Center dokumentiert das gesamte Raumfahrtpro-

gramm der USA, so auch die ersten amerikanischen Missionen nach dem „Sputnik-Schock“ 1957, als die Sowjetunion erstmals einen Satelliten ins Weltall schickte, und das Space Shuttle-Programm.



In Peenemünde ausgestellt: Relikte der Astronauten

Sitzes der Mondlandefähre, die während der Apollo-11-Mission tatsächlich auf dem Mond war, oder Bruchstücke der beim Start explodierten russischen Mondrakete N1.

Unter den Exponaten befinden sich eine originale Armlehne des

Helga Schnenhagen

Info im Internet: www.alabama-usa.net; www.museum-peenemünde.de; Historische Rundfahrten durch das Peenemünder Testgebiet, das heute Sperrgebiet ist, sind buchbar unter www.peenemuende-west.de

Wo reiten sie denn?

Das Trakehner-Bundesturnier in Hannover

Vom 25. bis 28. Juli wird Hannover zur Trakehner-Hauptstadt. Beim 15. Bundesturniertag im Reiterstadion der niedersächsischen Landeshauptstadt werden mehr als 50 Prüfungen für die edlen Sportpferde mit dem Elchschaufelbrand geboten.

Die Veranstaltung hat für alle Alters- und Leistungsklassen etwas zu bieten: von den Reitpferdechampionaten bis zu schweren

am Abreiteplatz und am Rande von Parours und Vierecken. Das Rahmenprogramm für Reiter und Begleiter, Züchter und alle Pferdefreunde ist längst Bestandteil des Pferdefestes. Ein Freiluft-Kino für Jungzüchter und Nachwuchstreiter sowie alle, die am Donnerstagabend schon vor Ort sind, bildet dabei den Auftakt. Am Freitag steht am Nachmittag die erste Präsentation der Auktionsfohlen



Springchampion 2018: Hengst Tecumseh unter Fabian Lipsky

Dressurprüfungen, von Juniorenprüfungen in den Klassen E und A bis zu Geländepferdeprüfungen mit Bundeschampionatsqualifikationen, von den beliebten Mannschaftswettkämpfen der Zuchtbezirke bis zum schweren S-Springen. Dieses einzigartige Turnier bietet Profis, Amateuren und Nachwuchstreitern diverse Startmöglichkeiten – und mit etwas Glück stattliche Gewinn Gelder.

Dazu kommt das besondere Trakehner-Flair in den Stallzelten,

an, und am Abend darf beim Sommerfest im Festzelt gefeiert werden. Am 27. Juli bezaubern die elitären Auktionsfohlen in einer kleinen Revue, bevor um 19.30 Uhr die Fohlenauktion beginnt. Das Bundesturnier soll auch Lust machen auf den 57. Trakehner Hengstmarkt, der in Neumünster dieses Mal erstmals im November (7. bis 10.11.) stattfindet. H. Tews

Weitere Infos im Internet unter: www.trakehner-verband.de

Kein Mitleid, wenn sie heulen

Urlauber an der Nord- und Ostseeküste können derzeit mit etwas Glück Seehunde in ihrem natürlichen Lebensraum beobachten. Noch bis August säugen die Tiere ihren Nachwuchs auf Sandbänken. Der Deutsche Jagdverband empfiehlt dringend, einen Mindestabstand von 300 Metern einzuhalten: Fühlen sich die Tiere gestört, kann es sein, dass Mutter- und Jungtier getrennt werden. Das kann fatale Folgen haben. Die kleinen Robben müssen alle paar Stunden gesäugt werden, sonst verhungern sie.

Abstand halten gilt auch beim Auffinden vermeintlich verlassener Jungtiere, die nach ihrer Mutter rufen. Manchmal befindet sich diese in der Nähe auf Futtersuche im Wasser. Oder sie hat ihren Nachwuchs nur zum Säugen auf der Sandbank abgelegt. Falsch verstandene Tierliebe kann Seehundjunge zu verwaisten Heulern machen: Menschen sollten das Tier keinesfalls anfassen, da die Mutter es dann wahrscheinlich nicht mehr annimmt.

Urlauber sollten Heuler daher aus sicherer Entfernung beobachten und im Zweifelsfall die nächste Seehundstation anrufen. Schleswig-Holstein hat für 2018 mit 4500 Seehund-Geburten in freier Natur einen Rekord verzeichnet – ein Plus von mehr als elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. In Niedersachsen waren die Zählergebnisse rückläufig: Knapp 2160 Jungtiere bedeuten ein Minus von rund 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zuletzt hat man im niederländisch-deutsch-dänischen Wattenmeer 6500 Robben gezählt. H. Tews

Politik aus nächster Nähe betrachtet

Eine Erfahrung aus dem politischen Milieu hat Günter Bannas am Ende mitgenommen: „Die härtesten Kämpfe finden innerhalb der Parteien statt und nicht etwa im Konflikt mit dem sogenannten politischen Gegner... Darum gilt in der Politik die paradoxe Steigerung Feind, Todfeind, Parteifreund – auch für jene, die ganz anders sein wollen.“ Der das schreibt, hat Politik über Jahrzehnte aus nächster Nähe beobachten können. Für die „Frankfurter Allgemeine“ war er ab 1981 Korrespondent in Bonn, von 1999 bis zum vergangenen Jahr leitete er deren Hauptstadtbüro in Berlin.

In beiden Städten gehörte und gehört Bannas zu den angesehensten Schreibern der Zunft, nicht nur unter Kollegen, sondern auch in der Politik. Jetzt hat er seine Bonner und Berliner Jahre noch einmal Revue passieren lassen. Der Titel „Machtverschiebung“ drückt recht deutlich aus, was er beschreibt: Der Wechsel von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin war kein bloßes „business as usual“, sondern die politische Arbeit in Berlin wurde schwieriger, härter und hektischer, unübersichtlicher und konfrontativer.

Bannas berichtet ohne Nostalgie, aber doch mit Sympathie von

den etwas ruhigeren Jahren in Bonn. Der „Betrieb“ war einfach noch überschaubarer. Kamen in Bonn zu einem Presetermin vielleicht 20 Journalisten, sind es in Berlin an die 100. Der abendliche Redaktionsschluss der Zeitungen bestimmte die zeitlichen Abfolgen. Heute verlangt das Online-Angebot rund um die Uhr ständi-

Autor Bannas traf alle »Großen« der Politik

ge Präsenz bei Politikern und natürlich auch bei den Medien.

Der Autor hat viele Interviews und Hintergrundgespräche mit allen Kanzlern und den wichtigsten Politikern von Regierung und Opposition geführt. Kohl, Lafontaine, Schröder, Müntefering, aber auch Schäuble, Fischer und besonders natürlich Angela Merkel werden in Charakter, politischem Wollen, mit ihren Erfolgen und ihrem Scheitern anschaulich geschildert.

Das immense Wissen des Autors selbst um kleinste Vorgänge und sein treffsicherer Stil machen die Lektüre über den Berliner Politikbetrieb fast durchweg zu ei-

nem Vergnügen, auch wenn man nicht alle Meinungen teilt, etwa den „Autoritätsverlust“ der Kanzlerin. Ebenso gefällt, wie Bannas die Mechanismen im Bundestag oder auch die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Politik und Medien beschreibt – Kommunikation ist für beide (über-)lebenswichtig. Schröder war darin ein Meister, auch Merkel ist längst Profi geworden.

Das Buch reicht bis zum Sommer 2018, also bis zum Wechsel im CDU-Vorsitz zu Annegret Kramp-Karrenbauer, auch hier nach außen freundlicher Wettbewerb, innerhalb der Partei aber giftige Kämpfe zwischen ihr und Merz. Wie überhaupt im ganzen Buch politische Kämpfe und Auseinandersetzungen dominieren, fehlen fast gänzlich Strukturfragen aus Wirtschaft und Gesellschaft. Aber das war ja auch die Absicht des Autors, den deutlichen äußeren Wechsel seit dem Umzug nach Berlin zu zeigen.



Günter Bannas: „Machtverschiebung. Wie die Berliner Republik unsere Politik verändert hat“, Propyläen Verlag, Berlin 2019, gebunden, 336 Seiten, 24 Euro

In den Mühlen der Justiz

Berichte aus russischen Gefängnissen ähneln einander, was sowohl auf den Wahrheitsgehalt als auch auf den dokumentarischen Charakter der Schilderungen schließen lässt. Seien es sinnlose Rituale wie das allmorgendliche Vortreten vor die Zellentür, bei der jeder Gefangene seinen Namen, das Geburtsdatum, den seiner Verurteilung zugrundeliegenden Paragrafen und die Haftdauer aufsagen muss, willkürliche Misshandlungen seitens des Personals, erniedrigende Zwangsarbeit oder die ständigen Verlegungen in andere Abteilungen beziehungsweise Haftanstalten ohne Vorankündigung, die Schwierigkeit, mit einem Anwalt oder Angehörigen zu kommunizieren, und die Willkür der Gerichte – die zahlreichen Bücher zu dem Thema werfen ein trübes Licht auf das russische Justizsystem, das sich seit den düstersten Tagen der Sowjetära kaum geändert hat.

Einer, den die Willkür der Justiz mit voller Wucht getroffen hat, ist Wladimir Perewersin. In seinem Buch „Matrosenruhe“ schildert der Ex-Direktor der Abteilung für

Auslandsschulden des Jukos-Konzerns, wie er, der nur für kurze Zeit die Jukos-Niederlassung auf Zypern leitete, in die Mühlen der Strafverfolgung geriet, weil er gemeinsam mit Wladimir Malachowskij, Chef der Jukos-Tochter in Ratibor, 13 Millionen Dollar gestohlen haben soll. Perewersin beteuert seine Unschuld. Er habe weder Jukos-Chef Michail Chodorkowskij noch Malachowskij persönlich gekannt.

Das Gericht schenkte weder ihm noch Entlastungszeugen Glauben. Er wurde verurteilt und schmorte acht Jahre lang in der Hölle. Vier Gefängnisse und drei Kolonien lernte er kennen, darunter die berühmte Matrosenruhe, die gefürchtete Haftanstalt der Sowjetunion in Moskau. **MRK**



Wladimir Perewersin: „Matrosenruhe. Meine Jahre in Putins Gefängnissen“, C.H. Links Verlag, Berlin 2019, gebunden, 336 Seiten, 25 Euro

Kuriose Stilblüten

Seit Anfang 2018 werden auf Facebook und die anderen sozialen Medien unter der Überschrift „Best of Kleinanzeigen“ die lustigsten Verkaufsgespräche der Onlineplattform Ebay-Kleinanzeigen gesammelt. Jeder kann seine Erfahrungen mit dem Umgang zwischen Verkäufer und Käufer im Rahmen des digitalen Flohmarktes dort teilen. So kam innerhalb von kürzester Zeit eine Sammlung an Stilblüten zusammen, die nun in Buchform präsentiert wurde. Die kurzen Dialoge und Anzeigen sind grob nach Themenbereichen wie „Das Leben ist voll von Enttäuschungen“, „Geniale Ausreden“ und „Lyrisches“ sortiert und werden – ähnlich einem Comic – im Design von Textnachrichten und



Best of Kleinanzeigen: „Was isch letzte Preis? Die lustigsten Kleinanzeigen und Verkaufsdialoge“, riva Verlag, München 2019, broschiert, 208 Seiten, 9,99 Euro

mit einem Kommentar versehen präsentiert. Meist liest man hier von kuriosen Rechtschreib- und Grammatikfehlern, Missverständnissen zwischen Verkäufer und Käufer oder auch dreisten Hartnäckigkeiten beider Seiten. Da es sich hierbei um eine Art Sammelband mit sehr kurzen Abschnitten handelt, lässt sich das Buch recht schnell lesen und ist somit eher für „Zwischendurch“ geeignet. **L.-M. Wenzel**

Wie USA und die Sowjetunion die Welt belogen

Im Kalten Krieg wurde oft gelogen, dass sich die Balken bogen. Das gilt auch und gerade für die Raumfahrt: Die USA und die UdSSR versuchten beide, ihre Misserfolge auf diesem Gebiet unter den Teppich zu kehren und die internationale Gemeinschaft mit bombastischen, aber nicht immer wahrheitsgetreuen Erfolgsmeldungen zu beeindrucken, um den eigenen Anspruch auf globale Vorherrschaft zu unterstreichen. Davon erzählt auch das Buch „Lügen im Weltraum“ aus der Feder des Enthüllungsjournalisten Gerhard Wisnewski. Dieses erschien zuerst im Jahre 2010, kam jetzt aber in einer aktualisierten Auflage auf den Markt, die um das „Nachwort zum 50. Jahrestag der Mondlandung vom 20. Juli 1969“ ergänzt wurde.

In diesem Anhang geht es nochmals um die vorne in dem Band geäußerten Zweifel an der Authentizität der amerikanischen Mondlandungen im Rahmen des „Apollo“-Programms. Viele davon konnten in den letzten Jahren entkräftet werden, manche jedoch auch

nicht. So verweist Wisnewski absolut zu Recht darauf hin, dass die Aufnahmen der Mondsonde Lunar Reconnaissance Orbiter aus den Jahren 2009 bis 2012, welche angeblich die gelandeten Mondfähren und weitere Hinterlassenschaften von damals zeigen, eher

Misserfolge unterschlagen

„unscharfe Such- und Ratebildchen“ als wirkliche Beweise darstellen. Die US-Weltraumbehörde NASA fungiert hier augenscheinlich als Zeugin in eigener Sache – von vielen anderen Ungereimtheiten wie dem Verschwinden der Original-Videobänder von der historischen „Apollo 11“-Landung ganz zu schweigen.

Ebenso kritisch beleuchtet Wisnewski die „Raumfahrerfolge“ der Sowjetunion, wobei seine Beweisführung besonders im Falle des Fluges von Jurij Gagarin beste-

chend ist: Unter Berücksichtigung all der manipulierten Fotos und total wirren Berichte über das Unternehmen sowie der höchst unglaublichen Biografie des angeblich ersten Menschen im All, bleibt eigentlich kein anderer Schluss möglich, als dass Moskau damals die ganze Welt gefoppt hat. Andererseits schossen die Sowjets vor Gagarin, welcher seinerzeit wohl überhaupt nicht an Bord von „Wostok 1“ war, bereits zehn andere Kosmonauten ins All, die dabei aber entweder starben oder an der falschen Stelle herunterkamen, wie Wladimir Iljuschin. Der Sohn des bekannten Flugzeugkonstruktors landete offenbar nicht in der Sowjet-



Gerhard Wisnewski: „Lügen im Weltraum. Von der Mondlandung zur Weltherrschaft“, Kopp-Verlag, Rotenburg 2019, gebunden, 400 Seiten, 9,99 Euro

Von Adieu bis Zoff

Ohne eingewanderte Wörter wäre unsere Sprache viel ärmer“, sagt Katharina Mahrenholtz in ihrem Buch „Horizont und Hängematte. Verliebt in 100 eingewanderte Wörter“. Zusammen mit der Hamburger Illustratorin Dawn Parisi geht sie der Herkunft vieler unserer täglich gebrauchten Begriffe auf den Grund. Erbwörter waren schon im Althochdeutschen vorhanden. Wenn da nichts dazu gekommen wäre im Laufe der Jahrhunderte, verfügten wir nur über eine sehr karge Sprache.

Die NDR-Redakteurin Mahrenholtz, die sich beruflich auf Literatur und Kultur spezialisiert hat, widmet sich in ihrem Werk 100 alltäglichen Bezeichnungen. Alphabetisch geht es Seite für Seite auf Reisen in die Herkunftsländer von Adieu bis Zoff. Dabei dreht es sich zunächst um die Bedeutung, dann um die Herkunft und wann das

Wort das Deutsche erreichte. Für jeden Begriff gibt es eine Beschreibung des Weges, was zuweilen sehr amüsant zu lesen ist. Ebenfalls erfährt man, womit der Begriff verwandt ist und ob es diesen auch anderswo gibt. Wer hätte gedacht, dass der Ausdruck „Keks“ im Gepäck des Hannoveraner Kaufmanns Hermann Bahlsen einwanderte, der ihn aus England als Begriff „Cakes“ mitbrachte. Schnell wurde daraus dann im Deutschen der bekannte „Keks“.

Im Anhang des Buches erklärt die Autorin knapp die Entwicklung unserer Sprache. Fremdwörter seien eine spezielle Untergruppe der Lehnwörter, die ohne

Anpassung in die deutsche Sprache integriert werden, wie Spaghetti, Smartphone oder T-Shirt. Erstaunlich ist, dass viele Begriffe von sehr weit her stammen, wie die Zigarre aus der Maya-Sprache, die Razzia aus dem Arabischen oder der Pyjama aus Asien. Keinesfalls trocken, sondern für Sprachinteressierte eine humorvolle Lektüre. **S.F.**



Katharina Mahrenholtz/Dawn Parisi: „Horizont und Hängematte. Verliebt in 100 eingewanderte Wörter“, Duden Verlag, Berlin 2019, Hardcover, 160 Seiten, 15 Euro

Kurzes zum 50. Todestag von Otto Dix

Zu den bedeutendsten deutschen Malern des 20. Jahrhunderts zählt zweifellos Otto Dix. Der Künstler hat sich mit seinen Porträts von Großstadtypen im Stil der Neuen Sachlichkeit der 1920er ebenso verewigt wie mit seinen Antikriegsbildern. Sein Triptychon „Der Krieg“ ist ein ähnliches großflächiges pazifistisches Mahnbild wie Picassos „Guernica“.

Am 25. Juli 1969 starb Dix nach einem Schlaganfall in Singen am Bodensee. Aus Anlass dieses 50. Todestages hat der Kunsthistoriker und langjährige Direktor der Hamburger Kunsthalle Uwe M. Schneede mit „Otto Dix“ eine kurze Künstlermonografie vorgelegt, in der er sich fragt, „wer dieser Künstler Otto Dix eigentlich war und wie er einzuordnen sei“.

Sowohl politisch wie auch künstlerisch lässt sich Dix schwer in ein Schema pressen. Dazu hat

er als Freiwilliger im Ersten Weltkrieg, als kritischer Beobachter in der Weimarer Republik, als Innerer Emigrant in der NS-Zeit und als zwischen West und Ost pendelnder Künstler der Nachkriegszeit zu viele Wandlungen durchgemacht. Das alles schlägt sich, wie Schneede anschaulich erklärt, auch in seiner Malerei nieder.

Auch wenn Dix in den 20er Jahren zeitkritische Karikaturen schuf, war er laut Schneede kein Klassenkämpfer wie George Grosz. Auch wenn er in der NS-Zeit nur vom Verkauf von Landschaftsbildern lebte, so war er

kein „Antifaschist“, wie man ihn in der DDR gerne sah. Der Sozialistische Realismus war ihm ebenso fremd wie die abstrakte Kunst des Westens. Es ist Schneedes Verdienst, dass er Dix’ Vielseitigkeit mit diesem kleinen Werk verständlich macht und anhand von Bildbeispielen zeigt, was für ein großer Maler er war. **Harald Tews**



Uwe M. Schneede: „Otto Dix“, Verlag C.H.Beck Wissen, München 2019, Softcover, 128 Seiten mit 40 Abbildungen, davon 19 in Farbe, 9,95 Euro



Ulrich Trebbin
Letzte Fahrt nach Königsberg
Roman
Königsberg, das sind für Ella die Möwen über dem Fischmarkt, das ist der ornamentale Rundbogen über dem väterlichen Weinkontor. Das sind die unbeschwerten Tage an der Küste des Samlands und das ist Victor, ihre erste große Jugendliebe. Doch Anfang 1945, kurz vor Kriegsende, liegt die einst so prachtvolle Metropole Ostpreußens in Schutt und Asche. Und auch in Potsdam, wohin sich Ella mit ihren beiden Kindern geflüchtet hat, wird die Lage immer beklemmender, die Essensvorräte immer knapper. Als Ella sich an die zahllosen Einnachgläser im Keller ihrer alten Königsberger Wohnung erinnert, gefüllt mit Mirabellen, Sauerkraut und Schweinebraten, wagt sie das Unmögliche: Mitten hinein in den Vormarsch der russischen Truppen steigt sie in den Zug nach Königsberg, in eine Welt, die dem Untergang geweiht ist. 352 Seiten
Nr. P A1393 Gebunden 20,00 €



Dagmar von Gersdorff
Königin Luise und Friedrich Wilhelm III.
1818
Luise und Friedrich Wilhelm III. lernten sich 1793 kennen; er stocksteif, gehemmt und ungeliebt von den Eltern – sie dagegen vergnügt, leichtfüßig und verwöhnt. Mit zehn Kindern sollte die Ehe dieses Herrscherpaares gesegnet sein, das in einer Liebesheirat zusammengefunden hatte. Die Literatur- und Kunstwissenschaftlerin Dagmar von Gersdorff entblättert eine der wohl erstaunlichsten Ehen des deutschen Monarchismus. 208 Seiten
Nr. P A1305 Taschenbuch 9,99 €



Klaus Papies
Ostpreußisches Wortschatzkästchen
152 Seiten/Gebunden
Nr. P A1116 14,95 €

Wenn Sprache ein lebendiges Abbild des Menschen ist, dann lebte in Ostpreußen ein kraftvoller und zupackender Menschenschlag von großer Warmherzigkeit und unverstelltem Gefühl. Darunter mag auch so mancher Schelm gewesen sein, denn in vielen oft originellen Wörtern finden sich Hinweise auf den „kleinen Vorteil“: Ausdruck einer großen Lebenstüchtigkeit unter einfachen Verhältnissen. Es ist die Welt der Bauern, Handwerker und kleinen Händler, geprägt durch unterschiedliche Völker und Sprachen, durch Landwirtschaft und – eben! – schalkhaften Witz. In Klaus Papies liebevoll gestalteter Wörtersammlung findet sich die untergegangene Welt der alltäglichen Ostpreußen wieder, der Bauern, Handwerker und kleinen Händler: mit ihren Ausdrücken, Redewendungen und Erfahrungen.



Jürgen Kleindienst (Hrsg.)
Trümmerkinder
Zeitzeugen erzählen aus der Nachkriegszeit 1945–1952
256 Seiten/Klappbroschur
Nr. P A0802 10,90 €

Nachkriegszeit der Jahre 1945 bis 1952. Die Kinder erduldeten nach dem Krieg Hunger und Kälte, und es fehlte ihnen an Kleidung. Sie lernten in überfüllten Schulklassen und spielten oft zwischen Trümmern. In den zerstörten Städten herrschte große Wohnungsnot, und Lebensmittel mussten auf „Hampsterfahrten“ organisiert werden. Die meisten Mütter mussten, wie schon während des Krieges, allein für die Familie sorgen. Viele Väter waren gefallen, verschollen oder befanden sich in Kriegsgefangenschaft. Heute staunen die Menschen dieser Generation oft, wie sie ihre Kindheit trotz aller Entbehrungen letztlich überstanden haben. Dieses Buch bietet eine Sammlung von Zeitzeugenberichten von Trümmerkindern.



Joachim Fernau
Die Genies der Deutschen
352 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A1080 9,95 €

Mit den Lebensbildern so bedeutender Männer wie Martin Luther, Nikolaus Kopernikus, Johann Sebastian Bach, Albrecht Dürer, Johann Wolfgang von Goethe, Immanuel Kant und Albert Einstein, aber auch in straff gezeichneten Zeitgemälden fordert Joachim Fernau zur Auseinandersetzung mit der eigenen Zeit auf. Joachim Fernau, geboren 1909 in Bromberg, studierte in Berlin und arbeitete als Journalist für Ullstein, bis er 1939 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Er lebte als freier Schriftsteller in München und der Toskana. Er veröffentlichte mehr als 20 Bücher, von denen sich einige millionenfach verkauften. Joachim Fernau starb 1988 in Florenz.



Ellen Schwiers
Dich hat der Esel im Galopp verloren
Lebenserinnerungen
„Dich hat der Esel im Galopp verloren“ sind die persönlichen Lebenserinnerungen von Ellen Schwiers, einer herausragenden Schauspielerin und starken Frau, die auch in schwierigen Zeiten mit Mut, Fleiß und Klarsicht bewies, wie man auf der Bühne erfolgreich sein kann, ohne sich zu verbiegen. Die Trägerin des Deutschen Schauspielpreises schildert ihre Kindheit im Nationalsozialismus und die Erfahrungen als junge Frau in der Nachkriegszeit, spricht über Theater- und Dreharbeiten, Begegnungen und Freundschaften, über ihre große Liebe, die sie erst in reifen Jahren fand und auf überaus tragische Weise wieder verlor. Weitere Schicksalsschläge folgten, aber auch wieder Mutmachendes, Heiteres, spannende Aufgaben und neue Herausforderungen. Das Buch lässt tief in die Biografie der Schauspielerin blicken und zeigt ihr bewegtes privates und berufliches Leben. Mit einem Vorwort von Tochter Katerina Jacob. 240 Seiten
Nr. P A1394 Gebunden 22,00 €



Heidi Fruhstorfer
Deutsche Filmstars
Meine Begegnungen mit unseren größten Schauspielern
Hans Albers, Marianne Hoppe, Curd Jürgens, Elisabeth Flickenschildt, Gustav Knuth, Marika Röck, Therese Giehse, Gustaf Gründgens, Olga Tschechowa, Ernst Fritz Fürbinger, Liesl Karlstadt und Karl Valentin, Rosa Retty und Romy Schneider, Kurt Meisel und Theo Lingen, Maria Schell und Veit Relin, die Stars des deutschen Films – Heidi Fruhstorfer hat sie alle persönlich kennengelernt. Wie lebten Lil Dagover und Peter Lühr in den 60er- und 70er-Jahren? Warum wurden Antje Weisgerber und Gert Fröbe Schauspieler? Das und vieles mehr erfährt die Autorin bei diesen aufregenden Begegnungen. Die faszinierenden Fotos ihres Mannes, des Fotografen Georg Fruhstorfer, geben Einblicke in das Alltagsleben und die Karrieren unserer größten Schauspielerinnen und Schauspieler. 144 Seiten im Großbildbandformat.
Nr. P A1318 Gebunden im Großformat 9,99 €



Heinz Schön
Pommern auf der Flucht 1945
Rettung über die Ostsee aus den Pommernhäfen
444 Seiten/Kartonierte
Nr. P A0429 19,90 €

Mehr als 2,5 Millionen Deutsche wurden kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges von der deutschen Marine vor einem elenden Schicksal bewahrt. In diesem Buch fasste der Autor Heinz Schön die Ereignisse seiner jahrzehntelangen Recherchen darüber zusammen. Im Zeitraum von nur drei Monaten – von Mitte Januar bis Ende März 1945 – gelang es im größten Rettungswerk der Seekriegsgeschichte, deutsche Flüchtlinge vor dem Zugriff der Roten Armee zu beschützen. Viele Flüchtlingstrecken aus Ost- und Westpreußen retteten sich in die pommerschen Hafenstädte, um von dort über die Ostsee in den Westen Deutschlands zu gelangen. An Hand von Zeitzeugenberichten schildert das Buch ausführlich die Situation in den acht Pommernhäfen.



Joachim Fernau
Sprechen wir über Preußen
Die Geschichte der armen Leute
320 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1079 9,95 €

In der Geschichte der armen Leute, wie Joachim Fernau seine preußische Historie nennt, wird nicht nur vom Volk berichtet, vom Großen Kurfürst über den Großen Friedrich bis zum Eisernen Kanzler haben alle ihren Auftritt und werden gebührend gewürdigt. Joachim Fernau, geboren 1909 in Bromberg, studierte in Berlin und arbeitete als Journalist für Ullstein, bis er 1939 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Seit 1932 lebte er als freier Schriftsteller in München und der Toskana. Er veröffentlichte mehr als 20 Bücher, von denen sich einige millionenfach verkauften. Joachim Fernau starb 1988 in Florenz.



Elisabeth Heresch
Zarenmord
Kriminalfall Jekaterinburg 1918 und die verschwundenen Juwelen der Romanows
256 Seiten/Gebunden
Nr. P A1159 9,99 €

Beinahe ein Jahrhundert hat es gedauert, bis die letzten Rätsel um das Verbrechen an Zar Nikolaus II. und seiner Familie endgültig gelöst werden könnten. Die Russlandexperten Dr. Elisabeth Heresch rollt den spannenden „Kriminalfall Jekaterinburg“ in seiner Tragik und Reichweite noch einmal auf. Sie beschreibt die letzten Monate der Zarenfamilie unter Arrest in Tobolsk und Jekaterinburg, die zaghaften Rettungsversuche des deutschen Kaiserhauses, die Verweigerung des Exils durch das englische Königshaus – immerhin direkte Verwandte der Zarenfamilie – und die Bluttat selbst aus der Erinnerung der Mörder. Sie schildert die detektivische Suche nach ersten Indizien, Zeugenaussagen und Hinweisen auf die Grabstellen von 1918/19 und die abenteuerlichen Umstände der Funde von 1979/91 und 2007, die das perfide Versteckspiel der Mörder beendeten.



Immanuel Kant
Die drei Kritiken
Gebunden
1312 Seiten
Nr. P A1142 9,95 €

Kritik der reinen Vernunft * Kritik der praktischen Vernunft * Kritik der Urteilskraft
Immanuel Kants „Kritiken“ gehören zu den weltweit meistbeachteten Werken der Philosophie. In der „Kritik der reinen Vernunft“ (1781/1787) widmet sich der Königsberger Denker der philosophischen Schlüsselfrage „Was kann ich wissen?“ Die „Kritik der praktischen Vernunft“ (1788) behandelt die allgemeinen Grundlagen der Ethik und die verbindlichen Voraussetzungen sittlichen Handelns. In der „Kritik der Urteilskraft“ (1790) vereint Immanuel Kant seine Ästhetik mit einer Theorie der organischen Natur und vollendet seine kritische Philosophie.



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Roman einer Zeit
332 Seiten/Gebunden
Nr. P A0096 Geb. 19,80 €

Hermann Sudermann, der am 30. September 1857 in Matzicken bei Heydekrug in Ostpreußen geboren wurde, schildert in seinem farbenfrohen Erinnerungsbuch die glücklichen, aber entbehrungsreichen Jahre seiner Kindheit und Jugendzeit. 1922 erstmals erschienen, erzählt Sudermann, der um 1900 der meistgespielte Dramatiker Deutschlands war, von seinen frühen Jahren im ostpreußisch-litauischen Grenzgebiet. Der Leser gerät in den Bann der einzigartigen Erzählkunst Sudermanns, der Menschen und ihre Schicksale so lebendig beschreiben und den Zauber der Landschaft seiner memelländischen Heimat so eindrucksvoll wiedergeben konnte.



Ilse Gräfin von Bredow
Bei uns zu Haus
304 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0890 9,99 €

Zu Hause, das ist für Bestsellerautorin Ilse Gräfin von Bredow immer noch die Mark Brandenburg. In ihren schönsten Geschichten vom Land nimmt sie uns mit in das Paradies ihrer Kindheit, wo sie umgeben von Natur mit ihren Geschwistern aufwuchs. Haus und Hof, Wald und Seen boten reichlich Platz, nicht nur zum Arbeiten, sondern auch zum Spielen, Toben, Reiten, Baden. Zum Haushalt der gräflichen Familie gehörten auch die unersetzliche Mamsell, die in der Küche ein strenges Regiment führte, und viele Tiere wie der tolpatschige Bernhardiner namens Möpschen und eine schwarzlose Katze. Allen war das Forstgut der Bredows ein Heim, in das man jederzeit ebenso gern zurückkehrte wie die Leser der Gräfin zu ihren Erzählungen.



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de



Marcel Krueger
Von Ostpreußen in den Gulag
Eine Reise auf den Spuren meiner Großmutter
264 Seiten
Nr. P A1372 Gebunden 20,00 €

Viele Geschichten hat Marcel Kruegers Großmutter ihrem Enkel erzählt, als er klein war. Verstanden hat er sie damals nicht so recht, denn es waren Geschichten aus Ostpreußen und Russland, Geschichten von Kartoffelfeldern und Gefangenenlagern. War das, was die Oma im friedlichen Solingen der 1980er Jahre erzählte, wirklich geschehen? Nach dem Tod seiner Großmutter sucht Marcel Krueger nach Antwort und begibt sich auf ihre Spuren. Eine Reise voller bewegender, komischer und trauriger Momente beginnt. In Gesprächen zwischen Kuchen, Makrelen, Wodka und Bier erkundet Krueger die weißen Flecken in Oma Cillys Biographie. Er findet die wahre Geschichte einer bewundernswerten Frau, die sich nie unterkriegen lässt, die die Zwangsarbeit im sowjetischen Arbeitslager überlebt und sich ein neues Leben mit Familie in Deutschland aufbaut. 264 Seiten



Ehregott A. Wasianski und Martin Burckhardt
Zuhaus bei Kant
143 Seiten/Gebunden
Nr. P A1062 4,95 €

Eine echte philosophische „home-story“: Der Pastor Ehregott Andreas Christian Wasianski, eng verbunden mit dem Philosophen Kant und häufig in seinem Haushalt zugegen liefert unverfälschte Nachrichten über den Menschen und Charakter des Philosophen. Das Werk erschien zuerst im Jahr 1804. Ein kluger, dem Tatsachenbericht von Ehregott A. Chr. Wasianski angefügte moderne Essay von Martin Burckhardt ergänzt die Darstellung. Immanuel Kant, geboren am 22. April 1724 in Königsberg, und verstorben am 12. Februar 1804 war ein deutscher Philosoph der Aufklärung. Kant zählt zu den bedeutendsten Vertretern der abendländischen Philosophie. Sein Werk „Kritik der reinen Vernunft“ kennzeichnet einen Wendepunkt in der Philosophiegeschichte und den Beginn der modernen Philosophie.



Sebastian Haffner
Die deutsche Revolution 1918/19
253 Seiten/Gebunden
Nr. P A1240 9,95 €

Die Revolution von 1918/19 gilt bis in unsere Tage als eines der einschneidendsten, aber auch umstrittensten Ereignisse der neueren deutschen Geschichte. Akribisch und mit gewohnter sprachlicher Brillanz begibt sich der berühmte Publizist Sebastian Haffner (1907–1999) auf die Spuren jenes „düsteren Dramas“: Scharfsinnig rekonstruiert er in seinem erstmals 1969 erschienenen Buch die mitunter blutigen Geschehnisse vom November 1918 bis zum März 1920, die zum Sturz des Kaiserreichs führten und Deutschland für nur wenige Jahre zur Republik machten. Seine ebenso präzise wie streitbare Analyse schlägt bis heute in Bann.



Gustav Freytag
Der Dreißigjährige Krieg
256 Seiten
Gebunden
Nr. P A1211 6,95 €

Jede Zeit macht sich ihre eigene Vorstellung von der Geschichte. Mitte des 19. Jahrhunderts schrieb Gustav Freytag sein kulturhistorisches Hauptwerk „Bilder aus der deutschen Vergangenheit“, eines der beliebtesten Geschichtswerke seiner Epoche. Darin schildert der Schriftsteller („Soll und Haben“) auch die schicksalhafte Zeit des Dreißigjährigen Kriegs – Quellenreich aufgearbeitet und überaus lebendig erzählt. Ein stolzes Historienbild aus einer Zeit, die noch eine „Volksseele“ kannte und große Männer die Geschehnisse der Welt lenken sah.

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

MELDUNGEN

Verdruss wegen Sky-Miniserie

Moskau – Der erfolgreiche britisch-amerikanische Fünfteiler „Chernobyl“, der auf Sky ausgestrahlt und hochgelobt wird, sorgt in Moskau für Verdruss, da die gezeigte Wahrheit über den Reaktorunfall vor 33 Jahren nicht der russischen Wahrnehmung entspricht. Vor allem die Kommunisten echauffieren sich. Der Staatssender NTV hat nun den Auftrag erhalten, eine eigene Produktion zu starten, in der die Ereignisse „korrekt“ dargestellt werden. *MRK*

Kandidaten gestrichen

Moskau – Mehrere Menschen wurden in Moskau verhaftet, als sie an einer Demonstration gegen die Streichung unabhängiger Kandidaten von den Wahllisten zu den Kommunalwahlen im September teilnahmen. Die Wahlleitung hatte die Kandidaturen wegen angeblicher Formfehler bei der Bewerbung abgelehnt. Die Opposition spricht von Willkür auf Regierungsgeheiß. *H.H.*

ZUR PERSON

Bürgermeister als EU-Ratschef

So groß der Wirbel um die Kandidatur Ursula von der Leyens zur EU-Kommissionspräsidentin war, so lautlos wurden andere EU-Spitzenämter vergeben. Dass der Belgier **Charles Michel** den Polen Donald Tusk als Präsidenten des Europäischen Rats zum 1. Dezember ablösen wird, verkam dabei zur Randnotiz.

Der Ratspräsident kann weder über etwas entscheiden noch abstimmen. Dafür, dass er nichts zu sagen hat und nur ein paar repräsentative Aufgaben erfüllen muss, wird er mit einem Monatsgehalt von 30000 Euro königlich entlohnt. Michel hatte das Glück, zeitlich zur Verfügung zu stehen, dem EU-Proporz zu entsprechen und als Liberaler die gewünschte politische Macron/Merkel-Linie der EU zu vertreten.

Offiziell ist Michel noch belgischer Premierminister, allerdings nur geschäftsführend. Wegen seiner Zustimmung zum UN-Migrationspakt zerbrach schon Ende 2018 sein Regierungsbündnis mit den flämischen Nationalisten.

Und seit im Mai Michel mit seiner liberal-wallonischen Reformpartei abgewählt wurde, wartet Belgien auf eine neue Regierungsbildung.

Als der aus Namur stammende Michel 2014 zum Premier gewählt wurde, war er der jüngste Regierungschef in der Geschichte Belgiens. Jetzt ist er mit 43 Jahren jüngster EU-Ratspräsident. Davon gab es vor ihm erst zwei: Vor Tusk übte Michels Landsmann Herman von Rompuy das Amt als erster EU-Ratschef von 2009 bis 2014 aus.

In Brüssel wird Michel häufiger auf seinen 71-jährigen Vater treffen, der als Abgeordneter im EU-Parlament sitzt und früher einmal Außenminister seines Landes war. Anders als sein cholerischer Vater gilt der neue EU-Ratspräsident als ruhig und besonnen. In der Eigenschaft kann Michel ruhig weiter der Stadt Wavre vorstehen, deren Bürgermeister er nebenher schon seit 13 Jahren ist. *H. Tewes*



Auf die Plätze...

Wetter aus Potsdam

Wie der BER sauber bleibt, wer das Klima kontrolliert, und was verarmte Stadtbewohner dereinst in die Wälder treibt / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Es erfordert schon ein gewisses Showtalent, so ein stinklangweiliges Thema in die Schlagzeilen zu wuchten. Engelbert Lütke Daldrup hat das drauf. Den kennen Sie gar nicht? Ein Fehler, wenn auch ein entschuldigbarer. Der Mann ist Chef des Berliner Hauptstadtflughafens BER. Richtig, das ist der ohne Flüge.

Jahre ist es her, da haben wir uns über das Mammutprojekt, das nicht fertig wird, gewundert, dann haben wir gelacht und irgendwann nur noch gegähnt: Ja, ja, der nächste Fertigstellungstermin wird wieder nichts, sonst noch was?

Und ob: Lütke Daldrup hat ein ehrgeiziges Ziel verkündet, und nein, es handelt sich diesmal nicht um den nächsten öden Fertigstellungstermin, der dann wieder gerissen wird. Nein, er geht viel weiter: „Unser Ziel ist es, dass der BER im Jahr 2050 klimaneutral operiert.“

Hat er wirklich „operiert“ gesagt? Was meint er damit? Der „Flughafen“ tut seit seinem ursprünglich angepeilten Geburtsjahr 2012 alles Mögliche: Er kostet Unmengen Geld, regt zum Lachen, Spotten und Gähnen an, demontiert den Weltruf der Deutschen als Nation der perfekten Organisatoren, Ingenieure und Baumeister. Er hat etliche mittelständische Unternehmen an den Rand des Untergangs gedrängt (oder auch ein unbedeutendes Quäntchen über diesen Rand hinaus) – nur eines tut er auf keinen Fall: „operieren“.

Nun könnten wir einwenden, dass die Sache mit der Klimaneutralität dem BER-Chef nicht allein eingefallen ist. Es handelt sich um eine Vereinbarung aller deutschen Flughäfen. Nur haben die anderen alle etwas, was dem BER fehlt: Starts, Landungen – Flugzeuge! Mit einem Wort: Sie „operieren“ tatsächlich.

Indes: Mit seiner Ankündigung hat Lütke Daldrup ein Bild abgerundet, das wir uns 2012 nicht vorstellen konnten. In Wahrheit gab uns die BER-Pleite vor sieben Jahren nämlich nur einen Vorschmack auf jenes Deutschland, in dem wir demnächst leben würden. „Demnächst“ ist heute, das Deutschland des Jahres 2019.

Brücken, Straßen, Schulen oder Schwimmbäder vergammeln, das digitale Kommunikationsnetz ist im internationalen Vergleich so schlecht, dass sich sogar der Bundeswirtschaftsminister dafür schämt, die innere Sicherheit bröckelt, die Armee ist ein Witz, die Industrie bricht ein, die Energieversorgung wackelt immer bedenklicher – nur beim „Klimaschutz“, da sind wir ebenso die globalen Vorreiter wie bei der Aufnahme von Asylsuchern.

Der klimaneutral „operierende“ Flughafen, auf dem kein Flugzeug landet oder startet, bildet den idealen Schlussstein dieses Gesamtkunstwerks. Eines Landes nämlich, das sich radikal abgewendet hat von den klimasündigen Marotten seiner Vergangenheit, für die Symbole wie die Krupp-Ringe oder der Mercedes-Stern standen.

Für den Bruch war es auch höchste Zeit. Stefan Rahmstorf vom Potsdamer Klima-Institut schreckt uns auf mit einer ebenso beängstigenden wie verblüffenden Botschaft: „Wir verlieren die Kontrolle über das Klimasystem.“ Wir verlieren ... was? Uns ist gar nicht aufgefallen, dass wir oder der Herr Rahmstorf diese Kontrolle jemals besaßen. Hätten wir das gewusst, hätten wir unser Sommerwetter doch gleich in Potsdam bestellt. Da wäre was anderes herausgekommen als der viel zu heiße und trockene Sommer 2018 oder der hier jetzt, in dem es (zumindest im Norden) trotz lausiger Kälte schon wieder zu wenig regnet.

Tja, zu spät, die Kontrolle verlieren wir gerade. Das soll wohl heißen, dass die Natur von sofort an wettertechnisch wieder macht, was sie will, oder? Kann auch nicht sein, denn der „Klimawandel“ ist ja menschengemacht, haben wir gelernt. Wie passt das nun wieder zusammen?

Genauso gut, wie die beiden Versprechungen, die uns Grünen-Chefin Annalena Baerbock macht hinsichtlich der von ihr herbeigesehnten CO₂-Steuer. Versprechen Nummer eins lautet: Nein, das sei

keine reine „Abzocksteuer“, mit der in Wahrheit die Asyl-, Gender- oder Kampf-gegen-Rechts-Industrie gefüttert werden soll oder die Kindergeldkasse in Rumänien. Es gehe allein um die „Lenkungswirkung“ beim CO₂-Ausstoß. Mit anderen Worten, die Steuer soll den Leuten wehtun, und zwar richtig, damit sie ihren Lebenswandel so gründlich verändern, dass sie drastisch weniger Kohlendioxid ausstoßen.

Das zweite Versprechen heißt: Die Steuer werde „sozial gerecht gestaltet, sprich: Die unteren Schichten und die breite Mittelschicht, also die ganz große Mehrheit des Volkes, werden sie kaum spüren.“

Merken Sie es auch? Richtig: Versprechen eins und Versprechen zwei klingen beide toll, passen nur leider nicht zusammen. Die große Mehrheit

des Volkes in Unter- und Mittelschicht ist es ja, die auch die große Mehrheit des Kohlendioxids produziert. Mögen ein paar reiche Leute mit ihren Villen, Limousinen und Privatjets pro Kopf auch viel mehr hinauspusten – sie sind viel zu wenige, um den Kohl fett zu machen.

Soll die Steuer die Massen „lenken“, muss sie der großen Mehrheit spürbare Löcher in den Geldbeutel schneiden. Denn wird die Steuer so gezimmert, dass Unter- und Mittelschicht wegen der sozialen Gerechtigkeit kaum Einbußen erleiden, bleibt die „Lenkungswirkung“ auf der Strecke.

Zum Glück wissen die deutschen Haltungsmedien, auf welcher Seite sie stehen, und verschonen die Grünen-Spitze mit hässlichen Fragen zu diesem offenkundigen Widerspruch. Das war schon bei Jürgen Trittin so, als er versprach, dass die von ihm eingeführten Öko-Steuern den Durchschnittshaushalt nur eine Kugel Eis pro Monat kosten würden. Das Thema hatten wir hier ja neulich schon.

Übrigens: Bei der Trittin-Steuer ist beides passiert: Die Sache wurde für die Durchschnittsdeutschen viel teurer, als damals ver-

sprochen, doch die „Lenkungswirkung“ blieb trotzdem messbar mickrig. Daher soll ja nun nachgelegt werden. Was uns das am Ende kosten wird? Da hat sich Fritz Vahrenholt mal umgeschaut. SPD-Mann Vahrenholt war in den 90er Jahren Hamburgs Umweltsenator und wechselte später in die Industrie, wo er vor allem als Manager im Bereich Erneuerbare Energien tätig war. Wenn es um Kohlendioxid und die sogenannte Energie-wende samt Kosten geht, weiß er also, wovon er spricht.

Laut renommierten Studien im Auftrag der Bundesregierung wird die Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 90 Prozent bis 2050 jeden deutschen Haushalt im Schnitt um monatlich 320 Euro ärmer machen. Allerdings hat Kanzlerin Merkel ja neulich der Welt versprochen, dass Deutschland den Ausstoß bis 2050 sogar um 100 Prozent senken werde, womit wir schon bei weit mehr als 320 Euro wären, weil die letzten Prozente die teuersten sind.

„Fridays for Future“ fordert unter dem Beifall der Bundesregierung und der Haltungsmedien sogar, dass wir schon 2035 „klimaneutral“ werden sollen, also bei den 100 Prozent. Das würde nach Berechnung von Vahrenholt jeden Haushalt im Schnitt 1050 Euro kosten, pro Monat.

Ja, pro Monat. Da erscheint der Fortgang beim BER schon wieder vollkommen logisch. Fliegen kann sich sowieso bald keiner mehr leisten, wenn wir den Greta-Jüngern folgen, von denen derzeit nicht wenige an exotischen Urlaubsorten weilen dürften, zu denen sie im Flugzeug gelangt sind.

Wir sagten es ja, der BER ist das Ebenbild des neuen Deutschland, in dem alles „klimaneutral“ ist, weil sich nichts mehr bewegt. Höchstens die elenden Massen von mittellos gemachten Stadtbewohnern, die in die Wälder der Umgebung schleichen, um dort Brennholz zu hamstern, weil sie sich die teuren „klimaneutralen“ Heizsysteme nicht leisten können.

Dort erwarten sie dann Wachmannschaften, welche die holzgerigen Städter per Gummigeschoss-Salve von den Wäldern fernzuhalten trachten – mit Kugeln aus nachwachsendem Naturkautschuk, versteht sich.

MEINUNGEN

Gerhard B.*, Vater der 18 Jahre alten Kerstin B.* (*Namen geändert), die auf Mallorca von jungen Deutschtürken mutmaßlich **vergewaltigt** wurde, sagte dem „Focus“ (11. Juli), warum er auf die spanische Justiz mehr vertraut als auf die deutsche:

„Ich war selbst fünf Jahre lang Schöffe an einem deutschen Gericht. Und habe aufgehört, weil ich es nicht mehr ertragen konnte, wie lasch und nachsichtig unsere Gerichte mit den Strafen für Vergewaltigungen umgehen.“

Der Kabarettist **Dieter Nuhr** erklärt gegenüber dem „Spiegel“ (6. Juli), wie sich die **Debat-tenkultur** durch das Internet **verdüstert** hat:

„Je internettiger, desto arschlo-chiger wird es. Je analoger, desto freundlicher. Alles, was ich in der Öffentlichkeit erfahre, ist Zustimmung oder Beschimpfung. Natürlich mache ich Fehler. Aber es kommt ja nie vor, dass jemand sich die Mühe gibt, sachlich zu argumentieren und mir zu erklären, wo ich mich irre.“

Negative Zinsen breiteten sich wie ein „schwarzes Loch“ aus und drohten, in weltweite Gelbwesten-Aufstände zu münden, sobald die enteigneten Spar-er begriffen, was die Politik mit ihnen mache, warnt Ex-„Handelsblatt“-Chef Gabor Steingart im „Focus“ (15. Juli):

„Negativ verzinste Anleihen breiten sich im Universum aus, zerstören potenzielle Renditen für Anleger und stellen das System auf den Kopf. Notenbanker und Politiker sehen die Lawine – und schweigen ... Noch ist die Zinspolitik eine Fußnote der Innenpolitik, aber eine, die bald schon zur Überschrift aufsteigen dürfte. Das Schwarze Loch könnte so manches verschlucken – die Guthaben der Sparer, das Vertrauen in das Finanzsystem und die Ambitionen des Finanzministers.“

Rainer Paris weist im „Cicero“ (15. Juli) den Vorwurf zurück, Gegner der Asylsucher-Transporte im **Mittelmeer** nähmen absichtlich den **Tod von Menschen** in Kauf:

„Sie (die Asylsucher) bringen sich bewusst in Lebensgefahr, haben aber die Hoffnung, von einem NGO-Rettungsschiff aufgenommen zu werden. Oft ist diese Hoffnung begründet, in anderen Fällen jedoch nicht. Sie haben sich in Gefahr gebracht und kamen darin leider um. Wer das als hartherzig oder zynisch verurteilt, sollte bessere Erklärungen beibringen.“

Lehramtsstudentin **Luise Witt** erzählt auf „Achgut.de“ (16. Juli), wie angehenden **Lehrern** während des Studiums **Kritikfähigkeit, rationales Denken** und **Toleranz aberzogen** werden:

„Indem zu jedem Thema, das nicht diskutiert werden soll, eine totschlagende Verbindung zur Zeit des Nationalsozialismus oder Kolonialismus gezogen wird, ist jeder kritischen Auseinandersetzung ein Riegel vorge-schoben, sei es in der Demokratie-pädagogik oder der Inklusionsvorlesung ... jegliche Kritik an Themen wie grenzenloser Inklusion (wird) unmöglich, wenn man nicht öffentlich auf die Stufe mit ‚unmoralischen Populisten‘ gestellt werden möchte. Wir Lehramtsstudenten argumentieren mittlerweile nur noch entsprechend der politisch korrekten Vorgaben.“